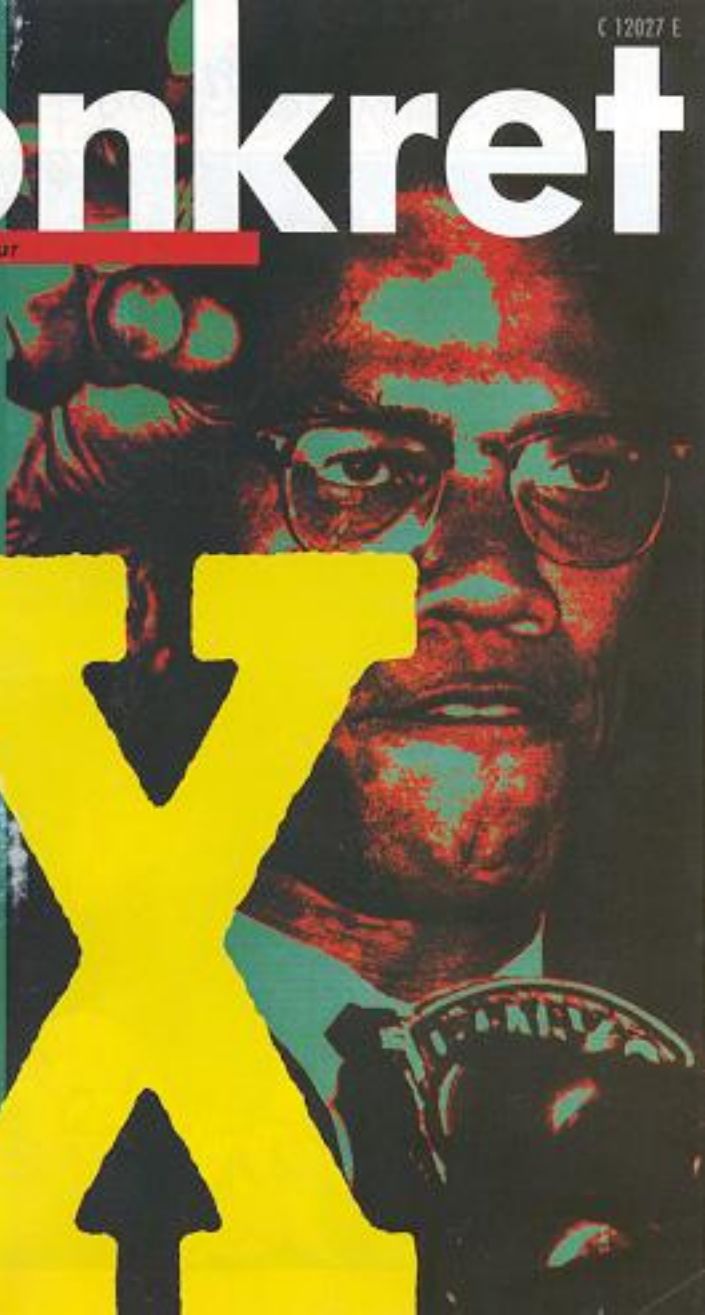
Heft 3 März 1993 8,– DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Idol 93: Malcolm X für alle
- Bosnien: Deutsche Frauen an die Front
- Befreites Lettland: Endlich Denkmäler für die SS
- Lichterketten leuchten heim ins Reich
- Peter Hacks zum 65sten



in konkret März 1993

von Konkret

an konkret

Mens sana in campari soda von Hermann L. Gremliza

Deutsche Frauen an die Front von Wolfgang Schneider
Sie rufen zum Krieg: Feministinnen, Linksintellektuelle und grüne Realos haben ihre Verantwortungfür die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte entdeckt und fordern eine Militärintervention im jugoslawischen Bürgerkrieg – mit Beteiligung der Bundeswehr

Politiker und Militärs von Wolfgang Pohrt
Wo Politiker zum Krieg aufstacheln, bietet sich die Militärdiktatur als kleineres Übel geradezu an

Nie wieder Krieg ohne uns? von Claudia Roth, Hermann L. Gremliza
Ein Briefwechsel zwischen der Europa-Abgeordneten Claudia Roth (Grüne) und Hermann L. Gremliza über gewalttätige Interventionen gegen die völkermordenden Serben

Fest und ureigen von Otto Köhler
Wer ist wohl zuständig für die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung«? Zuständig dafür ist, so steht es in den gerade erlassenen »Verteidigungspolitischen Richtlinien«, die deutsche Bundeswehr. Und das ist lange noch nicht alles

Keine Buchung ohne Beleg von Thomas Ebermann
Die Delegierten des 3. Parteitags der PDS sorgten sich vor allem darum, nicht länger als »Deutsche zweiter Klasse« »diffamiert« zu werden

Auf zum letzten(Lichter-)Scheingefecht von Michael Scharang
»Der Faschismus ... hofft darauf, die von der Kulturindustrie trainierten Gabenempfänger in seine reguläre Zwangsgefolgschaft umzuorganisieren« (Max Horkheimer / Th. W. Adorno). Die österreichische Anständigkeit demonstrierte gegen das anständige Österreich, traf dabei ebenso zwangsläufig wie unvermutet auf sich selbst und war von diesem Anblick überwältigt

Der Letzte macht die Lichterkette aus von Wiglaf Droste
Abschließende Einlassung zu einer lästigen Angelegenheit

»Jeder ist uns der Nächste« XIV von Archiv für Sozialpolitik
Vierzehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

»Weiter im selben Sinn!« von John Goetz
Die Unabhängigkeit Lettlands hat in der baltischen Republik jene »Meute sozialer Hyänen« wieder an die Macht gebracht, der selbst der Trotzkist Isaac Deutscher die Stalinisten vorgezogen hätte. Veteranen der lettischen SS-Legionen können nun Denkmäler zur Ehre der Waffen-SS errichten und im übrigen ruhig auf ihre Rente aus der Bundesrepublik warten

Einmal Preßburg und zurück von Jürgen Elsässer
Der Zerfall der Tschechoslowakei setzt Wiedergänger der besonders scheußlichen Art frei: Hitlers 5. Kolonnen, der slowakische Nationalismus und die

Sudetendeutschen, melden sich aus dem Gruselkabinett der Weltgeschichte zurück

»Es trifft zu« von Reimar Paul

Der rechtsradikale Historiker Alfred Schickel ist mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeicnet worden

»Techniken der Anpassung« von Oliver Tolmein

Manche sahen die Gefangenen aus der RAF seit der »Kinkel-Initiative« fast schon wieder in Freiheit. In den Verfahren, die jetzt verhandelt werden, soll durch Psychiatrisierung erreicht werden, daß die Häftlinge im Knast bleiben

Buch des Monats: Die RAF als unbewiesene Behauptung von Stefan Seifert

Gerhard Wisnewski, Wolfgang Landgraeber, Ekkehard Sieker: Das RAF-Phantom, Droemer Knaur 1992, 464 Seiten, 12,90 Mark

Der verbotene Dichter von Heidi Urbahn de Jauregui

»Sehr jung hatte er seine Vorliebe für dreierlei erkannt, ›für gekrümmte Formen der Wahrheit, singende Delphine und absolute Monarchen‹.« Über den deutschen Dichter Peter Hacks, der am 21. März 65 wird

Der letzte Dinosaurier von Gerhard Bolte

Zum Tod des Philosophen und Literaturwissenschaftlers Leo Löwenthal

kurz und neu von Karl Anton & Vororth

Urs Haldimann, Stephan Dietrich: Unser täglich Fleisch – So essen wir die Welt kaputt. Unionsverlag 1992, 212 Seiten, 26 Mark

kurz und neu von Susanne Fischer

Gerhard Henschel: Moselfahrten der Seele. Referate & Räuberpistolen. Verlag Weisser Stein 1992, 22 Mark

kurz und neu von Chris Toffel

Wojciech Jaruzelski: Mein Leben für Polen. Erinnerungen. Mit einem Gespräch zwischen Jaruzelski und Adam Michnik. Aus dem Französischen von Hans-Jürgen Kray. Piper 1993, 387 Seiten, 46 Mark

kurz und neu von Berthold Brunner

Jürgen Elsässer: Antisemitismus – Das alte Gesicht des neuen Deutschland. Dietz-Verlag Berlin 1992, 158 Seiten, 19,80 Mark

Bekennen - Verzeihen - Kapitulieren von Georg Seeßlen

Reality-Shows, in denen Menschen vor der Kamera kapitulieren, weil sie im Fernsehen die einzige noch helfende Institution sehen, sind die neue Errungenschaft des Privatfernsehens

»Juden erkennen wir nicht an« von Olaf Groehler

Was hat die DDR zur ›Aufarbeitung‹ und ›Wiedergutmachung‹ der nationalsozialistischen Judenverfolgung getan? Zu wenig, behauptete in KONKRET 5/92 der ehemalige DDR-Historiker Olaf Groehler und warf ihr »Gleichgültigkeit«, »Intoleranz« und antisemitische Repressionen vor. Seine Kollegen Jürgen Kuczynski, Kurt Gossweiler und Kurt Pätzold haben diese Vorwürfe zurückgewiesen und Groehler vorgehalten, er liefere »Material fürs Sieger-Tribunal« (s. KONKRET 8 und 11/92). Groehler antwortet seinen Kritikern

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Malcolm X für alle von Günther Jacob

Das Lebenswerk von Malcolm X bietet für jeden etwas. Multi-Kulti-Anhänger, schwarze Nationalisten und weiße Rassisten können sich aus der Biographie des

1965 ermordeten radikalen schwarzen Kämpfers die passenden Splitter herausgreifen. In Spike Lees Filmepos »Malcolm X«, das am 4. März in die deutschen Kinos kommt, wird Malcolm X zum Vorkämpfer einer Fusion aus schwarzem Nationalismus und American Dream

Sie muß verrückt sein von Eckhard Henscheid

Über die zweimalige Verwendung der Germanistikprofessorin Gertrud Höhler zugunsten der Fa. American Express

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/93, S. 4

von Konkret

Das Imperium »Gegenstandpunkt«, Fortsetzung der »Marxistischen Gruppe« (MG) mit Mitteln des Zeitschriftenwesens, schlägt zurück – gegen KONKRET («Dem häßlichen Deutschen die Hosen runtergelassen!«) und dessen Herausgeber, der für seine »Fußnote zu Kuhn« (KONKRET 11/92) und den dort gemachten Vorwurf, es gehe dem Kuhn »um die Rettung der deutschen Ehre durch Klassenanalyse«, die Strafe einer »Antwort an Gremliza« erhält. So langweilig alles, was dort über den Delinquenten G. behauptet wird, so aufregend das Plädoyer in Sachen Kuhn, dessen Verteidiger in seiner Rage eine Reihe vernichtender Indizien gegen seinen Mandanten vorträgt: »Es mag ja sein«, spricht er ganz in Schönhubers Ton, »daß Gremliza nicht mehr weiß, wie er ohne das ewige Deuten auf Auschwitz den Rassismus kritisieren soll.« G. möge doch aufhören mit »seiner nationalen Selbstbezichtigung« und »eine Erläuterung des zweiten Weltkriegs derart« akzeptieren, »daß da eine Nation, die sich entrechtet vorkam, einen Aufstand gegen die herrschende imperialistische Weltordnung unternommen hatte«. Auch wird jetzt empfohlen, die Gleichartigkeit deutscher Nationalisten »mit gestandenen Nationalisten in Amerika, Frankreich, Rußland, Polen und – mit Verlaub – auch in einem kleinen Siedlerstaat des Nahen Ostens« einzusehen, weil ohne Erläuterung derart, daß die Juden wenn nicht noch schlimmer sind als die Deutschen, die Retter der deutschen Ehre durch Klassenanalyse so wenig auskommen wie das gründeutschalternativnationale Pack. Schade. (Und dabei hattedie MG als Störer der Friedensbewegungsmessen in den Achtzigern mal so gut angefangen.)

Erhabenerweise nicht einmal mehr einer schriftlichen Begründung wert erachtete das Berliner Kammergericht 1993 die Bestätigung des Urteils des Berliner Landgerichts von 1992, wonach es dem Schriftsteller und KONKRET-Autor Eckhard Henscheid künftig untersagt sein und bleiben soll, den Schriftsteller H. Böll bzw. seinen Roman »Und sagte kein einziges Wort«, wie geschehen in der Literaturzeitschrift »Der Rabe« 1991, »steindumm«, »kenntnislos«, »talentfrei«, »pathologisch«, »widerwärtiger Dreck«, »verlogen« und »korrupt« (im Sinne von: verdorben) zu nennen. Zwar gestanden die Richter dem Delinquenten bei der Berufungsverhandlung mündlich zu, diese Epitheta einzeln gebrauchen zu dürfen – in der Summe habe man in ihnen aber eine unzulässige »Schmähkritik« zu erkennen; dies eben tat Böll-Sohn und -Erbe René). Immerhin. Aber dies Paradox plausibler zu machen und verbindlich-schriftlich zu erklären: Eben dazu war das Kammergericht, das sich ja auch gleichzeitig in der Sache Honecker überaus auszeichnete, nicht willens und, werweiß, fähig. Dafür und zum Ausgleich nahm sein Vorgänger, das Landgericht, nicht davon Abstand, seinerseits in seiner schriftlichen Urteilsbegründung eine essentielle forensisch-mündliche Aussage des Beklagten »vollkommen entstellt« (E. Henscheid) wiederzugeben. Die Sache geht jetzt ans Bundesverfassungsgericht.

Zum KONKRET-Kongreß »Was tun?« (Hamburg, 11. – 13. Juni) sind inzwischen 351 Anmeldungen eingegangen; der Kongreßkontostand beträgt 26.306 Mark. Einige technische Hinweise sind nötig: Die Anmeldung, die persönlich und namentlich erfolgen muß, wird nur gültig, wenn auch der Kongreßbeitrag gezahlt wird. Dieser muß unbedingt auf das richtige **Konto 1 186 539 300** bei der BfG Hamburg, Bankleitzahl 200 101 11, überwiesen werden. Auf der Überweisung muß klar zu erkennen sein, daß es sich um einen Kongreßbeitrag und nicht um eine Spende handelt. Ebenfalls muß auf der Überweisung der Name des Teilnehmers vermerkt werden. Andernfalls kann kein Schlafplatz reserviert und weder eine Anmeldebestätigung noch die Kongreßzeitung zugesandt werden. Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die sich korrekt angemeldet und den Kongreßbeitrag gezahlt haben, erhalten im Mai eine Bestätigung, die zugleich als Eintrittskarte zu den Veranstaltungen dient. Am 30. April wird die KONKRET-Kongreßzeitung mit dem vollständigen Programm und Texten zur Vorbereitung des Kongresses erscheinen.

Hinweis für Veranstalter: Hermann L. Gremliza geht vom 26. April bis 15. Mai mit den Büchern »Ein Volk gibt Gas« (erschienen Ende 1992) und »Ganghofer im Wunderland – Abenteuerliche Erlebnisse mit deutscher Kultur« (erscheint in diesem Frühjahr) auf Lesereise. Interessenten mögen sich wegen Konditionen und offenen Terminen bitte wenden an: Boris Gröndahl, Telefon 040 43 10 84.

Konkret 03/93, S. 6

an konkret

Wasser in der Wüste

KONKRET 2/93: »Kommunismus oder Barbarei« von Wolfgang Pohrt

Rückblickend unterscheidet Pohrt in schlechte Marxisten (am Gängelband der KPdSU oder der DKP) und gute (die den realen Sozialismus verabscheuten). Und wundert sich, daß mit den schlechten auch die guten verschwunden sind. Die könnten jetzt doch so richtig loslegen, da die miesen Machthaber im Osten weg sind.

Pohrts Begriffsstutzigkeit hat damit zu tun, daß er selbst zu diesen guten Marxisten zählte. So kommt er nicht darauf, daß die guten Marxisten früher deshalb so laut zu vernehmen waren, weil sie als Kronzeugen gegen den perversen Stalinismus gebraucht und gepflegt wurden. Ohne gute, wahre Marxisten kein falscher bürokratischer Sozialismus. Sollte der reale Sozialismus etwa im Namen der goldenen Kreditkarte oder der Wachstumsformel von Harrod und Domar geächtet werden? Daß der reale Sozialismus nichts anderes als Stalinismus, als Verrat am wahren Sozialismus sei, konnten natürlich nur die wahren Sozialisten, die guten Marxisten beweisen. Sie haben ganze Arbeit geleistet.

Nun sind sie in dieser Rolle arbeitslos geworden. Sie müssen sich andere Betätigungsfelder suchen. Ihre besten Vertreter haben sich in den neuen Zeiten auf Nachweise spezialisiert, daß es schon immer falsch war, marxistische Gedanken zu hegen, gute oder schlechte. Pohrt hingegen, Querdenker, der er ist, geht den umgekehrten Weg. Er entdeckt auf einmal, daß selbst der von kapitalistischer Bedrohung und deutscher Verwüstung entstellte Kommunismus im Ostblock ein Segen war und sein Zusammenbruch eine Katastrophe.

Vor sieben, acht Jahren hätte der Satz vielleicht noch geholfen. Heute ist er der Trinkspruch zum Verachtungsschluck auf die Brüder und Schwestern der Zunft und natürlich auch eine freundliche Grabrede. Und da auf zehn Cora Stephans nur ein Pohrt kommt, freuen sich die Hinterbliebenen.

Conrad Schuhler

München

W. Pohrt erwähnt in seinem Artikel Orwells »brave new world«.

Suum cuique. »Brave new world« ist von Aldous Huxley, von George Orwell stammt »1984«. W. Pohrt möge sich entscheiden.

Hans Walter Krause

Bergisch Gladbach

Lehrlinge und Stinos

KONKRET 2/93: »Freie Deutsche Jugend« von Oliver Tolmein

Da hat man sich, ach, ernsthaft bemüht, und wird dennoch als linksliberales Counterschwein entlarvt. Gut gemeint, aber voll daneben! Man sollte sich eben nicht darauf verlassen, was die Zeitungslektüre hergibt, selbst wenn es die »Zeit« ist. Gerade das Gegenteil von dem, was du über mich schreibst, werde ich nicht müde, ständig zu wiederholen – gegen die übliche Heitmeyerisierung der Diskussion: Der Großteil der Jugendlichen im neuen Deutschland werde, so meine These, rechts sozialisiert, nach dem Motto: Wie die Alten sungen... Die rassistischen Gewalttäter sind zwar Jugendliche, aber nicht die armen, verhetzten, arbeitslosen, sondern Lehrlinge und andere Stinos, was zu beweisen war. Die eingefleischten Nazis und Drahtzieher sind leider nicht immer so dumm, sich schnappen zu lassen.

Also, bevor du mich das nächste Mal in die Schublade Sozialarbeiter, Leggewie usf. einordnest, wirf einen Blick in mein Büchlein und lese im Nachwort zur vierten Auflage nach, was die Herrschaften der militanten Rechten von demselben halten (während sie sich über manche der gutgemeinten Antifa-Veröffentlichungen köstlich amüsieren).

Burkhard Schröder

Berlin

Wirklich so dumm?

KONKRET 2/93: »Living next door to Alice« von Boris Gröndahl

Daß es einen drängt, sich kritisch mit der »Emma« auseinanderzusetzen, sei jedem unbenommen. Aufs schärfste – nein, eigentlich nur erstaunt – verwehre ich mich jedoch gegen die diffamierende Art und Weise, mit der Boris Gröndahl in seinem Beitrag auch meine kinderfraubewegten Zeilen zu diesem Zwecke aus dem Zusammenhang reißen und gewollt mißverstehen darf. Oder sollte er wirklich so dumm sein, wie er scheint? Den Vorwurf des Rassismus kann ich jedenfalls nur zurückgeben: Gröndahl beanstandet allen Ernstes, daß eine afghanische Schülerin nachmittags mit meinem kleinen Sohn spielte und dafür ein Entgelt von mir bekam. Daraus schließe ich, daß seiner Meinung nach deutsche Kinder nur von deutschen Babysitterinnen betreut werden dürften.

Mein Text handelt von Widersprüchen, in die eine berufstätige Frau hierzulande unweigerlich gerät, wenn sie Familie und Beruf – aufgrund des Mangels an Kindergartenplätzen gezwungenermaßen mit je individueller Strategie – zu vereinbaren sucht. Mich selbst habe ich dabei nicht verschont: »Arbeitgeberin ohne Sozialleistungen«.

Wenn ich mit diesem »tapferen Schulmädchen« (wie sie schon Else Lasker-Schüler zur Betreuung ihres »Bengels« wärmstens empfahl), das an zwei, drei Nachmittagen in der Woche mit meinem Sohn auf den Spielplatz ging, besonders glücklich war, dann – neben der Sympathie – gerade deswegen, weil es sich eben nicht um ein Verhältnis Arbeitgeberin versus berufstätig-abhängig Beschäftigte handelte, sondern darum, daß eine Schülerin sich gern ein Taschengeld verdient, etwa um sonnabends in die Disco gehen zu können.

Dr. Regula Venske

Hamburg

»Emmas« neuer Untertitel (»Von Frauen für Menschen«) soll, so habe ich diese Namensänderung interpretiert, Männer dazu anregen, sich bei Frauenfragen mitgemeint zu fühlen. Eine freundliche Einladung, oder? Aber nein. Damit hat sich Frau Schwarzer endgültig den Zorn der Herren Gremliza und Gröndahl zugezogen. Anders kann ich mir die Gehässigkeit und Unsachlichkeiten, die Boris Gröndahl plötzlich gegen »Emma« vom Stapel läßt, nicht erklären. Daß nach Alice Schwarzers Ansicht Frauen bloß Opfer des Frauenhasses und des Rassismus sind, die über eine Mittäterinnenschaft gar nicht erst nachzudenken brauchen (»Wenn Frauenhass die Wurzel allen Hasses ist, sind Frauen aus dem Schneider«), ist pure Zuschreibung. Rassismus ist auch Frauensache – genau darum finden sich in »Emma« ja immer wieder Artikel zu diesem Thema. Artikel, die übrigens das Reflektieren der eigenen Widersprüche (von relativ privilegierten weißen Frauen gegenüber wenig/er privilegierten farbigen Frauen) nicht aussparen.

Gabi Einsele

Zürich

Nachruf auf sich selbst

KONKRET 2/93: »Erlaubte Revolutionen« von Günther Anders

Die Veröffentlichung der Kritik von Günther Anders an der 68er Bewegung ein Vierteljahrhundert nach ihrer Formulierung wirft einige Fragen auf, deren wichtigste: Warum wurde sie nicht schon 1968 veröffentlicht? Mit dieser Frage verbunden: Wie kam KONKRET an diesen Artikel?

Daß KONKRET diesen bemerkenswerten Text abdruckte, war ohne Zweifel begrüßenswert, aber warum ohne uns diese Frage zu beantworten? Und es wunderte uns ebenso, daß KONKRET in diesem Moment nicht mehr zu sagen hatte über Günther Anders und sein Werk. Einen Nachruf fordern wir nicht, da uns diese ritualisierte Aufmerksamkeit letztlich zuwider ist, aber im Rahmen von KONKRET, wo solche Formen üblich sind, mußte nun ein anderer Eindruck entstehen: Günther Anders' Abrechnung mit der Kompromißbereitschaft linker öffentlicher Figuren – gerade heute erstaunlich aktuell – las sich als ein Nachruf auf sich selbst; ein peinlicher Eindruck. Wer seine Haltung kannte, wußte, daß Günther Anders auch in den letzten 25 Jahren seine Radikalität nicht gegen öffentliches Ansehen einzutauschen bereit war.

Andreas Fanizadeh, Roberto Ohrt

Frankfurt/M., Hamburg

Warum Anders' Text nicht schon 1968 veröffentlicht wurde, können wir nicht sagen; wir lasen ihn zum ersten Mal zwei Wochen vor den KONKRET-Lesern. – D. Red.

Konkret 03/93, S. 9

Hermann L. Gremliza

Mens sana in campari soda

Früher konnte man, wenn bürgerliches Denken bürgerliche Aufklärung bis zum inhumanen Exzeß weiterdachte, mit Zynismus noch frivole Widersetzlichkeit assoziieren. Heute setzt Zynismus Unterwerfung unter jeweilige Herrschaft voraus; geistige Frivolität, die sich auf diesem Boden entfaltet, steht immer im Einverständnis mit Ungeist und Barbarei. Michael Scharang

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter des Bundestags, der seinen Tatendrang ein halbes Leben lang auf das Herausgeben ziemlich weltrevolutionärer Schriften beschränkt hatte, ist endlich selber in jenes letzte Gefecht gezogen, von dem seine Autoren Illich, Dutschke, Bahro undsoweiter gesungen haben. In einer Adresse an die Herrschenden der Lufthansa erhob er schärfsten Protest, daß die Bewerber um Gratisflüge auch danach gefragt werden, ob sie einen Adelstitel tragen, und mit dem Stolz des ehrlichen, aber einfachen Mannes forderte er das Ancien régime der Lüfte heraus: »Ich hatte leider nie Gelegenheit, einen solchen Titel zu erwerben, weder durch Geburt noch durch Heirat, noch durch Adoption, und habe dies auch nicht vor.« Die Herren möchten sich deshalb künftig »ungefähr an den Standard unserer zivilen Gesellschaft des Jahres 1993 anpassen«.

Vor wenigen Jahren noch hätte die Szene fröhlich aufgelacht, wenn schließlich der Name dieses Freiflug-Marats gefallen wäre. Heute bezeichnet seine Klage, trotz prima Anpassung an die neuesten Standards nie vom Kleinbürger Freimut zum Grafen Duve erhoben worden zu sein, die Sehnsüchte der ganzen vormals linken Intelligenz, die sich zu »unserer zivilen Gesellschaft« so bekennt wie einst der preußische Grenadier, der, als er wollte, nicht durfte, und, als er hätte dürfen, nicht mehr mußte, zu seinem Mißgeschick: Plan jeändert, Hose jemacht.

Sie hatten den Marx, den Engels, den Lenin gelesen, die bürgerliche Gesellschaft als Klassengesellschaft, den Antagonismus von Kapital und Arbeit, die Lohnarbeit, den Mehrwert, die Profitrate, die Ausbeutung, die »freie Welt« als Lager des Imperialismus verstehen gelernt, hatten damit was wollen und werden wollen und waren nichts geworden. Den Vorsatz, ihren Plan zu ändern, haben sie schon früh gefaßt und in allen Richtungen nach Erleichterung gesucht: Manche schlugen vor, die Arbeiterklasse ins Angestelltenverhältnis zu befördern, andere wollten die Kapitaleigner durch ihre Manager enteignet sehen, wieder andere versuchten, den Imperialismus an die Sowjetunion zu verleasen. Das alles geschah recht verschämt und nur selten ohne Legitimation durch ein Zitat aus Marx, Engels, Lenin oder ein Lehnwort von Marcuse. Einfach in die Hose zu machen, solange noch einer zusah, und sei es von weit her, über eine Mauer, trauten sich nur wenige.

Als die aber fiel, ließen sie alle Hemmungen fahren. Was in der Nacht zuvor Kapitalismus, Klassengesellschaft, imperialistischer Staat geheißen hatte, war am Morgen danach Marktwirtschaft, Risikogesellschaft, Mediendemokratie oder neues Denken, moderne Industriegesellschaft, sozialer Verteilungsstaat oder jede beliebige Kombination aus alledem und vielem mehr. Und weil jetzt alle die Hosen voll hatten, konnte endlich keiner mehr die Nase über den andern rümpfen; nicht die Erfinderin der gründlich zivilisierten Gesellschaft der Deutschen über den Entdecker des deutschen »Wohltatenstaates«; nicht die »Frankfurter Allgemeine«, die im Rücktritt des korrupten Bettino Craxi »in Wahrheit« den »Zusammenbruch des letzten sozialistischen Systems in einem großen Land des Kontinents« erlebte, über das Hamburger Institut für Sozialforschung, das die Pogrome der Jungnazis als »Veralltäglichung von Gewalt« in einem »Workshop Fremdenfeindlichkeit« behandelt, als wäre Rassismus eine Variante des Töpferns; nicht der Minister, der, da er seine Cocktails nun aus sechs Teilen Gin und einem Teil Wermut macht statt aus einer Flasche, einem Lumpen und Benzin, nach einem »deutschen Clinton« ruft, über den Vorsitzenden der SPD, der eine »neue politische Syntax« lehrt: »So viel Anfang wie jetzt war noch nie, aber noch bestimmt weithin das alte Denken, das glaubte, nicht ohne Feindbild oder Gegner auskommen zu können, Kopf und Bauch.« Dabei werde es »Aufgabe der Sozialwissenschaften sein, vor dem Hintergrund theoretischer und orientierender Reflexionen und Diskussionen die Frage nach den ›Anderen‹, nach der gesellschaftlichen Konstitution von ›Wir‹ und ›Denen da‹ an zentraler Stelle aufzunehmen« undsoweiter, aber das ist wieder nicht neue politische Syntax, sondern Workshop.

Nun könnte die Welt sich tatsächlich so sehr verändert haben, daß sie mit dem alten Denken nicht einmal dann mehr zu begreifen wäre, wenn man es nicht mit dem Bauch versuchte. Dagegen spricht – außer natürlich der Wirklichkeit, die des neuen Denkens täglich bitterer spottet – die Unfähigkeit der Intelligenz, ihren Selbstmord an Marx und die Löschung all seiner Begriffe aus ihrem Denken zu erklären. Keiner will sagen, wie aus einer Klassengesellschaft im Halsumdrehen eine Risikogesellschaft werden konnte, warum die Ausbeutung verschwunden und der Imperialismus sanft entschlafen ist. Daß die Intelligenz, auch wenn sie wollte, es nicht sagen könnte, hat zwei Gründe. Den objektiven, daß der Untergang der sozialistischen Staaten, die Marx nicht gekannt hat, die sozialökonomischen Gesetze der Gesellschaft, die er gekannt hat,

nicht aufgehoben hat; und den subjektiven, daß die marxistische Theorie ein Skelett war, das der bundesdeutschen Intelligenz nach 1968 zwar einen gewissen Halt gegeben hat, dessen Entfernung sie aber zu einem intellektuellen Gallertklops zusammensacken hat lassen, der sich nur noch in sich bewegen und, wenn er nach seiner seltsamen Metamorphose gefragt wird, allenfalls zwei Silben blubbern kann: Sta-si.

Dies Zeichen, das allerdings Tote erweckt und sogar den Raddatz ein letztes Mal am Sargdeckel kratzen ließ, wurde zum Freifahrschein der deutschen Intelligenz für jeden Trip (und hätte Duve, der Dödel, den der Lufthansa gezeigt, säße er jetzt gratis Erster Klasse im Jet Richtung Seychellen); mit seiner Hilfe hat sie sich mit ihren Vätern versöhnt und deren Bundesgenossen vom Baltikum bis Kroatien die Hand zum neuen Bund gereicht (wobei sich die deutsche Intelligenz in ihrem Enthusiasmus für das freie Kroatien nicht dadurch stören läßt, daß Israel es ablehnt, den Staat des antisemitischen Faschisten Tudjman anzuerkennen); in diesem Zeichen steht sie Schmiere, wenn Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager gezwungen werden, sich ihre Gedenkstätten mit ihren SS-Wärtern zu teilen, weil diese, wenn sie 1945 von der Roten Armee erwischt wurden, jetzt Opfer des Stalinismus heißen; unter ihm gelang der Intelligenz die Rückkehr in die Volksgemeinschaft anläßlich der feierlichen Dankgottesdienste für die Abschaffung des Asylrechts, die vor einigen Wochen in allen deutschen Großstädten abgehalten wurden. (Warum diese sogenannten Lichterketten nicht gleich nach den Anschlägen von Hünxe oder den Morden von Mölln veranstaltet wurden? Weil bis dahin die nötige Einigkeit der Demokraten für eine Streichung des Asylrechts noch nicht zusammengeprügelt war.)

Da aber, wie Marion Dönhoff, die sich nicht bei der Lufthansa beschweren mußte, so schön sagt, jeder Vorteil einen ihm spezifischen Nachteil hat, wird diese Intelligenz, die so billig zu haben war, bei ihren neuen Eignern bald die alte vulgärmarxistische Wahrheit in Erinnerung rufen, daß südlich, nördlich, westlich, östlich Kostenloses selten köstlich war. Und es wird heißen: Letztes Gebot für Schneider, Peter, zum ersten, zum zweiten und zum dritten – Zuschlag dort hinten rechts, an den Herrn von der Fischmehlfabrik Rostock.

Konkret 03/93, S.

Wolfgang Schneider

Deutsche Frauen an die Front

Sie rufen zum Krieg: Feministinnen, Linksintellektuelle und grüne Realos haben ihre Verantwortungfür die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte entdeckt und fordern eine Militärintervention im jugoslawischen Bürgerkrieg – mit Beteiligung der Bundeswehr

»Uns Frauen müßte es mittlerweile unerträglich werden, den Massenvergewaltigungen und der unwürdigsten Schändung der Frauen in Bosnien- Herzegowina zuzusehen. ... Wann geht die Masse der Frauen endlich auf die Barrikaden und zwingt die Politiker endlich zu einer wirksamen Intervention? Die Folgen des Geschehens für eine muslimische Volksgemeinschaft, wie sie die Bosnier darstellen, sind für unseren Kulturkreis kaum nachvollziehbar.«
Leserinnenbrief in der »Süddeutschen Zeitung«, 30.1.'93

»Natürlich wäre es schön, wenn die Welt anders wäre. Ich sage nur, wenn sie so ist, wie sie ist, finde ich, können sich Deutsche auch nicht mehr zurückhalten.«
Lea Rosh, Talk im Turm, 31.1.'93

Die Reaktion war symptomatisch: Kaum hatte der amerikanische Außenminister bekanntgegeben, daß die USA nicht daran dächten, militärisch im jugoslawischen Bürgerkrieg zu intervenieren oder eine der kämpfenden Parteien mit Waffen zu beliefern, schnappte die veröffentlichte Meinung im wiedervereinigten Deutschland, der so langsam die Greuelnachrichten auszugehen drohten und die daher dringend auf Nachschub wartete, prompt ein. »Eine Luftblase«, in der auch noch das letzte »Spurenelement von Interventionsbereitschaft« zum Verschwinden gebracht worden sei, empörte sich der Kommentator der »FAZ« über den Sechs-Punkte-Plan der Clinton-Administration; »ein Eiertanz«, schimpfte die Kommentatorin der »TAZ« und gab sich erst gar keine Mühe, ihre Enttäuschung darüber zu verbergen, daß »der Frieden ... *ausschließlich* durch diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf Serbien erreicht werden (soll)«. Beide hatten damit einmal mehr die Haltung jener Kriegspropagandakompanie zum Ausdruck gebracht, die hierzulande das Bild vom Geschehen im ehemaligen Jugoslawien bestimmt und die, je weniger das Ausland davon wissen will, desto rabiater nach einer Militärintervention auf dem Balkan verlangt – mit Beteiligung der Bundeswehr. An der Spitze jener Kompanie aber marschieren seit einigen Wochen Feministinnen, Linksintellektuelle und grüne Realos.

Hatten Meldungen über »Massenmorde in Konzentrations- und Vernichtungslagern«, die im Sommer letzten Jahres die Titelseiten der hiesigen Presse füllten, allenfalls eine Handvoll Bonner Politiker und einige Mitglieder der Grünen zum lauten Nachdenken über die Möglichkeiten eines Militärschlags angeregt, so änderte sich das rasch, als im November Berichte über »systematische Massenvergewaltigungen muslimischer Frauen« veröffentlicht wurden. Diese Berichte basierten in der Regel auf Informationen nationalistischer kroatischer Frauengruppen, und sie trafen hierzulande auf eine linksalternative Szene, die durch die Besichtigung eines Films, den die Feministin Helke Sander über die Vergewaltigung deutscher Frauen durch Angehörige der Roten Armee angefertigt hatte, gerade richtig in Stimmung gekommen war. So wurden nicht bloß die Nachrichten über in Bürgerkriegen der jugoslawischen Art nur allzu wahrscheinliche Greueltaten bereitwillig geglaubt, sondern vor allem deren offensichtlich propagandistische Aufbereitung übernommen und nochmals radikalisiert. Wer der Schurke war, stand ebenso außer Frage wie die Dimension seines Verbrechens und dessen Motiv. 60.000 von Serben zum Teil in eigens dafür eingerichtete Lager gesperrte und zum Zweck des Völkermords systematisch vergewaltigte und geschwängerte muslimische Frauen – das war der Stand der Zählung im November '91, und wenn auch zwei Monate später eine eigens dafür eingesetzte Untersuchungskommission der Europäischen Gemeinschaft diese Zahl auf ein Drittel reduzierte und Amnesty International in einem Bericht über »Vergewaltigungen und sexuellen Mißbrauch durch bewaffnete Kräfte in Bosnien-Herzegowina« nicht nur die Tatsache betonte, daß »das Thema der Vergewaltigung von Frauen ... extensiv als Propagandawaffe eingesetzt worden (ist)«, sondern auch darauf hinwies, daß es »eine offene Frage« sei, »ob politische und militärische Führer Vergewaltigung explizit als Waffe gegen ihre Gegner eingesetzt haben«, so blieben hierzulande jene Gruppen, die sich des Themas besonders angenommen hatten, eisern sowohl bei ihrer Statistik als auch bei deren völkischer Interpretation. Nur der Imam von Zagreb – ihm waren 100.000 vergewaltigte Musliminnen geoffenbart worden – und die »Frauenaktion Scheherazade« boten noch mehr. Letztere wußte in ihrem »Newsletter« vom Januar gleich von »mehreren hunderttausend« Fällen zu berichten.

Seit November also begann sich hierzulande eine Bewegung zu formieren, die ihren beredten Ausdruck unter anderem in Aufrufen wie dem folgenden, im Dezember in Hamburg zum 7. Nordelbischen Frauenaktionstag verteilten, fand: »Frauen gegen Massenvergewaltigungen und Völkermord / Die Massenvergewaltigungen werden von serbischer Seite gezielt als Kriegswaffe eingesetzt. Sie sind Teil einer ›ethnischen Säuberungsaktion‹, die dem Tatbestand des Völkermordes gleichkommt. ... Dazu können wir nicht schweigen! ... Unserer Wut und Trauer möchten wir einen symbolischen Ausdruck

verleihen. Deshalb bitten wir alle Frauen, entweder in rot (Wut) oder in schwarz (Trauer) gekleidet zu kommen. (Schwarzes bzw. rotes Stück Stoff mit Loch in der Mitte für den Kopf, Tücher etc.). Die Schwarzgekleideten nehmen bitte einen Besenstil mit, um anknüpfend an die Tradition des ›Pestklopfens‹ zu warnen vor der Pest unserer Zeit: den massenhaften Vergewaltigungen und dem Völkermord in Bosnien. Die wütenden Frauen nehmen bitte trommelartige Instrumente mit (Topfdeckel u.ä.), um ihre Wut zu unterstreichen...«

Derlei Mummenschanz, der sich landauf, landab in Hunderten von »Klage- und Bittgottesdiensten« fortsetzte, in deren Verlauf, so geschehen im Hamburger Stadtteil Altona, normal gekleidete Frauen nach wiederholtem rituellen Absingen des »Kyrieleis!« und mehrmaligem Verlesen von Schreckensnachrichten aus dem Kriegsgebiet stockschlagend durchs Kirchenschiff hasteten, um anschließend einige im Alterraum herumliegende Puppen mit Tüchern zu bedecken – derlei Hokuspokus also lieferte jedoch nur die gewissermaßen karnevalistische Begleitung zu einer politischen Offensive, in der grüne Feministinnen mit der imperialistischen Weltordnung ihren Frieden machten und zum Krieg aufriefen.

Eva Quistorp zum Beispiel, Mitbegründerin der »Anstiftung der Frauen zum Frieden« und der Grünen, Mitglied der Berliner Grünen/Alternativen Liste und des Europaparlaments. »Wo immer Frauen sich für Frieden und Abrüstung einsetzen, ist sie nicht weit«, schrieb die »Zeit« einst über sie, und noch im Januar ‘92 hat die emsige Pazifistin ein Buch mit »Stimmen von Frauen gegen die Logik des Krieges« herausgebracht – »Unsere Stimmen gegen die Sprache der Waffen!« – , in dem sie ihre »Sehnsucht nach einer weltweiten Frauenfriedenslobby«, ihren Abscheu vor »Kriegstreibern und nekrophilen Machos« und ihre Bewunderung für »Sister Anna von den Maryknoll-Sisters auf Hawaii, die vor den Atomwaffenlagern wunderbar zarte Lieder singt«, zum Ausdruck brachte. Die in diesem Band gesammelten Beiträge richteten sich allerdings gegen den 2. Golfkrieg, dessen Berechtigung Quistorp ungeachtet zahlreicher Meldungen über »systematische Massenvergewaltigungen« kuwaitischer Frauen (man rechnet mit ungefähr 5.000 Betroffenen) durch irakische Soldaten nicht mal erwog.

Heute dagegen gehört sie zu den vehementesten Befürworterinnen einer militärischen Intervention im ehemaligen Jugoslawien, wobei ihr völlig egal zu sein scheint, wer da zuschlägt: Bereits Anfang November hatte sie eine Resolution von Mitgliedern der Berliner Grünen/Alternativen Liste unterschrieben, in der die Uno unter anderem aufgefordert wird, die Bombardierung serbischer Flughäfen und Waffenfabriken durchzusetzen; im Januar forderte sie dann in Zeitungsanzeigen »zur Beendigung des Krieges in Bosnien-Herzegowina« die Aufhebung des Waffenembargos und einen Einsatz von Nato-Luftstreitkräften – sie tat dies gemeinsam mit dem CDU-Politiker Schwarz, der Mengele in Bosnien wiederauferstehen sah, dem verfolgungswahnsinnigen sächsischen Innenminister Eggert, Christian Schwarz-Schilling, Oskar Prinz von Preußen und Ferdinand Fürst von Bismarck.

Nach den Gründen für ihr neuerdings so überaus kriegerisches Engagement gefragt, antwortete Quistorp, daß ihr eben »die Erhaltung bestimmter ethischer Maßstäbe wichtig ist« und daß, wer »hier gegen die Änderung des Artikels 16 anrennt«, auch »die Kultur des Zusammenlebens in Sarajevo« retten müsse. Dochdoch, das lasse sich durch einen Militäreinsatz durchaus erreichen: »Das haben mir Militärs bestätigt, und zwar Militärs, die auch mit der Friedensbewegung sympathisieren oder die auch nicht ständig bereit sind, zuzuschlagen... Ich weiß, daß Manfred Wörner bei der Nato und Leute der Führungsakademie in Hamburg sagen, technisch gebe es Möglichkeiten... Auch in anderen militärischen Fachkreisen wird inzwischen in diese Richtung gedacht.«

Die feste Überzeugung, daß das Militär besonders begabt sei, ethische Maßstäbe zu erhalten, wirkt ein wenig sonderbar bei der nach Petra Kelly wohl prominentesten Vertreterin der deutschen Friedensbewegung, »die sich weiter als eine der ›Frauen für den Frieden‹ versteht«, wie sie im Januar ungerührt zu Protokoll gab. Grotesk aber wird es, wenn hohe Militärs sich von zum Krieg treibenden Pazifistinnen vorhalten lassen müssen: »Wenn es hart auf hart kommt, dann kneifen Sie, Herr General«, wie dies dem Brigadegeneral a.D. Opel im Streitgespräch mit Conny Jürgens geschah (»Spiegel« Nr. 5/93). So häufig wie die parlamentarische Geschäftsführerin der Hamburger GAL-Fraktion hat nicht mal Gerhard Löwenthal das Wort »Menschenrechte« rasch hintereinander aufsagen können; so konsequent wie sie hat bislang nicht mal Rupert Scholz das Recht der Deutschen behauptet, weltweit »die Menschenrechte zu verteidigen« – überall dort nämlich, wo sie »verletzt« werden, »dort muß von außen eingegriffen werden«, unter Beteiligung deutscher Truppen, versteht sich.

»Vor Haß und Gewalt soll man weichen?« fragte die ehemalige Friedensaktivistin den ehemaligen General, der von ihr lediglich hatte wissen wollen, wen sie denn im ehemaligen Jugoslawien als Gegner betrachte und wo sie sonst noch auf der Welt zu intervenieren gedenke. »Ihre Ultima ratio ist, einen Dreck auf Menschenrechtsverletzungen zu geben«, mutmaßte sie, während ihresgleichen sich eben bemühe, »die Kategorie der Moral wieder in die Politik einzuführen«. Woraus sich ihr Vorschlag einer »deutschen Wiedergutmachungs-Intervention« (»FAZ«) auf dem Balkan geradezu zwangsläufig ergab: »Das Argument, aus der deutschen Geschichte leite sich ab, daß wir (!) dort auf keinen Fall hingehen dürfen, ist falsch. Im Gegenteil: Gerade wegen ihrer alten Schuld haben die Deutschen eine besondere Verpflichtung, sich dort für die Menschenrechte einzusetzen.« Gäbe es eine perversere Überlegung, ich bin sicher, Conny Jürgens hätte sie angestellt.

Auch Lea Rosh möchte, daß die Bundeswehr auf dem Balkan für Ordnung sorgt – unverzüglich und unter Berufung auf Artikel 24 GG (»Kollektives Sicherheitssystem«). Doch hat sie Skrupel ganz eigener Art hinsichtlich der möglichen Folgen einer derartigen Operation. Dem General a. D. Schmückle, Interventionsgegner wie sein Kollege Opel, hat die Chefin des NDR-Landesfunkhauses Hannover in der SAT 1-Sendung *Talk im Turm* ihre Bedenken erläutert: »Ich bin nun wirklich nicht wild darauf, daß wir (!) dort *Deutsche* sterben lassen, und das mit den Zinksärgen ist ‘ne entsetzliche Vorstellung, das wissen wir doch alle. Ich sage nur mal, wir haben mit der deutschen Einheit eine Unschuld verloren. ... Wir können uns heute nicht mehr« im »Schatten der Vergangenheit« verstecken: »Man hat auch eine Verantwortung.« Da ihrer Meinung nach zwar »alle Seiten in diesem Krieg, alle Männer, vergewaltigen«, allein die Serben aber »dieses Verbrechen als gezielten Völkermord betreiben« und damit durchaus den Nazis vergleichbar seien, würden deutsche Soldaten, die ihr Leben bei dem Versuch ließen, jenen den Garaus zu machen, sehr wohl einen zumindest ideellen Platz an der Seite jener »amerikanischen, kanadischen, französischen, englischen Jungs« verdienen, die sich damals in der Normandie »auch nicht darum gerissen haben, sich von den Deutschen abschlachten zu lassen«. Frau Rosh muß es wissen, sie ist für ihre Beiträge zur deutschen»Vergangenheitsbewältigung« mehrfach aus-gezeichnet worden.

Wer in Deutschland aus dem Schatten der Vergangenheit treten und »Verantwortung« übernehmen möchte, will wieder an die Front. Also hat der Verein »Perspektive Berlin«, dessen Vorsitzende Lea Rosh ist, für den 7. Februar zu einem Kongreß »Internationale Frauen-Solidarität« in Zagreb aufgerufen – »denn kein Ort ist so dicht an dem Kriegsgeschehen«. Unterzeichnet haben diesen Aufruf, der mit markigen Worten nicht spart – »Wir, die Frauen in Freiheit, sind gefordert, die Opfer zu befreien, ihre Freilassung zu erzwingen« – , unter anderem so bewährte Partisaninnen wie Rita Süssmuth, Herta Däubler-Gmelin, Hanna Renate-Laurien, Jutta Limbach, Regine Hildebrandt, Cornelia Schmalz-Jacobsen, Waltraud Schoppe, Inge Wettig-Danielmeier und Eva Quistorp. »Wir gehen nach Zagreb ... mit vielen deutschen Ministerinnen«, hatte Rosh in SAT 1 gedroht, und man muß die Bilder vom Auftritt der deutschen Politikerinnen in der Hauptstadt eines Landes, dem Israel noch immer die diplomatische Anerkennung verweigert, weil ein Faschist an seiner Spitze steht, gesehen haben, um die Bigotterie zu ermessen, die den Ablauf der Tagung bestimmte. Hilfe für aus dem Kriegsgebiet fliehende Frauen durch Politikerinnen, die in Parteien engagiert sind, die zunächst mithalfen, Jugoslawien in ein Schlachtfeld zu verwandeln, und die dann das Asylrecht abgeschafft und durch Einführung einer Visumspflicht für Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet die BRD zusätzlich abgeschottet haben?

Wo’s um die globale Durchsetzung der »Menschenrechte« geht, kommt’s auf regionale Details weiter nicht an – also wird hemmungslos gelogen: »Die Massenmedien (in Serbien) sind gleichgeschaltet im Sinne der deutschen faschistischen Tradition« (Quistorp) – wo sich doch jede/r in der hiesigen Presse, die mitunter Beiträge von Korrespondenten oppositioneller Belgrader Blätter druckt, davon überzeugen kann, daß das allenfalls für Kroatien gilt; das Waffenembargo »nützt nur den Serben, die auf dem Waffenarsenal der jugoslawischen Armee sitzen, während sich Moslems mit Schrotflinten verteidigen müssen« (Jürgens) – wo doch die Medien tagtäglich von »heftigen Artillerieduellen« berichten, die sich mit Schrotflinten nun mal nicht führen lassen; »... es ist kein Bürgerkrieg, die Bürger kämpfen nicht, es kämpfen die Soldaten, die Milizen« (Rosh) – wo doch Jugoslawien tatsächlich existiert hat und keine Reportage aus dem Kriegsgebiet zu erwähnen vergißt, daß dort nahezu jeder, der noch mit einem Messer umgehen kann, sich am Gemetzel beteiligt.

Woher aber rührt der so selbstgewisse missionarische Eifer von Leuten, die die Deutschen mal wieder an die Front rufen? Aus der Pflicht, »die Kategorie Moral wieder in die Politik einzuführen« (Jürgens), dem Unvermögen, »weiter in unseren Sesseln zu sitzen ..., als würde da nicht gestorben, gemordet, geschlachtet« (Rosh), oder dem Vorsatz, jede weitere Vergewaltigung bosnischer Frauen zu verhindern – notfalls unter Einsatz schweren militärischen Geräts? Aber das erste ist angesichts dessen, was die Deutschen auf diesem Gebiet in den letzten 80 Jahren bereits geleistet haben, eine schreckliche Drohung, das zweite haben die Wiederentdeckerinnen einer internationalen »Verantwortung« der Deutschen zeit ihres Erwachsenseins als Effekt einer Weltordnung hingenommen, die sie nicht nur nicht ändern, sondern mit ihren Forderungen nun erst richtig durchsetzen wollen, und das dritte müßte unverzüglich zum Appell an die internationale Staatengemeinschaft führen, die Bundesrepublik rasch und möglichst flächendeckend mit Bomben zu belegen – schließlich werden hierzulande nach Schätzungen des Bundeskriminalamtes in- und außerhalb der Ehe pro Jahr etwa 200.000 Frauen vergewaltigt.

Es bleibt die Annahme eines *Genozids* durch erzwungenen Geschlechtsverkehr und gewaltsame Schwängerung. Sie impliziert Vorstellungen vom Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen in Bosnien, wie sie die Nazis mit Blick auf die Juden entwickelten, denen sie nachsagten, sie wollten mittels Schwängerung deutscher Frauen die »arische Rasse« zersetzen. Tatsächlich ist die Annahme, Serben und bosnische Muslime gehörten verschiedenen »Rassen« an (natürlich sind beides Slawen, die sich lediglich durch ihre Religionszugehörigkeit unterscheiden) auch formuliert worden – in einer von Lea Rosh am 23. Januar moderierten Debatte der Fernsehreihe *Samstags in Niedersachsen,* die der Vorbereitung des Zagreber »Frauentribunals« diente. Gesprächsteilnehmer war unter anderem Rupert Neudeck, mit dessen »Komitee Cap Anamur« Rosh bei der Organisation jener Veranstaltung zusammenarbeitete. Neudeck hatte bereits im »Stern« (Nr. 1/93)

mit Blick auf den Balkan gemeint, daß »die deutsche Gesellschaft feige« sei, und gefragt: »Wozu haben wir eine Armee, wenn wir sie nicht einsetzen wollen?« Nun erklärte er, warum er sich das wünsche: »Ich weiß, daß zigtausende von muslimischen Frauen, weil sie Muslime sind, weil sie von einer anderen Rasse sind, deshalb sollen sie diskriminiert werden. Wir erleben doch eine furchtbare Situation, eine Vergewaltigung eines ganzen Volkes.« Und dann fiel ihm ein, daß das den Deutschen ja auch schon mal passiert war: »Ich habe doch wirklich diese furchtbare Situation (erlebt), daß ich als 6jähriger in Deutschland mal gewesen bin mit meiner Mutter und meiner Großmutter und meiner älteren Schwester, und wir haben diese Situation von Vergewaltigung in Deutschland auch erlebt«, damals, als die Russen Berlin *ethnisch säuberten.*

Um diese Schmach wenigstens symbolisch zu tilgen, hat Neudeck in Absprache mit den Koordinatorinnen der Frauenkonferenz Vorbereitungen getroffen, »daß sich eine Delegation dort bildet, die einmarschiert in Bosnien-Herzegowina« (Rosh). »Wir wären ja Waschlappen«, erläuterte Neudeck das Einmarschziel, »wenn wir nicht bereit sind, auch zu diesen Frauen hinzugehen und auch Risiken in Kauf zu nehmen«. »Also, ich hab Sie schon lange bewundert, Herr Neudeck«, hat Lea Rosh darauf geantwortet, »denn Sie hätten all das, was Sie gemacht haben, nicht machen können, wenn Sie nicht immer wieder mit dieser Kraft so vorgehen würden, wie jetzt eben auch.«

Eine Woche später, in der ARD-Sendung *Presseclub,* hat David Binder, Korrespondent der »New York Times«, erklärt: »Ich hör nicht gern aus den Mündern deutscher Politiker, wie man Krieg führen sollte auf dem Balkan, und erst recht nicht in Bosnien, egal wie jung oder alt sie sind... Sie sollen gefälligst den Mund halten.« Für den Fall aber, daß man tatsächlich »Kriegsverbrecheranzeigen« formulieren wolle, die auch Politiker wie Milousevic und Karaduzic mit einschlössen, »würde ich Helmut Kohl und Hans Dietrich Genscher auch auf die Liste der Kriegsverbrecher setzen«. Sollte, was Quistorp, Jürgens und Rosh, an deren Stelle hier auch Schwarz, Duve und Cohn-Bendit stehen könnten, zur Zeit betreiben, die Militarisierung der deutschen Außenpolitik nämlich, die gewünschten Folgen haben – ihre Namen gehörten allesamt mit auf die Liste.

Wolfgang Schneider schrieb in KONKRET 1/93 über das »Manifest« der Gräfin Dönhoff

Konkret 03/93, S. 13

Wolfgang Pohrt

Politiker und Militärs

Wo Politiker zum Krieg aufstacheln, bietet sich die Militärdiktatur als kleineres Übel geradezu an

Seit die Staaten ihre imperialen Ambitionen verleugnen müssen, ohne von ihnen lassen zu können, und die Kriegsministerien in Verteidigungsministerien umbenannt worden sind, treten die Streitkräfte bei ihren Eroberungszügen als Beschützer und Befreier auf. Stets figuriert die Attacke als Rettung aus höchster Not. Selbst der Überfall auf Polen 1939 war keine Ausnahme von der Regel, daß die militärische Offensive sich als konsequente Fortsetzung einer Menschenrechtskampagne mit anderen Mitteln verkaufen lassen muß. Damals beflügelte der Gedanke an die möglichen Leiden einer deutschstämmigen Minderheit die Einbildungskraft, heute läßt man sich zu seinen chauvinistischen Omnipotenzphantasien von gegen ihren Willen geschwängerten bosnischen Frauen animieren, die in astronomischer Menge das Opfer legendärer serbischer Zeugungskraft geworden sind, wenn man den unersättlichen hiesigen Medien glauben will.

Statt weit scheußlicherer Verbrechen, wie sie von Banden jeglicher Provenienz in Jugoslawien begangen werden, prangert die Interventions-Propaganda vor allem Vergewaltigungen an, weil in diesem Delikt der faktische Bürgerkrieg mit seinem unübersichtlichen Frontverlauf sich reduziert auf ein imaginäres Gegenüber von wehrloser Unschuld und brutalem Triebtäter. Letzterer kann nicht umgestimmt, sondern nur ausgeschaltet werden, weil er keine Ziele verfolgt, die sich auch mit anderen Mitteln erreichen ließen, sondern das Motiv des Vergewaltigens, Quälens und Tötens der damit für ihn verbundene Lustgewinn selber ist. In der Stilisierung einer Partei zum tollwütigen Hund liegt schon die Aufforderung beschlossen, daß sie eliminieren müsse, wer dazu die nötige Feuerkraft besitzt. Während die Menschenrechtler die Waffen segnen, tricksen sie sich freilich selber aus, da sie unbekümmert um die eigene Stellung das Militär zur einzig wirksamen Ordnungsmacht erklären und die Auffassung des Generalinspekteurs der Bundeswehr bestätigen, der (laut »Spiegel« vom 18.1.93) erkannt haben soll, es gebe nur noch »zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen«.

Obgleich alle schon der Auffassung sind, daß die Politik eine zu vernachlässigende, nicht mal mehr erwähnenswerte Größe sei, führt in der Übergangsphase vom Frieden zum Krieg der Bedeutungsverlust ziviler Funktionsträger noch nicht dazu, daß sie abtreten müssen. Vielmehr behalten alle Machtdarsteller ihre Rollen, und nur deren Charaktere ändern sich. Früher waren die Militärs die Spinner, die im Sandkasten oder im Manöver den unvermeidlichen atomaren Schlagabtausch gewannen, und besonnene Politiker holten die Paranoiker mit gutem Zureden oder unter Anwendung milden Zwanges in die Wirklichkeit zurück. Heute müssen sachkundige, umsichtige Militärs den Tatendrang durchgeknallter Politiker dämpfen, ihnen geduldig erklären, daß der Balkan nun mal nicht im Handstreich zu erobern ist. Albern sahen früher die Generäle nicht bloß wegen der putzigen Kostüme aus, sondern weil sie berufsbedingt unter ewiger Kindheit litten: fortwährend etwas spielen zu müssen, ohne jemals wirklich Ernst machen zu dürfen. Seit das Ende dieser Phase winkt, haben die Militärs unverkennbar an Statur gewonnen. Da sie gute Aussichten auf den Erwerb wirklicher Macht besitzen, suchen sie seltener Trost im Größenwahn und können statt dessen Realitätssinn entwickeln. Umgekehrt wirkt daneben der Kanzler wie ein Operettengeneral, wenn er trotzig dem Osten »blühende Landschaften« befiehlt oder Europa die politische Einheit unter seiner Führung.

Lange also, bevor der Ernstfall von den zivilen Befehlshabern in Wirtschaft und Staat verlangt, daß sie sich freiwillig dem Kommando der Militärs unterwerfen, kippt allmählich das Herrschaftsgefüge um. Weil die Kontrolle über die Gesellschaft und deren Entwicklung ihnen entglitten ist, erscheinen die Parlamentarier und sämtliche Funktionäre des Parteienstaats dem Publikum als parasitäre Kaste, vom Hinterbänkler bis zum Bundeskanzler stehen die Schaumschläger ausnahmslos unter Korruptionsverdacht. Behelfsweise wird ihnen unterstellt, daß sie Schmiergelder, überhöhte Bezüge und geldwerte Vorteile erhielten. Gemeint aber ist damit, daß jegliches Einkommen bei ihnen ein erschlichenes sei, weil sie den Anforderungen ihres Berufes nicht genügen.

Im stets abfällig gebrauchten Modewort von der ›politischen Klasse‹ drückt sich die Aversion der Beherrschten gegen eine funktionslos gewordene Elite aus, die noch immer Privilegien genießt, obgleich sie nicht mehr die Macht besitzt, welche beispielsweise ihre permanente Medienpräsenz legitimieren würde. Je häufiger die Politiker zum Zweck der Eigenwerbung vor die Öffentlichkeit treten, je fleißiger sie Erklärungen abgeben und von sich reden machen, desto mehr machen sie sich beim Publikum verhaßt. Ihr Image gleicht sich dem der Intellektuellen an, die man als aufgeblasene Schwätzer verachtet.

Um den Volkszorn von sich selber abzulenken, schwärzen die Mitglieder der zur Ohnmacht verurteilten Exekutive andere nutzlose Esser an. Haltet den Dieb, schreien die Verantwortungsträger mit den langen Fingern, wenn sie gerade beim unerlaubten Griff in die Benzinkasse erwischt worden sind; Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber seien die wahren Schmarotzer und Betrüger. Aus der gesellschaftlichen Nähe der Politiker zur Lumpenbourgeoisie resultiert, daß gut besoldete Inhaber hoher Staatsämter sich benehmen, als wenn sie schon in der Gosse gestrandet wären. Sie müssen das

Selbstbewußtsein von Groschenjungs besitzen, sonst stiegen sie nicht zu jedem Krösus ins Boot. Ohne den Begriff der pathischen Projektion wiederum ist das Verhaltensmuster der Familienministerin Rönsch nicht zu verstehen, die nach »Sozialbetrügern« fahndet, seit sie beim Bewirten privater Gäste auf Staatskosten ertappt wurde. Nur der Schreckensvision, die eigene überflüssige Berufsgruppe würde einer gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit zugeführt, kann ihr Wunsch entstammen, Sozialhilfeempfänger müßten Schnee schippen und Müll sammeln.

Zielstrebig steuert die Entwicklung der Bundesrepublik zu auf den Punkt, wo es sinnvoll erscheinen könnte, eine Gruppe von Angstbeißern auch formell zu entmachten, die aus eigener Perspektivlosigkeit keine Rücksicht mehr auf die Belange der Gesellschaft nimmt. Angesichts von Politikern jedenfalls, die zum Krieg aufstacheln, bietet die außenpolitisch erfahrungsgemäß weniger abenteuerlustige Militärdiktatur als das kleinere Übel sich förmlich an.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 2/93 über die Anpassungsleistungen linker Intellektueller

Konkret 03/93, S. 14

Claudia Roth, Hermann L. Gremliza

Nie wieder Krieg ohne uns?

Ein Briefwechsel zwischen der Europa-Abgeordneten Claudia Roth (Grüne) und Hermann L. Gremliza über gewalttätige Interventionen gegen die völkermordenden Serben

Sehr geehrter Herr Gremliza,

in Ihrer Kolumne für die Februar-Ausgabe von KONKRET behaupten Sie, die »Fundamentalpazifistin« Claudia Roth wolle »Bomben auf Serben in Bosnien« werfen.

Diese Behauptung ist falsch und in hohem Maße rufschädigend für mich. Ich habe das niemals gesagt (und auch niemals gemeint).

Um den Schaden zu begrenzen, erwarte ich daher, daß Sie Ihre Behauptung in der nächsten Ausgabe von KONKRET richtigstellen. Um uns weiteren Ärger in dieser Form zu ersparen, möchte ich den entsprechenden Text vor dem Abdruck lesen.

Ich hoffe, daß diese Auseinandersetzung nicht seinen Schlußpunkt in einer anwaltlich durchgesetzten Gegendarstellung finden muß das ist nicht mein Stil und kein Umgang unter Linken, den ich vorantreiben möchte. Diffamierung und Zynismus sollten allerdings auch von KONKRET selbst nicht mit politischer Kontroverse und Zuspitzung verwechselt werden. Daß es sich Ihre Zeitschrift leistet, in dieser Art und Weise mit eigenen Gastautorinnen umzugehen, finde ich doch sehr befremdlich.

Ziemlich erbost

Claudia Roth

*

Sehr geehrte Frau Roth,

es ist, ich weiß, manchmal ärgerlich, mit den (polemisch zugespitzten) Konsequenzen eigener Äußerungen konfrontiert zu werden, aber zutreffend bleibt die in meiner Kolumne aus Ihren Erklärungen gegenüber der »Tageszeitung« und im Pressedienst der Grünen (Nr. 179/92) gezogene Quintessenz doch.

Sie hatten im Verein mit Herrn Lippelt vorgetragen, in Bosnien müßten »unmittelbar alle erdenklichen Maßnahmen ergriffen werden«. In der »zentralen Frage der Form der Intervention« befänden Sie sich in einem »Dilemma«, weil sie »militärische Lösungen prinzipiell« ablehnten. »Ethnische Bereinigungen, Internierungslager und archaische Gewalt« aber seien »klare Bestandteile des Faschismus« und da gelte: »Faschismus muß widerstanden und bekämpft werden. Unter klaren Voraussetzungen, notfalls mit Gewalt.« Es »müssen diese Banden entwaffnet, ihre Anführer und Hintermänner... zu Kriegsverbrechern erklärt und international geächtet werden. Die Vorgänge in Bosnien machen die Notwendigkeit deutlich, internationale quasi ›polizeiliche‹ Eingriffsmöglichkeiten zu haben und werfen die Frage auf, inwieweit eine demokratisierte Uno ein Gewaltmonopol ausüben darf und muß, um ihre Glaubwürdigkeit im Eintreten für Friedenserhaltung und Konfliktlösung wiederzuerlangen.«

Also doch und trotz aller Verklausulierungen: Intervention gegen die Serben in Bosnien, mit allen Mitteln, notfalls mit Gewalt; daß auch Sie sich die »quasi polizeilichen« Eingriffe nicht als solche mit Schlagstock und Handschellen gedacht haben können, erlaubte und erlaube ich mir vorauszusetzen. Ergo: mit Bomben und Granaten. Oder?

Woher hätte ich wissen sollen, daß Sie sich *so* richtiggehend mißverstanden fühlten? Das interne Schreiben, in dem Sie das Ihrer Presseerklärung entgegengebrachte Verständnis dementierend bestätigt haben, konnte ich nicht kennen. Dort lese ich jetzt: »Selbstkritisch muß ich feststellen, daß ich es bisher nicht ausreichend geschafft habe, die unterschiedlichen Fragen voneinander zu trennen, nicht funktionalisiert zu werden oder mich funktionalisieren zu lassen für militärische Planspiele... und stattdessen die für mich zentrale Frage der Befreiung der Lager und den Kampf gegen die ethnischen Säuberungen... in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zu stellen. Im konkreten Fall, aber auch perspektivisch für andere Konfliktherde.« Hätte ich diese Zeilen gekannt, hätte ich Ihnen geraten, sich nicht allzusehr zu grämen – denn was Sie bisher nicht geschafft haben, das werde keiner schaffen: Die Frage nach militärischen Einsätzen in diesem und jedem anderen Konfliktherd zu stellen und mit den dazu erforderlichen militärischen Planspielen nichts zu tun haben zu wollen. (Über die »demokratisierte Uno« lachen wir zwei alten Linksradikalen ein andermal wieder.)

Um uns »weiteren Ärger in dieser Form zu ersparen«, schlage ich vor, Ihr gegendarstellendes Schreiben und meine richtigstellende Antwort, die sie hier vor dem Abdruck lesen können, in der nächsten Ausgabe von KONKRET zu veröffentlichen.

Hermann L. Gremliza

*

Sehr geehrter Herr Gremliza,

Sie sind zweifellos brillant, wenn es um Zuspitzung geht, besonders wenn sie polemisch ist. Nur – es ist ärgerlich, schädlich und mir zunehmend unverständlich, wenn der polemischen Zuspitzung die inhaltliche Grundlage fehlt. Es ist nun mal ein großer Unterschied zwischen einer Interpretation aus Ihrem Blickwinkel und dem was ich tatsächlich gesagt habe.

So manches Mal wäre weniger Polemik dafür aber die solidarische kontroverse Auseinandersetzung mehr – gerade und vor allem im Umgang mit Linken.

Also: Erstens war ich nie Fundamentalpazifistin! (El Salvador/Südafrika/Kurdistan...) Zweitens habe ich nie gesagt, daß auf die Serben in Bosnien Bomben geworfen werden sollen.

Mein Hintergrund für die Diskussion war der massive Beginn ethnischer Säuberungen, die Einrichtung von Todeslagern, die in ihrem Ausmaß größte Flüchtlingskatastrophe in Europa seit dem zweiten Weltkrieg und unsere vergleichsweise erschreckende Indifferenz und Distanz über das Drama »Jugoslawien«. Das muß, so meine ich, ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt werden. Gerade von linken Antirassisten und Antifaschisten. Die Debatte um »Jugoslawien« ist reduziert auf die Kontroverse um eine militärische Intervention. Die bitter notwendigen politischen, humanitären »Interventionsmöglichkeiten«, die bei entsprechendem politischen Willen der »Friedensstifter« eingesetzt werden könnten, bleiben marginal und bedeutungslos. Der Tod von tausenden Menschen auf der Flucht oder gefangen in Internierungslagern, die überleben könnten, wenn sie bei uns aufgenommen würden, wird billigend in Kauf genommen.

Die Suche nach neuen Mitteln und Instrumenten des Eingreifens jenseits der klassischen Militärstrategie findet de facto nicht statt. Mittel, die eben nicht gleichzusetzen sind mit einem Krieg gegen ein Staatsvolk, beispielsweise den »Serben«, sondern die sich – quasi polizeilich – ausschließlich richten gegen Verbrechen und ihre festzumachenden Täter. Sie interpretieren und setzen gleich. Dadurch wird die Debatte nicht konstruktiv vorangetrieben, sondern populistisch zugespitzt und polarisiert.

Unumstritten ist, daß von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen darf. Die sog. Normalisierung des deutschen Status, was meint, das wiedererstarkende Großmachtdeutschland mit militärischer Eingreifmöglichkeit in der Welt darf es nicht geben. Also, keine Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik – auch nicht über das Hintertürchen Jugoslawien.

Die Analyse über die völlig undemokratische Struktur der Uno, über ihren groben Mißbrauch im Sinne und Interesse der Träger der »Neuen Weltordnung« und deren Anteil am Konflikt in »Jugoslawien« ist richtig, nötig und muß vertieft werden. Hinweise finden sich u.a. im Memorandum SOS Rutschgefahr, das eine gute Grundlage bietet, für die von uns zu führende Diskussion über eine zukünftige solidarische Weltordnung.

Aber weil in der Zwischenzeit trotzalledem in Lagern Menschen zu tausenden getötet werden, weil die sich ausweitenden ethnischen Säuberungen und rassistischen Homogenisierungsprogramme unvorstellbare Opfer fordern, weil ein Völkermord an Moslems im Gange ist, weil Massenvergewaltigungen an Frauen und jungen Mädchen eine besonders widerliche Form dieses Krieges sind, reicht es nicht aus, sich mit der richtigen Analyse zu begnügen, sondern ist es aus meiner Sicht eben auch unsere Aufgabe, nach Mitteln zur Beendigung des Leidens zu suchen.

Angesichts des tobenden Krieges und herrschenden Unrechts will ich mich nicht zufriedengeben mit der resignativen Einsicht, die »Austrocknung« des Konflikts sei der einzig gangbare Weg, daß es in vielen Ecken dieser Erde z.T. schon seit Jahrzehnten schreckliche Konflikte ohne Lösungsperspektive gibt und daß Voraussetzung für jedes Handeln die abgeschlossene Reform und Demokratisierung der Uno sei.

Rassismus, Neofaschismus, Antisemitismus, Sexismus und Fremdenhaß erleben eine unbeschreibliche Renaissance. Es reicht nicht aus, vor der Wiederkehr des Vergangenen zu warnen, sondern wir brauchen endlich die notwendige Beschäftigung mit den ideologischen Grundmustern, mit den Bedingungen und Zusammenhängen, in denen sie entstehen, um wirklich etwas dagegensetzen zu können.

Es ist unsere Pflicht hier bei uns anzufangen, aber es ist auch unsere Aufgabe, Rassismus und faschistische Entwicklungen überall auf der Welt zu bekämpfen.

Die Verbrechen der Nazis können nicht durch Vergleiche relativiert werden. Aber gerade wir dürfen durch die Unvergleichlichkeit des deutschen Nationalsozialismus nicht die Gefahr laufen, stumm zu werden gegenüber anderem Unrecht, das heute passiert. Genau in dieser Auseinandersetzung stellt sich für mich auch die Frage nach historisch verantwortlichem Verhalten.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, dies bleibt eine grundlegende Maxime, gerade weil die Realität sich heute in erschreckender Weise entgegengesetzt zu entwickeln scheint.

Der Zusammenbruch der Blockkonfrontation hat ja nicht – wie viele von uns erwartet und gehofft haben – die »Friedensdividende« freigesetzt und politische Freiräume für ihre soziale und ökologische Investition geschaffen. Im Gegenteil, wir erleben weltweit eine Art Explosionswelle regionaler, nationalistischer und ethnischer militärischer Konflikte, die teilweise bereits in eine rassistische systematische Ausrottungspolitik münden.

Diese Entwicklung stellt dringend die Frage nach den Antworten des politischen Pazifismus auf die Orgien rassistischer Gewalt. Es stellen sich heute eben gleichzeitig die Fragen nach sofort wirksamen Gegenmaßnahmen und nach langfristigen Konzepten der internationalen Konfliktregulation. Die Frage der Gewalt darf dabei kein Tabu sein, ebensowenig wie sie es bei der Solidarität mit antikolonialen Befreiungskriegen oder bei der politischen und moralischen Rechtfertigung des Widerstands und des militärischen Kampfes gegen die Hitlerdiktatur war. Wir müssen uns den entstandenen ethnischen und politischen Dilemmata zwischen den Erfordernissen des Pazifismus, des Antirassismus und des Antifaschismus als Maximen unserer Politik offensiv stellen. Wir dürfen es nicht der Rechten überlassen sie – dann natürlich in eindeutiger politischer Absicht – gewißermaßen gegen uns zu thematisieren.

Die Herstellung eines globalen kapitalistischen Weltmarktes, die »Inwertsetzung« und Vernutzung der globalen Ressourcen in noch vor zwanzig Jahren kaum vorstellbaren Dimensionen, die damit verbundene Globalisierung grundlegender gesellschaftlicher und ökologischer Probleme, erfordert heute zwingend Konzepte für eine globale Politik. Darum ist die Debatte über eine ökologisch solidarische und demokratische Uno-Reform ein entscheidender Schritt auch für die Formulierung einer »linken« Außenpolitik.

Lieber Hermann Gremliza, ich hoffe wirklich sehr, daß Sie an dieser Debatte interessiert sind und dazu beitragen und sie nicht für überflüssig und lächerlich erachten.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerade an das vehemente Engagement von KONKRET beim Golfkrieg.

Auf gute gemeinsame Zeiten

Ihre Claudia Roth

*

Sehr geehrte, liebe Frau Roth,

so manches Mal wäre weniger Polemik dafür aber die solidarische kontroverse Auseinandersetzung mehr – das ist schon schwer genug gesagt, um wieviel schwerer ist es getan. Ich will mich dennoch bemühen, *die Debatte nicht lächerlich zu erachten*.

Und nehme also zur Kenntnis, daß meiner polemischen Zuspitzung die inhaltliche Grundlage fehlt, weil Sie erstens nie eine Fundamentalpazifistin waren, sondern im Gegenteil eine Pazifistin, die von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen lassen wollte und für die »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« eine grundlegende Maxime bleibt, und weil Sie zweitens nie verlangt haben, daß auf die Serben in Bosnien Bomben geworfen werden sollen, sondern nur nach »internationalen, quasi polizeilichen« Maßnahmen gerufen haben, die den »Völkermord an den Moslems« beenden sollen, wobei Gewalt kein Tabu sein dürfe.

Sie wollen sich *den entstandenen ethnischen und politischen Dilemmata zwischen den Erfordernissen des Pazifismus, des Antirassismus und des Antifaschismus als Maximen unserer Politik offensiv stellen* und es *nicht der Rechten überlassen sie – dann natürlich in eindeutiger politischer Absicht – gewissermaßen gegen uns zu thematisieren*. Aber wie immer, wenn etwas mit dem Vorsatz unternommen wird, es nicht der Rechten zu überlassen, kommt nur was Rechtes heraus: Wie der »FAZ«-Herausgeber Reißmüller setzen Sie »Jugoslawien« in die Anführungszeichen, die Titos friedlichen Vielvölkerstaat, auch »Völkergefängnis« genannt, aus dem Gedächtnis und zugleich aus Konzepten für die Zukunft streichen sollen; wie bei Reißmüller und allen andern finden »Völkermord« und »Massenvergewaltigungen« auch bei Ihnen nur »an Moslems« statt; wie die völkischen Krawallpolitiker Schwarz und Zülch die Serben in die Nachfolge der Nazis rücken, um ihr Verlangen nach einem Krieg gegen sie als Lehre aus der NS-Vergangenheit kostümieren zu können, adeln auch Sie die Forderung nach einem quasi polizeilichen Einsatz gegen die serbischen Völkermörder und Massenvergewaltiger zu einem Gebot des Antifaschismus.

Während der undeutsche Rest der Welt weiß, wer diesen Krieg verbrochen, wer die jahrzehntelang ganz vernünftig zusammenlebenden Völkerschaften auseinandergetrieben und aufeinandergehetzt hat und sich deshalb weigert, zusammen mit den deutschen Verbrechern dieses Kriegs oder doch auf ihr Kommando gegen eine der drei völkischen Mörderbanden, die serbische, und zugunsten der beiden andern, der offen faschistischen kroatischen und der nicht viel besseren bosnischen, mit Bomben und Granaten quasi polizeilich dreinzuschlagen, diskutieren deutsche Linke über neue Mittel und

Instrumente des Eingreifens – nicht gegen das »Staatsvolk« der Serben natürlich, sondern bloß gegen »die Verbrechen und ihre festzumachenden Täter«, die leider, was können wir dafür, alle Serben sind.

Wodurch aber, glaubt man, fühlt sich diese Linke zu solch kongruentem neuen Denken legitimiert? Dadurch, daß *der Zusammenbruch der Blockkonfrontation ja nicht – wie viele von uns erwartet und gehofft haben – die »Friedensdividende« freigesetzt und politische Freiräume für ihre soziale und ökologische Investition geschaffen* hat, sondern wir*, im Gegenteil, weltweit eine Art Explosionswelle regionaler, nationalistischer und ethnischer militärischer Konflikte erleben, die teilweise bereits in eine rassistische systematische Ausrottungspolitik münden,* und *diese Entwicklung dringend die Frage nach den Antworten des politischen Pazifismus auf die Orgien rassistischer Gewalt* stellt.

Sollte, wer politischen »Zusammenhängen« sich zurechnet, die vom Zusammenbruch der Blockkonfrontation eine Friedensdividende und politische Freiräume für ihre soziale und ökologische Investition erwarten, also gerade ihre vollständige Unfähigkeit zu einfachstem politischen Denken nachgewiesen haben, sich einem Polemiker, der für das Ende der Blockkonfrontation weltweit eine Explosion nationalistischer und rassistischer Konflikte und Kriege vorhergesagt hat, nicht lieber lernend als belehrend nähern? Und sollte, wer dem Polizei-Chor der Reißmüller, Rosh, Schwarz, Zülch, Quistorp und des ganzen Rests eine leicht dissonante Zweitstimme zusummt, nicht darauf verzichten, mich des Populismus zu verdächtigen? Was meinen Sie, Frau Roth?

Ihr Hermann L. Gremliza

Konkret 03/93, S. 17

Otto Köhler

Fest und ureigen

Wer ist wohl zuständig für die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung«? Zuständig dafür ist, so steht es in den gerade erlassenen »Verteidigungspolitischen Richtlinien«, die deutsche Bundeswehr. Und das ist lange noch nicht alles

Es war am 28. September 1990, als der Arbeitgeberverband Gesamtmetall am 100. Gründungstag der Alldeutschen mit sechs Monaten Verspätung sein eigenes Jubiläum feierte. Da fragte der Festredner: »Was aber sind die Lehren von 100 Jahren Gesamtmetall?« Und antwortete mit der Lehre, die es zu beherzigen gelte: »Als Händler und Manager, Unternehmer und Bankiers durften die Deutschen in der Tat die Vorherrschaft in Europa anstreben. Aber als Helden hätten sie es besser unterlassen.«

Michael Stürmer war es, der – das ist nun schon unendlich lange her – so sprach. Dieser Historiker, langjähriger Berater von Helmut Kohl, hat – in seinem Silvester-Leitartikel »Zwischen den Zeiten« in der »FAZ« – abgeschworen und verkündet jetzt: »Die deutsche Einheit fordert dem Land alte Tugenden ab.« Dieses Land in der Mitte Europas dürfe nicht länger nur »eine Wirtschaft auf der Suche nach politischem Daseinszweck« sein. Seit Moskau die Völker »aus der Kälte entließ«, teilt Stürmer die Jahre ein: die »Hoffnungen 1989«, die »Glücksstimmung 1990«, den »Wirklichkeitsschock« von 1991, »Ratlosigkeit und Rezession« von 1992.

Und jetzt endlich die welthistorische Entscheidung: »1993 aber wird das definitorische Jahr.« Deutschland hat keine »Ferien von der Geschichte« mehr, es ist verpflichtet, »das deutsche Haus zu ordnen und zur Ordnung der Welt« beizutragen. Und es hat – aus mit dem schönen und gefahrlosen Händlerleben! – seine »Satisfaktionsfähigkeit neu zu bestimmen«. Deutschland ist ein Land, das wieder Helden braucht, um alle Welt mit seiner Vorherrschaft zu beglücken.

»Das ruhelose Reich«, das Stürmer 1983 so einfühlsam beschrieben hatte, liegt wieder auf dem Sprung. Im Mai letzten Jahres bestand Bundeswehr-Generalinspekteur Naumann ausgerechnet in der Heldenstadt Leipzig auf der »Notwendigkeit, sich in Teilen der Bundeswehr auf jederzeitigen Einsatz auch außerhalb Deutschlands einzustellen«. Ein solcher Einsatz sei »nicht länger entfernte Option«, sondern »eine Möglichkeit, die für den einen oder anderen morgen Wirklichkeit werden kann«. Der Heldentod steht wieder vor der Tür, denn, so der Generalinspekteur: »Die letzte Konsequenz soldatischen Dienens, nämlich die Anwendung von Gewalt und damit höchste physische und psychische Anforderungen sowie Gefahr für Leib und Leben, dürfen wir nicht länger verdrängen oder tabuisieren.«

Da gibt es nichts zu lamentieren, jeder, der es vorzieht, sich in den Reihen der Bundeswehr zu organisieren, und nicht bei den Kriegsdienstverweigerern, der muß mit dieser letzten Konsequenz rechnen. Schlimmer trifft das definitorische Jahr 1993 die Unschuldigen.

Am 26. November 1992 wurde, kaum beachtet, die Definition für die neue deutsche Großmacht-Politik geliefert. Der Bundesminister für Verteidigung erließ ein Kompendium von 53 »Verteidigungspolitischen Richtlinien«. Der neue Auftrag für die Bundeswehr steht in Richtlinie Nr. 8 und lautet von jetzt an: »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.«

Das ist ein Kriegsprogramm des Nordens gegen den Süden, die Händler brauchen wieder das Militär, um ihren Absatz und ihre Rohstoffquellen zu sichern – die milde Stürmer-Utopie von einem DM-Imperialismus ohne militärische Gewalt ist ausgeträumt.

Die »Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Zukunft« dient – so Richtlinie 2 – einem »ganzheitlichen Ansatz von Schützen und Gestalten«. Auftrag der Bundeswehr ist also nicht mehr die »Verteidigung« allein – das Schützen – , sondern auch die Formung dessen, was eigentlich nur geschützt werden soll – das Gestalten. Das Militär übernimmt die Aufgabe der Politik. Und die Bundeswehr ist nach diesen Richtlinien nicht nur dazu da, die – was immer das auch sein mag – »Grundwerte Deutschlands«, sondern auch »seine Interessen durchzusetzen«. Das heißt, Politik nach außen zu betreiben – durch die Bundeswehr.

Den neuen »Verteidigungspolitischen Richtlinien« liegen nicht nur die »Grundwerte und Interessen Deutschlands« zugrunde, sie zielen auch – und das läßt nun wirklich alle Möglichkeiten militärischen Einsatzes offen – auf alle erkennbaren »Handlungserfordernisse für die absehbaren Herausforderungen unserer Zeit«. Ein streng umrissener Verteidigungsauftrag wird hier bedenkenlos verlassen. Die Richtlinien sprechen ungetarnt von der »deutsche(n) militärischen Interessenvertretung nach außen«.

Und das auch im Streit mit bisherigen Bündnispartnern. Ausdrücklich stellen die Richtlinien fest: »Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken.« Deshalb sei eine sogenannte »nationale Interessenlage« nicht nur »Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik«, sondern auch »Maßstab für die Beurteilung der Risiken und der Handlungserfordernisse«.

Diese – militärischen – Handlungserfordernisse sind sehr weitgehend definiert als »Handlungserfordernisse zur Wahrnehmung der Chancen zukünftiger Entwick-lungen«. Und das heißt, wo immer auf die-ser Welt deutsches Kapital Handlungsbedarf anmeldet, kann die Bundeswehr tätig werden.

Der wilhelminische Schlachtruf, mit dem die europäischen Großmächte in Deutschlands Kampf um seinen Platz an der Sonne eingebunden werden sollten, hieß »Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter«. In den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« ist dieser Schrei nach der Weltmacht nur unwesentlich geändert, prosaischer formuliert. Für das »Streben Europas nach Einheit,Freiheit und Wohlstand« appellieren sie an einen »Willen der Europäer, ihre ureigenen Sicherheitsinteressen gemeinsam zu wahren«. Und deshalb muß die Bundeswehr »neben ihrer festen Einbindung in die Nato auch eine europäische Dimension« entwickeln.

Wie aber springt man mit der ehemaligen Sowjetunion um? Die »Verteidigungspolitischen Richtlinien« formulieren das so: »Der Versuch, Rußland oder die GUS voll zu integrieren, würde die (Europäische) Union und die WEU strategisch außer Balance geraten lassen... Neben breit angelegter Kooperation sind daher übergreifende Elemente der europäischen Struktur zu nutzen, um die Nachfolgestaaten der Sowjetunion strategisch einzubinden.« Keine gleichberechtigte Teilnahme an der Europäischen Union, kein Sitz und keine Stimme in den Institutionen der europäischen Gemeinschaft, wohl aber strategische Beherrschung der Ostvölker – das alte Rezept.

Zugleich soll die NATO – unverzichtbar weiterhin – »die neuen strategischen Trends in ihrem Rollenverständnis reflektieren«. Das bedeutet, sie muß »mehr Relevanz für Krisen und Konflikte im erweiterten geographischen Umfeld entwickeln.« Die Nato hat sich also über ihr Vertragsgebiet hinaus mit deutscher Beteiligung so gut wie überall in der Welt einzumischen.

Und die Uno? Sie wird eingedeutscht. In der neuen verteidigungspolitischen Richtlinie Nr. 35 ist der bisherige Sprachgebrauch verlassen. Nicht mehr von den UN ist hier die Rede, wie in der gesamten Nachkriegszeit, das Verteidigungsministerium benutzt demonstrativ eine von keinem Lexikon verzeichnete Abkürzung »VN« für Vereinte Nationen und fordert eine radikale Umgestaltung der Uno: »Strukturen und Verfahren der VN bedürfen... mit Blick auf zukünftige strategische Trends und Herausforderungen einer tiefgreifenden Reform.«

Deutschland muß in den Sicherheitsrat. Das Verteidigungsministerium – nicht etwa das zuständige Außenministerium – verlangt: »Operative Gremien müssen die neuen strategischen Gewichte von Staaten und Regionen abbilden, um die Akzeptanz alller Mitgliedsstaaten für ihre Entscheidungen in Zukunft sicherstellen zu können.«

Die Bundeswehr muß künftig dem deutschen Handel – falls erforderlich – weltweit die Wege freischießen. Denn Streitkräfte werden in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« definiert nicht nur als Instrument, »Risiken und Konflikte« zu bewältigen, sondern zuallererst als Instrument, »Chancen wahrnehmen« zu können. Sie sollen nicht mehr die »alleinige Fähigkeit« zur immerhin schon »umfassenden Verteidigung gegen eine ständig drohende Aggression« sein, sondern darüber hinaus zur – was immer das heißen mag – »flexiblen Krisen- und Konfliktbewältigung im erweiterten geographischen Umfeld«.

Dieses »erweiterte geographische Umfeld« ist die wiederholt auftauchende neue Zauberformal, um die Bundeswehr überall in der Welt zuschlagen zu lassen, sogenannte »humanitäre Einsätze« inklusive.

Der deutsche Verteidigungsminister darf auch jenseits von Maas und Memel, Etsch und Belt keine Grenzen mehr kennen. Der Leitsatz 38 bestimmt: »Verteidigungsvorsorge kann künftig nicht auf das eigene Territorium beschränkt bleiben.« Verteidigungsvorsorge – unermüdlich muß in Bonn der Verteidigungsminister (wann werden wir ihn endlich, Orwell zu ehren, Friedens-minister nennen?) darüber wachen, wo zwischen Nord- und Südpol ein Anschlag auf unser Vaterland geplant sein könnte, damit er präventiv tätig werde. Und darum muß ein Teil der deutschen »Streitkräfte« jederzeit »zum Einsatz außerhalb Deutschlands befähigt sein«.

Und das bedeutet (Leitsatz 39): »Angesichts multidimensionaler und -direktionaler Risiken müssen Streitkräfte handlungsorientiert gestaltet werden.« Auf deutsch, es gibt so gut wie nichts mehr auf dieser Erde, was unsere »Streitkräfte« nicht zum Einsatz veranlassen könnte. Denn das legt der Leitsatz 39 ausdrücklich auch fest: »Das Handlungserfordernis wächst mit dem Intensitätsgrad der Risiken, der sich aus der Wahrscheinlichkeit und Bedrohlichkeit ergibt.« Je mehr also unserem Verteidigungsminister Wahrscheinlichkeiten bedrohlich erscheinen oder Bedrohlichkeiten wahrscheinlich, desto mehr Handlungserfordernisse erwachsen unseren Streitkräften zum Einsatz außerhalb Deutschlands.

Dazu – und das ist das ganze Geheimnis des Rühe-Verzichts auf bestimmte Verteidigungsausgaben – sind die »Streitkräfte« – im Ausbau von Neusprech ist die Hardthöhe ganz groß – »prioritär auf die Wahrnehmung solcher Risiken zu optimieren, die einen hohen Intensitätsgrad aufweisen.« Welche? Klare Antwort: »Dies sind auf absehbare Zeit jene, die frühzeitiges Krisen- und Konfliktmanagement erfordern. Wesentliche Kennzeichen der dazu benötigten militärischen Kräfte sind rasche Verfügbarkeit sowie ein hohes Maß an Flexibilität und Mobilität.«

So schnell wie möglich mit aller Macht losschlagen, das ist die Parole. Der Feind wird sich finden, entscheidend ist, wie auch die Richtlinie Nr. 40 unterstreicht, ein »frühzeitiger Einsatz militärischer Mittel.«

Die Bundeswehr ist nicht mehr zur Verteidigung der Bundesrepublik gegen einen nun einmal längst nicht mehr auffindbaren Aggressor da. Aber die Bundeswehr braucht sich. Deshalb Richtlinie 48: »Krisenmanagement wird als künftige Schwerpunktaufgabe an die Stelle der bisherigen Ausrichtung auf die Abwehr einer großangelegten Aggression treten.« Dazu wird die Bundeswehr durch Richtlinie 45 aufgeteilt in »Hauptverteidigungs- und Krisenreaktionsstreitkräfte«.

Und die sind längst eingeteilt. Gewiß, der Bundestag, ein Relikt der Nachkriegszeit, hat noch nicht über einen weltweiten Einsatz der Bundeswehr entschieden, SPD-Parlamentarier, die mit der Geschichte ihrer Partei noch nicht vertraut genug sind wie Günter Verheugen, äußern noch Vorbehalte gegen eine neue deutsche Kanonenbootpolitik, während sich der Rest der Klose-Fraktion willig aufs Eiserne Kreuz legen läßt.

Aber gelaufen ist längst alles. Schon im August letzten Jahres ordnete Heeresinspekteur Hansen mit einer sorgfältig gegliederten »Weisung Nr. 1« den Aufbau der KRK, der »Krisenreaktionskräfte«, an. Ohne jede rechtliche Regelung wählte Hansen damals schon einzelne Bataillone für die weltweite Interventionstruppe aus. Der »Spiegel«, der darüber berichtete, suchte den Verteidigungsminister Rühe zu decken: der habe davon nichts gewußt. Doch Rühes Sprecher Ulrich Twersnick erklärte bereits im September letzten Jahres, daß der Minister sehr wohl über die Weisung Nr.1 unterrichtet war.

Zum Eingewöhnen gibt es die Entsendung von deutschen Kampftruppen nach Somalia zu einem »humanitären Einsatz«. Aber mit einer – wie Kohl ohne Scheu vor bekannten Initialen formulierte – »Selbst-Schutz«-Komponente gegen »Heckenschützen und Banditen«, wie wiederum der »Spiegel« in der seinem Herausgeber seit 1941 geläufigen Sprache nachhalf.

Die Situation ist da. Und es gibt auch hohe Militärs, die sie erkennen. Admiral Elmar Schmähling sagt: »Ich fürchte das Wiederaufleben des deutschen Militarismus.« Der Chef der spanischen Dritten Luftwaffenregion, General Coll, sieht klare Anzeichen für die deutsche Absicht, Führer Europas zu werden und damit eine Situation zu schaffen, »die wir fast als Vorabend eines Krieges bezeichnen können.« Und der liberale US-Journalist David Binder (New York Times) nannte im Presseklub Kohl und Genscher wegen ihrer Einmischung in Jugoslawien »Kriegsverbrecher«.

Auf Deutschlands Straßen erscheint wieder die Reichskriegsflagge, und manchmal flattert auch die Fahne mit dem Hakenkreuz nicht nur im Geiste mit. Deutschland rüstet sich zum neuen Griff nach der Weltmacht.

Klar doch. Unser Land kann nicht länger abseits stehen oder sich auf humanitäre und finanzielle Hilfe beschränken. Das erklärte der sehr deutschblütige Nato-Generalsekretär Manfred Wörner Anfang Februar auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik. Auf Grund seiner Größe, Geschichte und Geographie müsse Deutschland zum Akteur werden. Wörner hat Sachkompetenz und er kann darum mit der endgültigen Rückkehr der Bundeswehr in die deutsche Tradition zufrieden sein. Schon als junger Wehrpolitiker der Union hatte der kundige Manfred Wörner immer wieder das Vorbild der Wehrmacht beschworen. Ein Standardsatz, den er in den siebziger Jahren immer wieder unverändert in seinen Reden vorbrachte, hieß: »Die militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht gegen einen zahlenmäßig fast immer überlegenen, qualitativ fast durchgehend gleichwertigen Gegner beruhten vornehmlich auf der überlegenen, auch vom Gegner anerkannten militärischen Führungskunst auf allen Ebenen.« Auf allen Ebenen – die höchste und entscheidende Ebene dieser bewunderten Führungskunst war der stets aktive Oberbefehlshaber der Wehrmacht Adolf Hitler.

Manfred Wörner hat seither viel erreicht. Wie exakt er vorausdenken kann, das bewies er vor genau einem Jahrzehnt auf der großen Siegesfeier, die der erfolgreiche Kriegsrichter Hans Filbinger eine Woche nach den 83er Märzwahlen mit seinen Anhängern veranstaltete. Im Rittersaal des Mannheimer Schlosses stieß Wörner vor uniformierten Offizieren, Parteifreunden und Geheimdienstleuten gegen den inzwischen auf ungeklärte Weise umgekommenen General Gerd Bastian die Drohung aus: »Was ich denke, verschweige ich. Eines kann ich Ihnen sagen. Der Mann wird vom Verteidigungsminister Wörner nicht die Chance des Märtyrertodes haben«.

Von Menschenleben hielt Manfred Wörner, das demonstrierte er schon damals, überhaupt nicht viel. Im Mannheimer Rittersaal klagte er in der »Frage der Transzendenz und der Verteidigung« die kirchlichen Kritiker der sogenannten »Nachrüstung« an, er finde bei den Gemeinden draußen »eine Verabsolutierung des Überlebens in einer Art und Weise vor, bei der ich mich manchmal frage, ob sie wirklich noch mit dem Grundgehalt des christlichen Glaubens voll übereinstimmt«.

Jetzt ist es erreicht. In dem Land, das wieder satisfaktionsfähig geworden ist, darf auch der Generalinspekteur der Bundeswehr seinen Soldaten »die letzte Konsequenz soldatischen Dienens« abfordern: den Heldentod – weltweit.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 2/92 über den vielfach verwendbaren Historiker Wolffsohn

Konkret 03/93, S. 20

Thomas Ebermann

Keine Buchung ohne Beleg

Die Delegierten des 3. Parteitags der PDS sorgten sich vor allem darum, nicht länger als »Deutsche zweiter Klasse« »diffamiert« zu werden

»Sollte dem PDS-Parteitag eine Regie zugrunde gelegen haben, so war sie genial«, urteilt das »Neue Deutschland«. »Fast ausnahmslos jeder mühte sich um Konstruktivität, Toleranz, Freundlichkeit. Ruppigkeiten unterblieben.« Wenn man das Kriterium akzeptiert, ist die Beurteilung richtig.

Die angekündigten Kontroversen fanden nicht statt. Der angeblich so umstrittene »MfS-Beschluß«, der Bewerber für höhere Ämter in Partei und Parlamenten verpflichten soll, bei ihrer Kanditatur ihre diesbezügliche Vergangenheit offenzulegen, wurde mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Die Kommunistische Plattform in der PDS hatte schon vor der Abstimmung ihre Anträge zugunsten des Entwurfs der AG ChristInnen zurückgezogen. Dieser enthielt für seinen zentralen Gedanken – »Wer ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein« – zwar erheblichen Beifall, aber nur wenige Stimmen, weil der Einwand »Nehmen wir diesen Beschluß zurück, gleichgültig mit welchen Begründungen und aus welchen Motiven, die öffentliche Wirkung wäre verheerend« in jeder Debatte das stärkste Argument auf dem Parteitag war.

Die Wahl der neuen Vorstandsspitze verlief ohne politische Kontroverse. Bisky hatte eh keinen Gegenkandidaten und seine Stellvertreter Christine Ostrowski und Wolfgang Gehrcke unterschieden sich von ihren Konkurrenten, die ebenfalls als »Erneuerer« eingestuft wurden, vor allem dadurch, daß man sie sympathischer fand. Außerdem wurde ein Programm verabschiedet. Das mußte sein, denn »wenn dieser Parteitag nicht fähig sein sollte, ein neues Programm zu verabschieden, dann wird das öffentliche Signal natürlich äußerst negativ sein«, hatte Gregor Gysi gesagt. Die Sache flutschte gut, denn die Kommunistische Plattform, die es wohl hauptsächlich gibt, damit die »Erneuerer« sich als solche titulieren können, hatte ihren Programmentwurf zurückgezogen, »um keine Kampfabstimmung zu provozieren«.

Das verabschiedete Programm ist sozialdemokratisch. Natürlich widerspricht die PDS auf einigen relevanten Feldern aktueller SPD-Politik, wenn sie z.B. deutsche Blauhelmeinsätze ablehnt, zum »Asylkompromiß« in Gegnerschaft steht, den Sozialabbau schärfer geißelt und über die Deindustrialisierung Ostdeutschlands empörter ist.

Wir werden also bisweilen gemeinsam demonstrieren. Diskutieren hat weniger Zweck. Die »Komitees für Gerechtigkeit« z.B., die waren doch letzten Sommer ein echter Renner, füllten Titelseiten und Kommentarspalten. Auf diesem Parteitag blieben sie unerwähnt. Sie hatten nicht den erhofften Zulauf. Oder Gorbatschow, einst ideologischer Übervater aller »Erneuerer«, jetzt mit dem lapidaren Satz, man halte seine »ursprünglichen Inhalte und Ziele... nach wie vor für richtig« (Gysi), zu den Akten gelegt.

Auf den ersten Blick ist Beliebigkeit Trumpf. Auf einer Pressekonferenz, die durchgeführt wurde wie »Bios Bahnhof« im Fernsehen, fragte ich die frisch gewählte Vize-Vorsitzende Ostrowski, deren wirtschaftspolitische Vorstellungen zeitweise eng am Thatcherismus angelehnt waren (s. Fußnote), ob sie diese Theorie noch heute verfechte. Ihre Antwort – »Irren ist menschlich« – brachte die Lacher auf ihre Seite und mir zwanzig Minuten später die Frage eines Delegierten ein: »Hätten Sie gedacht, daß Christine so schlagfertig ist?« Nein, hätte ich nicht. Ich glaube aber, daß sich am Beispiel dieser Frau, von der alle berichten, daß sie in Dresden ungeheuer populär sei, recht gut nachvollziehen läßt, wie die emotionale und politische Verfaßtheit derer ist, die den Ton in der PDS angeben.

In der Reihe »Ostdeutsche Biografien« ist ein Band über Christine Ostrowski erschienen, der fast ausschließlich aus Dokumenten besteht, die sie selbst verfaßt hat. Teilweise wurden die Sachen zu ihrer Zeit veröffentlicht, teilweise gab sie »Tagebuchnotizen« nachträglich zur Veröffentlichung frei. Das Buch ist im Januar 1993 erschienen, also druckfrisch. Es ermöglicht mehr Einblicke als das Programm.

Oktober 1990 – sie ist Bundestagsabgeordnete geworden: »Wie soll ein Abgeordneter Dutzende von Einladungen, Empfehlungen, Vorträge, Werbeschreiben verarbeiten, geschweige denn wahrnehmen? Nimmt er sie wahr, kann er dann noch dem Allgemeinwohl (!) dienen?« – »Keiner soll mir nachsagen, ich wüßte Normen nicht zu respektieren. Zu meinem Hosenanzug, den ich tragen werde, benötige ich eine elegante Tasche.«

Im gleichen Monat, nach einer Veranstaltung: »Mein leidenschaftliches Plädoyer, sich selbst auszuprobieren, nicht zu warten, etwas zu tun, reißt sie mit. Sie lächeln mir zu, spenden spontan Beifall. Sehr viele drücken mir zum Abschied die Hand. ‘Solche wie dich müßte es viel mehr geben’, höre ich häufig.«

November 90, es gab Ärger in der Straßenbahn: »Dann ziehe ich meinen ledernen Ausweis hervor, halte ihn unter seine Nase und sage lächelnd: ‘Mein Herr, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie eben ein Mitglied des Bundestages beleidigt haben?’ In der Straßenbahn wird es mucksmäuschenstill. Der Mann sinkt mit verblüfftem Gesicht auf seinen Sitzplatz zurück...«

Offener Brief an die Mitglieder der PDS: »Wie oft höre ich die quälende Frage: ‘Warum bin ich eigentlich in der PDS?’ Ich höre sie aber niemals von Mitgliedern, die aktiv handeln. Genossen aus Dresden-Klotsche zum Beispiel verglichen regelmäßig die Preise für Waren des täglichen Bedarfs in den Kaufhallen und Geschäften ihres Wohngebietes. Daraus entsteht ein Flugblatt, das in die Briefkästen wandert und damit eine konkrete Lebenshilfe für die Bürger ist. Die Genossen aus Dresden-Klotsche quälen sich nicht mit bohrenden Fragen nach einem neuen Selbstverständnis. Sie haben es in ihrer Arbeit gefunden.«

Reflexion nach dem Wahlsieg der CDU, Dezember 90: »Ist es nicht natürlich, daß die Mehrzahl der Bürger einfach sein Leben leben will? Ein Leben... mit dem Gefühl, daß alle Wege offenstehen; vom Teilhaber, Unternehmer, ewigen Studenten..., je nach Fähigkeit und Voraussetzungen, mit dem Stolz, zu einem Land zu gehören, das zu den reichsten der Welt zählt? Ist der Kapitalismus überhaupt etwas Schreckliches? Die PDS wird nicht umhin können, die zivilisatorischen Errungenschaften der modernen bürgerlichen Gesellschaft zu akzeptieren. Wir müssen uns endlich als Teil dieser Gesellschaft fühlen...«

Februar 91, Tagebuch: »Ich habe gelebt, gelitten, geliebt, gehandelt in und um diese Partei... Wir wünschten, wir könnten eine Rolle spielen in dieser bürgerlichen Gesellschaft, in dieser Stadt, wenigstens eine kleine, eine kluge, eine, die man nicht beachten, aber zu Kenntnis nehmen muß.«

Tagebuchnotiz über eine Veranstaltung, November 91: »Das Publikum bestand aus jungen Leuten, zu gleichen Teilen aus autonomen Linken und aus Rechten. Die Prohliser Kirche brachte es schon zu DDR-Zeiten fertig, ein Ort zu sein, an dem Linke und Rechte freundlich und friedlich miteinander umgingen.«

Aus einer Rede, Februar 1992: »Wir müssen ständig versuchen, die Befindlichkeiten der Menschen herauszufinden, um unsere Politikangebote darauf einzustellen.«

Erlebnisse bei der Gründung der »Komitees für Gerechtigkeit«, Juli 1992: »Übermorgen nun wird diese Veranstaltung stattfinden. Die Medien sind gierig darauf, den ganzen Tag klingelt mein Telefon und Redakteure, Nachrichtenagenturen, Zeitungen und Illustrierte interviewen und befragen mich. Den Vogel schießt die ‘Super’ ab, die sogar Fotoaufnahmen von mir macht...«

Aus dem abschließenden Gespräch, das die »Biografie« abrunden soll: »Ich halte nichts von solchen pauschalisierenden Etiketten. SCHWARZ, ROT, LINKS, RECHTS usw. Wer solche Begriffe verwendet, begibt sich in Gefahr, die konkreten Menschen zu vergessen. Daß in Sachsen die CDU die absolute Mehrheit errungen hat, hängt m.M. nach mit der Persönlichkeit Biedenkopfs zusammen... Entschlossene Antworten, so in der Art, ich hasse die Großmachtsucht Deutschlands oder so was, kriegst du von mir nicht zu hören. Ich hasse überhaupt nichts und niemanden... Was ich an meiner Heimat liebe, sind Menschen, die ich mag, ... die nicht mit einem Feindbild vor der Stirn herumlaufen, wer auch immer der Feind sein mag. Ob der Ausländer, der Kommunist oder andererseits der Kapitalist und so.«

Das muß genügen. Es gibt für unsereins keinen Grund, Frau Ostrowski und ihren Freunden zu begegnen, als seien sie »Sozialisten«, »Marxisten«, »Systemgegner« oder auch nur ein wenig von alledem. Es sind Menschen, die mit aller Energie (und manchmal echt verzweifelt) einen Platz in dieser Gesellschaft und auf ihrer politischen Bühne erkämpfen wollen. Sie wollen nicht »Deutsche zweiter Klasse« sein, nicht länger »diffamiert« werden.

Björn Engholm hat in einem Interview mit dem »Neuen Deutschland« erklärt, unter welchen Bedingungen er sich das positivere Verhältnis, das die PDS sich wünscht, vorstellen kann: »Ob die Schar der neuen Reformer, die wenig Verknüpfung zur alten Zeit haben, zumindest keine Verantwortlichkeiten in der alten Zeit, ob die ganz deutlich in der PDS obsiegt. Wenn das der Fall ist, wenn sich daraus eine neue Partei entwickelt, analog des Prozesses in Italien, wo sich die Kommunistische Partei umgewandelt hat in eine moderne sozialistische Partei mit sehr liberalen Grundzügen, dann denke ich, wird das Miteinander-Streiten eines Tages fruchtbarer sein.«

Nun ist es relativ leicht für die PDS, die von Engholm diktierte politische Kontur anzunehmen, aber unendlich schwer, ihr Personal seinen Anforderungen anzupassen. Das ist ungerecht, könnte man argumentieren. Schily war »RAF-Anwalt«, Joschka Fischer war »Streetfighter«, Ralf Fücks leitend im KBW und Antje Vollmer kein kleines Licht in der KPD. Allen ist verziehen, alle genießen Respekt, werden also nach dem beurteilt, was sie heute wollen und meinen. Na gut, sie haben nie die Geschäfte des BRD-Imperialismus gestört, aber ich glaube, sie wollten das in ihren jungen Jahren. Die DDR war nicht sozialistisch, aber real, da sitzt der Stachel tiefer.

Im Landtag von Brandenburg, wo Bisky dem Stolpe-Untersuchungsausschuß vorsteht und dieses Amt nie zur (partei-)politischen Profilierung mißbraucht haben soll, sei das Klima zwischen allen Parteien in Ordnung, hörte ich, während z.B. in Berlin und im Bundestag immer noch ein Klima der Feindseligkeit herrscht.

»Die brandenburgische Verfassung trägt auch die Handschrift der PDS«, sagt Bisky – und wenn ich höre, wie er das sagt, dann beschleicht mich Mitleid mit den Menschen, die so gerne aufgenommen werden würden in den Konsens der Demokraten. Das Mitleid verfliegt, wenn man beobachtet, wie die Diffamierten ihr Los beklagen, aber den Umgang mit

ihren alten Vorgesetzten legitimieren. »Gehen die Gerichte zu rigide mit der alten DDR-Staatsführung um?«, fragt die »TAZ« den neuen Vorsitzenden. »Bisher habe ich diesen Eindruck nicht. Wo Verstöße gegen das Recht – das DDR-Recht wohlgemerkt – vorliegen, sind Gerichtsverfahren durchaus angebracht.«

Gewiß gibt es Menschen in der PDS, die solche Anbiederei auch irgendwie eklig finden. Aber: »Wenn ich an die kommenden Wahlen denke... kann ich nicht von der Befindlichkeit der Parteimitglieder ausgehen, sondern ich muß herausfinden, was die Bürger bewegt.« (Ostrowski) Was bewegt die Bürger? In einer Sonderbeilage des »ND«, genannt »Ratgeber«, wird diesmal den »Existenzgründern« konkret geholfen: »Mit Hilfe der Betriebsprüfung kontrolliert die Finanzverwaltung die Steuererklärung. Denken Sie daran, daß auch für den Betriebsprüfer der erste Eindruck der beste ist, d.h. keine Buchung ohne Beleg, kein Beleg ohne Buchung.« Wenn der Betriebsprüfer kommt, kann der Bürger selbst aktiv werden, gehts um Außenpolitik, kann er seiner Partei nur die Daumen drücken. Aber immerhin plant sie die »Initiierung einer außenpolitischen Offensive zur Durchsetzung eines internationalen ökologischen und sozialen Instrumentariums zur Abschwächung des sich zuspitzenden Weltmarktkonkurrenzkampfes zwischen den imperialistischen Metropolen und den Großkonzernen.« (Thesen zu einer Strategie der PDS bis zu den Bundestagswahlen) Was aus dieser »Offensive« geworden ist, werde ich niemals nachfragen. Ich kenne die Antwort: »Irren ist menschlich.«

*)»Selbst in den entwickelten Industriestaaten verschärfen direkte Eingriffe zur Untergrabung des Marktes die sozialen Negativwirkungen... Wir müssen zu den konsequentesten Einforderern der Entwicklung und des Ausbaus der Marktwirtschaft werden.« – Siehe »Mehr Toleranz!« von Thomas Ebermann, KONKRET 8/91.

Thomas Ebermann antwortete in KONKRET 10/92 einer Kritik des PDS-Politikers Brie

Konkret 03/93, S. 22

Michael Scharang

Auf zum letzten(Lichter-)Scheingefecht

»Der Faschismus ... hofft darauf, die von der Kulturindustrie trainierten Gabenempfänger in seine reguläre Zwangsgefolgschaft umzuorganisieren« (Max Horkheimer / Th. W. Adorno). Die österreichische Anständigkeit demonstrierte gegen das anständige Österreich, traf dabei ebenso zwangsläufig wie unvermutet auf sich selbst und war von diesem Anblick überwältigt

Diese Begebenheit trug sich am 23. Jänner dieses Jahres in Wien tatsächlich zu, wie ich ergänzend zu demnach folgenden Text anmerken möchte, in einer Vorbemerkung, die, zeitlich gesehen, eine Nachbemerkung ist. Denn der Text zu jener Begebenheit ging dieser voraus, er mußte ihr vorausgehen, wollte ich nicht vor der Stimmung kapitulieren, die suggerierte, die bevorstehende Begebenheit sei schicksalhaft, es gehe darum, dem Volksbegehren gegen Ausländer, das der Parteiführer Haider initiiert hatte, entgegenzutreten; wer mit welchen Argumenten dazu aufrufe, welche Gestalt die Demonstration annehme, sei belanglos angesichts des drohenden Faschismus.

Gewöhnlich setze ich solcher Rede nichts entgegen. Diesmal aber riß mich aus dem Trott, daß diejenigen, die es übernahmen, Widerstand gegen Haider zu organisieren, mir zwar nicht so gefährlich erschienen wie dieser, aber doch außerordentlich suspekt waren.

Ausgerechnet André Heller tat sich hervor, jemand also, dessen bisherige Arbeit eine einzige Vorarbeit für eine zukünftige faschistische Ästhetik ist. Früher Schlagersänger, jetzt Kulturindustrieller, gelang es ihm, die berufliche Tätigkeit zum Nebenberuf und die pausenlose Reklame, in Wirklichkeit sei er Künstler, zum Hauptberuf zu machen. Eine Ästhetisierung der eigenen Person, völlig abgelöst davon, was diese ästhetisch leistet, eine Reklame um ihrer selbst willen, die es darauf anlegt, keinen Bezug mehr zu einer Ware zu haben, für die geworben wird – das unerbittlich vorzuexerzieren, ist Hellers historisches Verdienst. Den Führer, der nicht Politik macht, sondern kraft der Vorsehung führt, gab es bereits; dank Heller gibt es nun auch den Künstler, der gerade dadurch, daß er Kunst nicht ausübt, Kunst ist.

Das Artefakt Heller braucht Politik nur zu berühren, schon ist sie ästhetisiert. So wurde in Wien keineswegs zu einer Lichterkette aufgerufen wie anderswo; selbst eine Lichterkette, der Versuch also, politische Veranstaltungen abzuschaffen, ist in Hellers Wien noch zu politisch. Hier versammelt man sich zum »Lichtermeer«. Die Teilnehmer spricht man konsequenterweise als Zuschauer ihrer selbst an. Sie werden ein »Lichtermeer« bilden, und wenn sie sich dann ihr Werk anschauen, werden sie »ein Ereignis der wunderbaren Art« sehen. Jeder sein eigenes Feuerwerk; jeder ein kleiner André Heller.

Wer scharte sich um ihn? Selbstverständlich alle, die in Haider weniger den politischen Gegner als den Konkurrenten sehen: der grüne Politiker Pilz, der sich im Duett mit Haider die Kehle heiser schrie für das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Jugoslawien und der es doch nur zum zweitrangigen Populisten brachte; die katholische Kirche, die sich ihr Vorrecht, mit Irrationalismus Politik zu machen, nicht von Haider streitig machen läßt; die österreichischen Popmusiker, die aus Erfahrung, also auf Grund ihrer Einnahmen, wissen, daß der von Haider beschworene kleine Mann von der Straße zuerst ihr Opfer ist, ehe er das Opfer Haiders wird; und schließlich der Schriftsteller Haslinger, damit, wenn ich den Mund aufmache, er den Satz aufsagen kann, daß ich »in einer würdigen und fragwürdigen Tradition« stehe, »die immer dann, wenn sich eine breite Bewegung gegen Rechts zusammenfand, dagegen von links polemisierte«, womit er Haider zu verstehen gibt, daß es nicht nur dessen Recht ist, »rechts« groß zu schreiben.

Hellers Truppe hatte Erfolg; sie verausgabte sich auch voll. Jeder Slogan, den sie erfand, strahlt die Zuversicht aus, vor der sonst Haiders Sprüche strotzen: der kleinste gemeinsame Nenner zu sein. Kein Wunder, daß Herr Thurnher, Chefredakteur des »Falter«, eines Blattes, das als alternativ gilt, weil es nicht davor zurückschreckt, wöchentlich zu erscheinen, kein Wunder, daß Herr Thurnher darüber ins Schwärmen gerät: »Das Lichtermeer hatte die Erwartungen der Gutmeinenden bei weitem übertroffen.« Nein, auch meine. Unvollständig ist auch Thurnhers Feststellung, »daß der Austro-Pop offenbar der adäquate ästhetische Ausdruck des neuen Antifaschismus darstellt«. Nicht nur der Austro-Pop, auch der Thurnher agiert ästhetisch adäquat, wenn er sagen will, daß auf dem Heldenplatz kein einziger Politiker zu Wort kam, jedoch schreibt, daß »am Heldenplatz kein einziger Politiker ans Wort gelangte«. Der folgende Text, weil vor dem Lichtermeer« verfaßt und öffentlich gemacht, konnte von den neuen ästhetischen Errungenschaften noch nicht profitieren.

So lange in einer Gesellschaft mehr als *eine* Meinung zu einer Streitfrage toleriert wird und öffentlich gemacht werden kann, ist nicht nur bemerkenswert, wie jemand sich äußert, sondern vor allem auch, wie jemand anderer auf diese Äußerung reagiert. Rede lebt von Gegenrede, im Bassenatratsch nicht anders als in der philosophischen Debatte. Verstummt die Gegenrede oder wird sie zum Verstummen gebracht, dann erstirbt die Rede, sie verfault zum Schlagwort und vermodert zum Befehl.

Am Verhältnis von Rede und Gegenrede ist das geistige und politische Niveau einer Gesellschaft abzulesen. Die Gedanken des Klügsten werden wirr, wenn sie nicht am Widerspruch Halt finden; und der Denkfaulste wird, fortwährend mit

Scharfsinn konfrontiert, nicht umhin können, eines Tages selbst einen Gedanken hervorzubringen. Jenes Verhältnisses eingedenk können mich deshalb Worte, und seien sie noch so menschenverachtend, vorerst nur schrecken; die Gegenrede steht ja noch aus, ihr Gewicht wird bestimmen, was jene Worte wiegen.

Als Parteiobmann Haider verkündete: »Österreich zuerst«, erschrak ich nur. Entsetzen überkam mich erst, als ich die Gegenrede vernahm: »Anständigkeit zuerst«. Diese Gegenrede, finde ich, bezieht nur dem Schein nach eine Gegenposition, sie könnte ohne weiteres auch als spießiges Motto über Haiders nationalistischem Spruch prangen.

Dazu paßt, daß »Anständigkeit« eine verunglückte Wortbildung ist. Doch davon abgesehen: Zählt nicht zu den Vorteilen heutigen Lebens, sich nicht mehr auf Anstand verlassen, sondern sich nur ans Gesetz halten zu müssen? Auf dessen Änderung kann man hinwirken, auf Anstand nur pochen.

Als gelte es, die Weihnachtsaktion des ORF, »Licht ins Dunkel«, in den Schatten zu stellen, pocht man nicht nur auf Anstand, sondern gibt sich auch noch den Namen »SOS Mitmensch«. Anlaß, sich zu konstituieren, ist zwar Haiders Volksbegehren gegen Ausländer, doch wird man nicht müde, zu versichern, das eigene Begehren richte sich nicht gegen Haider.

Und seit bekannt ist, daß man den Willen zur »Anständigkeit« in Gestalt eines »Lichtermeers« zum Ausdruck bringen will, wird man nicht damit fertig, sich zu wundern, wer einem alles zuläuft: Politiker, die vorgestern das volle Boot beschworen, die gestern die Ausländergesetze verschärft haben, und, konsequenterweise, auch Haider, der verlautbart: »Überlege Teilnahme an dem Lichtermeer.«

Was die Kulturpopulisten, die bei »SOS Mitmensch« den gleichen allgemein menschlichen Ton angeben, der einem aus ihrem Schaffen vertraut ist, was die Kulturpopulisten also in diesen Tagen politisch zusammenschustern – »Allianz der Vernunft«, »Wollen miteinander menschlich leben«, »Probleme nur mit Vernunft lösen« – , trägt Züge jener zwangsharmonisierten Volksgemeinschaft, die auf des Rechtspopulisten Haider Programm steht.

Das Volksbegehren richtet sich nur vordergründig gegen Ausländer. In Wirklichkeit mobilisiert es unter dem Vorwand, sich gegen Ausländer zu wenden, Nationalismus und Rassismus, mit deren Hilfe der Parteiführer an die Macht zu kommen hofft. In der Tat abgrundtief ist der Gedanke von Karl Kraus, das Bedenkliche am Nationalismus sei weniger der Haß auf die fremde Nation als die Liebe zur eigenen.

Es heißt nicht mehr »Ausländer raus«, sondern »Österreich zuerst«. Der Ausländer dient nur noch als dunkle Folie, vor der die Lichtgestalt des Einheimischen sich besser abhebt. Und hat der Irrwitz, sich kraft Staatszugehörigkeit als etwas besseres zu dünken, erst einmal im einzelnen Fuß gefaßt, kann er bald zum Staatsprinzip werden.

Die nationalistische Rede duldet, da sie auf leerer Behauptung beruht, keine Gegenrede. Da sie über keine Argumente verfügt, schreitet sie fort zur Gewalt. Widerspruch ist ihr der größte Greuel. Deshalb muß der Widerspruch gegen Nationalismus kraß und unmißverständlich formuliert werden; alles andere ermutigt die Gewalt.

Die Formulierung »Anständigkeit zuerst« statt »Österreich zuerst« erscheint mir in fahrlässiger Weise mißverständlich. Die Schweigemärsche, die in Deutschland und Österreich stattfinden, kommen mir mitunter vor wie ein Einüben ins Verstummen; und die brennenden Kerzen wie ein letzter Dank an die schweigende Mehrheit, daß sie diesen Abend noch stillgehalten hat.

Michael Scharang schrieb zuletzt in KONKRET 11/92 über Habsburger und Skinheads

Konkret 03/93, S. 24

Wiglaf Droste

Der Letzte macht die Lichterkette aus

Abschließende Einlassung zu einer lästigen Angelegenheit

»Wahr ist«, schreibt Giovanni di Lorenzo im »Spiegel« vom 8. Februar, »daß die Lichterkette gerade Ausländern und Juden, nicht nur in unserer Initiative, wieder Mut gemacht hat, in Deutschland zu leben.« Abgesehen mal von der Frage, ob den zitierten »Ausländern und Juden« damit ein besonders guter Dienst erwiesen wurde, ist der Satz pure Selbstgefälligkeit – di Lorenzo gehört schließlich zu den Leuten, die die Lichterkette von München ausgeheckt haben. (Und demnächst rezensiert im selben Blatt André Heller sein jüngstes Bühnengewürge – wäre doch auch schön.)

Aber nicht nur der Talkshowbubi di Lorenzo erhielt Gelegenheit, sich selbst öffentlich Spitzennoten für gutes Betragen auszustellen. Im »Neuen Deutschland« vom 30. Januar pries der Berliner Kabarettist Martin Buchholz die von ihm u. ä. Kunstgewerblern (Volker Ludwig, Reinhard Mey usw.) angezettelte sog. »Lichterspur« auf Seite eins an. Buchholz, dessen kopfmäßige Beschaffenheit aus dem Titel seines jüngsten Programms – »Dumpfland Dumpfland ... Ein viel zu aktuelles Pro- und Antigramm« gut ersichtlich ist, rhabarberte von »Erhellung der germanischen Hirnfinsternis« und stilisierte seine weizsäckerkompatible Moral-statt-Verstand-Veranstaltung zum verschärften »Protest«.

Und warum auch nicht? In Zeiten, wo alles mit allem verquarkt wird und die Insgesamtdiotie des Daseins in bislang so noch nicht gekanntem Ausmaße vor sich hinbrummt, da kann ein Kabarettist, ein Mitglied jener Berufsgruppe, die für ein Gutteil der öffentlich abgesonderten Flachpfeiferei und desgleichen für Gesinnungsabgreifertum, semi-humanoides Fortschritts- und Menschheitsgedusel u.ä. Pein und Qual und Ohrenzwang verantwortlich ist, nicht zurückstehen. Und hätte man es ausschließlich mit Figuren wie di Lorenzo, Buchholz, Weizsäcker und den ihnen assoziierten Starksängern W. Niedecken, M. Müller-Westernhagen, P. Maffay usw. sowie noch den Unterschriftgebern bei PR-Aktionen á la »Ich bin ein Ausländer« bzw. etwas später »Mein Freund ist Ausländer« - wie nun bitte? – zu schaffen, mit jener halbseidenen Bagage also, die die sog. »Prominenz« und die sog. »politische Klasse« stellt, man könnte achselzuckend seiner Wege gehen und die Jungs ihrem onanistischen Unfug überlassen.

Kann man natürlich auch so. Für alle aber, die außer ihren Ohren und Augen noch weitere gute Gründe brauchen, um dem aus Friedenscamp und Mahnwache zwingend hervorgegangenen Tugut-Aktionismus von Lichterkette, -spur und -meer fernzubleiben, hier – wenn man nicht alles selber macht – eine kleine Liste möglicher Einwände (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

Schuhverkäufer (Schuhtick), Herrenausstatter (de Kalb), Werbehengste (Schirner), Buchhändler usw. schalten seit Monaten anstelle ihrer üblichen Geschäftsanzeigen vage, wachsweiche Appelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit; die Botschaft der Gesinnungsimpresarios lautet: Hey Leute – kauft beim guten Deutschen!

Wer in Deutschland aus dem einzigen Grund, kein Deutscher zu sein, totgeschlagen, verbrannt o.ä. ums Leben gebracht, also das Opfer eines Mordes wird, gilt den hiesigen Landsleuten nicht in erster Linie als solches; nicht von Mord – der entsprechend zu ahnden wäre – ist die Rede, sondern von einem Anschlag auf das deutsche Volk und sein Image im Ausland. So viel Kaltschnäuzigkeit muß man erst mal haben. Lichterketten, deren einziger Zweck die Politur des Deutschland-Bildes im Ausland ist, erfüllen eben nicht nur ihren angeblichen antirassistischen Zweck nicht, sondern bewirken das Gegenteil. Auch kritische Patrioten sind in erster Linie Patrioten. Die Lichterkette gibt auch jenen, die das Grüßen mit erhobener Rechter abstößt, Gelegenheit zum Anschluß ans bzw. Einstieg ins Vaterland; man ist dagegen gewesen und hat doch mitgemacht, man trat auf der Stelle und lief doch mit: In den 70ern hätte man so etwas »die Dialektik des kritischen Opportunismus unter besonderer Berücksichtigung der lange schmerzhaft unterdrückten Vaterländerei« genannt. Oder jedenfalls doch so ähnlich.

Es ist – politisch, ästhetisch (und von mir aus: moralisch) – nun einmal nicht ganz wurscht, mit wem man in einer Reihe steht. Bei einer Lichterkette z. B. mit den bereits o.g. Sängern Niedecken, Westernhagen, Lindenberg, Maffay, die für eine Anzeige des Bundesinnenministeriums mit der Parole »Helfen statt Hauen« zur Verfügung standen, mithin also die für das den Namen nicht mehr verdienende Asylrecht Verantwortlichen stützten, kritisch natürlich; z. B. mit Edzard Reuter u.a. exponierten Vertretern der deutschen Industrie, die in großen Anzeigen die Logik des Konzentrationslagers als Humanismus verhökern; Ausländer, die gute Arbeit geleistet haben oder leisten, dürfen bleiben, evtl. sogar am Leben; z. B. mit Karl Moik, dem Fleischsack vom Musikantenstadel, der demnächst Asylantenstadel heißen könnte, mit Verlosung eines abschiebesicheren Zellenplatzes und dem neuen Hit der Wildecker Herzbuben: »Kerzilein, oh oh oh Kerzilein, du darfst nicht traurig sein, es war doch nur der Wein, ich schlug ein paar Schädel ein ...«; auch Moik plädiert ja via TV-Spot für »friedliches Nebeneinander« o.ä. nichtssagenden, nichts verhindernden Krempel. Insgesamt wird der Lichterkettengänger feststellen, daß er Teil einer gigantischen Volksbewegung, -gemeinschaft und -genossenschaft ist, die angeblich ausschließlich höchst integre Ziele verfolgt; seltsam ist nur, daß die Zahl der Übergriffe auf Ausländer trotz aller gutvölkischen Mobilmachung nicht sinkt.

Das Wort vom »häßlichen Deutschen« kann man bitte streichen. Die Avon-Beraterin richtet gegen Nazis nichts aus.

Auch das Zentralorgan der flotten Faschisten, die »Junge Freiheit«, singt in seiner Februarausgabe ein Loblied auf die Lichterkette. In Magdeburg fand am 16. Januarein illuminierter Aufmarsch statt zum 48. Jah-restag des »Terrorangriffs anglo-amerikanischer Luftstreitkräfte«. 50 000 Friedensfreunde wollten sicherstellen, »nie wieder« vom Faschismus befreit werden zu müssen. So leicht kann das gehen bei einer derart rundumkompatiblen, beliebig für jedes Ziel verwend- und verwertbaren Form wie der Lichterkette.

Reichlich wird gewütet gegen den staatlich sanktionierten Antifaschismus der DDR. Und so erstarrt, ritualisiert, phrasenhaft und pathetisch dieser als »verordnet« denunzierte Antifaschismus partiell auch war, so war er vor allem anderen jedoch eins: eine Lebensversicherung für die im Land lebenden Ausländer und Juden, die sich jetzt mit dem nichtverordneten Antifaschismus des Herrn di Lorenzo bescheiden müssen, der zwar irre phantasievoll, aber auch irre wirkungslos ist; es könnte sich erweisen, daß die angepriesene »Ermutigung« via Lichterkette den einen oder anderen Ermutigten das Leben kostet.

Bürgerfrauen und -männer, die ihrem Staatsoberhaupt (wichtig: Mann mit Vergangenheit) nahe sein wollten, taten das in den 80er Jahren, indem sie mit Karl Carstens singend durch den deutschen Wald eierten. Heute sind die fortschrittlicheren VolksgenossInnen (hier stimmt das I) mit Richard von Weizsäcker in Sachen Lichterkette unterwegs und denken sich buchstäblich nichts dabei; Carstens NS-Wanderer waren vergleichsweise erträglich, weil sie nicht ständig von sich reden machten, was für tollklasse spitzenhumanistisch gesonnene Eins A Top-Mitmenschen sie doch seien.

Wer sich mit der Selbstverständlichkeit, daß er das Anzünden und Totschlagen von fremden Menschen scheußlich findet, im Völlegefühl des eigenen notorischen Gutseins auf die Straße stellt, muß jedes Gespür für Peinlichkeit verloren haben. »Ich bremse auch für Ausländer!« rufen und stolz drauf sein, geht einfach nicht.

Wem all das nicht reicht, der sei mit Reinhard Mey gestraft: Was ich noch zu sagen hätte / dauert eine Lichterkette / und ein letztes Faß im Stehn.

Wiglaf Droste ist Motorradpfarrer und lebt in Berlin

Konkret 03/93, S. 25

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« XIV

Vierzehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Donnerstag, 7.1.93 –

Überfall auf ein Asylbewerberheim in Borken/Schwalm-Eder-Kreis in Nordhessen. Mindestens fünf junge Männer dringen in das Heim ein und schlagen auf vier Heimbewohner und einen Betreuer ein. –

In Frankfurt/Main wird ein Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien auf offener Straße erschossen. Die Hintergründe sind unklar, Zeugen gibt es nicht.

Freitag, 8.1. –

Auf der Bundesstraße 85 bei Rudolstadt/Thüringen werden vier vietnamesische Asylbewerber, die mit einer Autopanne liegengeblieben waren, von acht bis zehn Rechtsradikalen überfallen und mit Fußtritten und Faustschlägen mißhandelt. –

Die Göttinger Staatsanwaltschaft erhebt gegen zwei 18jährige Anklage wegen versuchten Mordes und menschengefährdender Brandstiftung. Die Männer haben gestanden, auf eine Asylbewerberunterkunft in Bad Lauterberg einen Molotowcocktail geworfen zu haben. –

Die Staatsanwaltschaft in Nürnberg erhebt gegen einen 53 Jahre alten Buchhalter, der am 1. August 1992 einen Brand in einer Ausländerunterkunft gelegt hatte, Anklage wegen schwerer Brandstiftung und Sachbeschädigung, nicht, wie erwartet, wegen versuchten Mordes.

Samstag, 9.1. –

In Hirschberg bei Schleiz schlagen Neonazis den Wirt einer Gaststätte, der den selbsternannten »Ortsgruppenführer« der rechten Szene und einen seiner Anhänger wegen einer Prügelei hinauswerfen wollte, nieder und beschießen ihn mit einer Schreckschußpistole. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Klosterfelde-Trattendorf bei Bernau/Brandenburg.

Samstag/Sonntag, 9./10.1. –

In Eisenberg/Thüringen schlagen Unbekannte einen Mosambikaner zusammen, verletzen ihn mit einem Messer und berauben ihn.

Sonntag, 10.1. –

In Haidhausen/Bayern sticht ein Unbekannter hinterrücks auf einen 26jährigen Asylbewerber aus Albanien ein. Durch die sechs Zentimeter lange Klinge erleidet das Opfer schwere Verletzungen. –

In Mühlberg/Kreis Bad Liebenwerda in Brandenburg greifen Jugendliche ein Asylbewerberheim an, schlagen die Eingangstür und Fensterscheiben ein. –

In Fischersdorf/Kreis Saalfeld in Thüringen überfallen 20 Skinheads eine Tanzveran-staltung in einer Gaststätte. Vier Besucher werden verletzt, das gesamte Mobiliar des Lokals verwüstet. Zwei der Täter werden festgenommen, die anderen können entkommen. Für eine Planung und straffe Führung des Überfalls spricht, daß nach Angaben der Polizei die Skinheads mit CB-Funkgeräten ausgestattet gewesen seien. –

Eine Gruppe Skinheads schlägt in Frankfurt/Main drei Männer zusammen und wirft sie in den Main. Ein Opfer wird von der Feuerwehr aus dem Wasser geborgen und muß in intensivmedizinische Behandlung. –

In Jettingen-Scheppach überfallen zehn Rechtsradikale den Faschingsball im Dorfgasthof und prügeln auf die etwa 60 Gäste ein. Mindestens zehn Anwesende werden durch Handkantenschläge und Fußtritte zum Teil erheblich verletzt.

Montag, 11.1. –

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Aschaffenburg/Bayern. Die Bewohner können das Feuer löschen. –

In Limburg wird vor einer Asylbewerberunterkunft ein Auto in Brand gesteckt. Die Polizei nimmt einige Tage später einen 30jährigen Lagerarbeiter fest, der auch weiterer Brandanschläge verdächtigt wird.

Dienstag, 12.1. –

Nach Mitteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurden 1992 insgesamt 2.285 »Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation registriert, 17 Menschen wurden getötet«. 1991 waren 1.483 rechte Gewalttaten mit drei Todesopfern registriert worden. Neun von zehn aller rechten Anschläge richteten sich gegen Ausländer, insbesondere gegen Asylbewerber. Bezogen auf die Einwohnerzahl stehen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg an der Spitze rechtsextremistischer Gewalt mit 9,6 beziehungsweise 8,9 Delikten auf je 100.000 Einwohner. Der Durchschnitt der neuen Bundesländer betrage 5,7 rechtsextremistische Gewalttaten auf je 100.000 Einwohner, der der alten Bundesländer 2,4.

Donnerstag, 14.1. –

In Bad Schwalbach/Hessen brennt der als Asylbewerberunterkunft genutzte »Quellenhof« ab. Die 39 Bewohner können das Haus rechtzeitig verlassen. Die Brandursache ist unklar.

Samstag, 16.1. –

Brandanschlag durch sechs Unbekannte auf ein Asylbewerberheim in Garbsen bei Hannover.

Samstag/Sonntag, 16./17.1. –

In Schwerin werfen unbekannte Täter auf dem Ehrenfriedhof der russischen Streitkräfte 35 Grabsteine um.

Sonntag, 17.1. –

Bombenanschlag auf ein von Deutschen und Ausländern bewohntes Haus in Nürnberg. Es entsteht ein Sachschaden von 10.000 Mark. Die Polizei nimmt drei Tatverdächtige fest, die angeben, den Sprengsatz geworfen zu haben, weil sie mit einem der Bewohner Streit hatten. –

In Arnstadt/Thüringen schlagen zwei 14-16jährige Skinheads einen 46jährigen Parkwächter zusammen und werfen ihn auf eine verkehrsreiche Kreuzung, wo er von zwei Autos überrollt wird. Drei weitere Jugendliche sehen dem Geschehen zu, ohne einzugreifen. Der Mann stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus an den schweren Verletzungen. Die zwei Täter werden festgenommen, die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Totschlags.

Montag, 18.1. –

In Rathenow/Brandenburg greifen drei maskierte Männer einen 31jährigen Vietnamesen in seiner Wohnung an. Sie bedrohen ihn mit einer Gaspistole und schlagen ihm ins Gesicht. Das Opfer muß ambulant behandelt werden. –

In Offenbach/Hessen wird ein 55jähriger Italiener beim Verlassen eines Lokals von Unbekannten angeschossen. –

Vor dem Landgericht Halle müssen sich sechs Jugendliche wegen versuchten Mordes bei Überfällen auf Ausländerunterkünfte verantworten. Den zur Tatzeit zwischen 16 und 22 Jahre alten Angeklagten wird vorgeworfen, im September 1992 in Halle gemeinschaftlich Ausländerunterkünfte mit Molotowcocktails und Steinen angegriffen zu haben. Dabei sind mehrere Personen zum Teil lebensgefährlich verletzt worden.

Dienstag, 19.1. –

Das Kreisgericht Lübben verurteilt eine 22jährige Frau wegen schwerer Brandstiftung an einem Asylbewerberheim am 24. Juli 1992 zu einer zweieinhalbjährigen Freiheitsstrafe. Die 21jährige Mitangeklagte wurde zu einem Jahr und vier Monaten auf Bewährung verurteilt.

Donnerstag, 21.1. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Zielitz/Kreis Wolmirstett. Die Bewohner können einen der Jugendlichen stellen, die die Brandflasche geworfen haben. –

Nach Angaben des Innenministers von Baden-Württemberg, Frieder Birzele (SPD), wurden 1992 landesweit 737 ausländerfeindliche Straftaten mit einem Todesopfer und 98 Verletzten registriert. Im Vorjahr waren es 416 Straftaten. Die Zahl der Brandanschläge habe sich von 32 auf 82 erhöht. Im Dezember 1992 sei die Tendenz wieder rückläufig gewesen. –

Ein Rendsburger Jugendgericht verurteilt zwei Skinheads wegen Sachbeschädigung, Nötigung und gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen acht Monaten und zwei Jahren auf Bewährung. Die beiden Männer hatten im Oktober 1992 in Westernrönfeld/Kreis Rendsburg-Eckernförde einen Wohncontainer von Asylbewerbern beschädigt und angezündet. Ein Asylbewerber war verletzt worden. –

Das Marburger Jugendschöffengericht verurteilt zwei junge Männer zu je zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe. Die 18- und 23jährigen Täter verübten im Juli 1992 einen Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft im Marburger Stadtteil Schröck. Menschen waren nicht verletzt worden, die »mißlungene« Tat sei jedoch »kriminell durchdacht« und keine spontane Aktion gewesen, meint das Gericht.

Freitag, 22.1. –

In Freiburg wird die 24jährige Krankenschwesternschülerin und Antifaschistin Kerstin Winter durch eine Paketbombe in ihrer Wohnung ermordet. Das LKA, das die Ermittlungen übernommen hat, hat noch keine konkreten Hinweise auf die Täter. –

In Staßfurt/Sachsen-Anhalt wird der rumänische Asylbewerber Lorin Radu im Hof des Polizeireviers vom beaufsichtigenden Polizeibeamten erschossen. Der Beamte wird vom Dienst suspendiert, die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen fahrlässiger Tötung. –

Nach Einschätzung des Leiters des Hamburger Verfassungsschutzes, Ernst Uhrlau, gibt es in Deutschland etwa 65.000 Rechtsextreme. Von 6.400 militanten Rechtsradikalen leben 3.800 in den neuen Bundesländern. –

Nach einer Großrazzia in einem Augsburger Flüchtlingsheim im November 1992 ist ein nigerianischer Asylbewerber unschuldig für sechs Wochen in Untersuchungshaft genommen worden. Die Polizei habe ihm den Besitz von 164 Gramm Rohopium angelastet, teilt sein Anwalt mit. Jetzt erhielt der Anwalt von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung, es habe sich nicht um Opium, sondern um einen nicht näher definierten Stoff – möglicherweise um ein Stück Schokolade – gehandelt. –

Das Hessische Innenministerium teilt mit, daß 1992 landesweit 539 ausländerfeindliche Straftaten registriert wurden. Das seien 153 Prozent mehr als 1991. Der Großteil der 140 schweren Straftaten sei in ländlichen Gemeinden und Kleinstädten bis zu 20.000 Einwohnern verübt worden. Zu den schlimmsten Vorfällen zählen sieben versuchte Tötungsdelikte und 40 Brandstiftungen. Von den 222 ermittelten Tätern seien 134 jünger als 20 Jahre gewesen.

Samstag, 23.1. –

In Augsburg schießt ein unbekannter Mann mindestens fünfmal auf ein Gasthaus, das von einer türkischen Pächterin betrieben wird. Zur Zeit des Anschlags halten sich etwa 60 Gäste in dem Lokal auf, verletzt wird niemand.

Sonntag, 24.1. –

In Neuperlach/München überfallen zwei Männer eine 17jährige türkische Arzthelferin. Sie geben aus nächster Nähe einen Schuß aus einer Gaspistole auf ihr Gesicht ab, beschimpfen sie als »Scheiß Ausländerin« und treten sie mit ihren Springerstiefeln krankenhausreif. Die Frau muß sich einer Gesichtsoperation unterziehen. –

In Laim/München überfallen zwei Skinheads einen Ausländer in einer Unterführung, beschimpfen ihn und schlagen ihn mit Fäusten ins Gesicht. –

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Immenhausen bei Kassel. Drei der Bewohner, die von einem Diskobesuch in die Unterkunft zurückkehren, können den Brandsatz mit bereits brennender Lunte rechtzeitig löschen.

Montag, 25.1. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Speyer. –

Mit einem Schuß durch die Scheibe der Fahrertür töten Unbekannte einen 35jährigen deutschen Arbeiter syrischer Herkunft während der Fahrt in seinem Auto auf der Bundesstraße 43 bei Hanau/Hessen. Über das Motiv herrscht Unklarheit.

Dienstag, 26.1. –

Bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Duisburg werden fünf Bewohner verletzt.

Mittwoch, 27.1. –

Ein Asylbewerberheim in Plau/Mecklenburg brennt bis auf die Grundmauern nieder. Bei Ausbruch des Feuers befindet sich im Heim ein Bewohner, der sich in Sicherheit bringen kann. Ein Brandanschlag wird nicht ausgeschlossen. –

Die Jugendkammer des Schweriner Landgerichts verurteilt einen 23jährigen aus Neumünster wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und Brandstiftung zu zwei Jahren und acht Monaten Freiheitsstrafe. Ein 19jähriger aus Wismar wird zu einer zweijährigen Jugendstrafe verurteilt. Die beiden Angeklagten hatten im August 1992 Molotowcocktails auf ein Asylbewerberheim in Wismar geworfen.

Donnerstag, 28.1. –

Brandanschlag auf das türkische Generalkonsulat in Münster/Nordrhein-Westfalen.

Freitag, 29.1. –

Das Amtsgericht Schwerin nimmt zwei führende Mitglieder der NPD in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Hagenower NPD-Kreisvorsitzenden Klasen und den stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Förster wegen eines Überfalls auf eine Asylbewerberunterkunft bei Boizenburg im vergangen Sommer. Den beiden wird versuchter Mord und Volksverhetzung vorgeworfen.

Samstag, 30.1. –

Eine Paketbombe reißt in Renningen/Kreis Böblingen einem 42jährigen Italiener eine Hand ab, zwei weitere Personen erleiden Splitterverletzungen. Die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus.

Montag, 1.2. –

Zwei Monate nach dem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Eberswalde hat ein Untersuchungsrichter jetzt Haftbefehl gegen einen 21jährigen Tatverdächtigen erlassen. Der Vorwurf lautet auf schwere Brandstiftung und Mordversuch.

Dienstag, 2.2. –

Der Ausländerbeirat Gießen wirft Beamten der dortigen Bahnpolizei Mißhandlungen, Beleidigungen und Schikanierung von Ausländern vor. Gegen sieben der rund 30 Bahnpolizisten seien Dienstaufsichtsbeschwerden eingereicht worden. –

Der Oberstaatsanwalt in Heilbronn, Herwig Mainx, teilt mit, daß die Staatsanwaltschaft gegen zwei Filialleiter der Supermarktkette »Tengelmann« ermitteln will. Die Filialleiter hatten mit Firmenstempeln Hausverbote in die amtlichen Aufenthaltsgenehmigungen von Asylbewerbern gestempelt, um damit versuchte Ladendiebstähle zu bestrafen. –

Das bayerische Justizministerium teilt mit, daß vier angehende Gefängniswärter der Justizvollzugsanstalt Straubing wegen Hakenkreuz-Schmierereien und ausländerfeindlichen Parolen aus dem Staatsdienst entlassen wurden. Die Staatsanwaltschaft habe ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet.

Mittwoch, 3.2. –

In Drüsewitz/Landkreis Rostock greifen zehn Jugendliche ein Asylbewerberheim mit Steinen an und rufen ausländerfeindliche Parolen.

Donnerstag, 4.2. –

Brandanschlag auf drei von Umsiedlern, polnischen Spätaussiedlern und Türken bewohnte Einfamilienhäuser in Köln. Drei Mitglieder einer türkischen Familie werden verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Sachschaden beträgt mehr als 200.000 Mark.

Freitag, 5.2. –

Nach Auskunft des Wehrbeauftragten des Bundestags, Alfred Biehle, haben sich im vergangenen Jahr an insgesamt 59 rechtsradikalen Aktionen in Bundwehrkasernen 80 Soldaten beteiligt. Elf Fälle sind abgeschlossen, alle anderen werden noch untersucht. –

Ausländern, die Straftaten begangen haben, soll nach dem Willen des Landes Nordrhein-Westfalen künftig leichter der Führerschein entzogen werden können. Einen entsprechenden Antrag hat die Landesregierung im Bundesrat eingebracht. –

Nach Angaben des Polizeiabteilungsleiters des brandenburgischen Innenministeriums, Hartmut Bosch, sind 80 bis 90 Prozent der Anschläge gegen Asylbewerberheime und andere ausländerfeindliche Straftaten von Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren verübt worden. Insgesamt seinen 440 Täter im Alter zwischen 14 und 16 Jahren registriert worden.

Samstag, 6.2. –

Der am 18. Januar in Offenbach/Hessen von Unbekannten angeschossene Italiener stirbt an den Folgen der Schußverletzung. –

Im Stadtteil Sachsenhausen in Frankfurt/Main randalieren fünf Skinheads im Alter zwischen 23 und 28 Jahren und greifen auf offener Straße einen Mann an. Die Polizei nimmt die fünf Männer fest. –

In Schwerin stören rechtsradikale Jugendliche eine Lichterkette gegen Ausländerfeindlichkeit. Nach Angaben der Polizei wurden 20 Personen vorläufig festgenommen.

Sonntag, 7.2. –

Bei einer Feier in einer Gaststätte in Bassum/Niedersachsen lösen Skinheads eine Massenschlägerei aus, bei der dreizehn Menschen verletzt werden. –

Ein Asylbewerberheim in Oebisfelde/Sachsen-Anhalt wird bei einem Brand vollständig zerstört. Die vier Personen, die sich zum Zeitpunkt des Brandes in der Baracke aufhielten, konnten sich in Sicherheit bringen. Ein Anschlag kann nicht ausgeschlossen werden.

Montag, 8.2. –

Brandanschlag auf ein Zweifamilien-Haus in Mülheim bei Freiburg/Baden-Württemberg. Ein im Erdgeschoß wohnender 22jähriger türkischer Familienvater erleidet beim Löschen des Brandes leichte Rauchvergiftungen.

Dienstag, 9.2. –

Brandanschlag auf die Wohnung einer türkischen Familie in Osnabrück. Das Feuer wird rechtzeitig entdeckt.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember ‘91

Antisemitische Angriffe

Mittwoch, 13.1.93 –

Das Bundesarbeitsgericht entscheidet, daß ein Lehrer, der im Unterricht Kölner Schüler gefragt hatte, was der Unterschied zwischen einer Pizza und einem Juden sei, zu Recht entlassen wurde. »Wenn man eine Pizza in den Brennofen schiebt, kreischt und schreit sie nicht«, hatte der Lehrer selbst geantwortet. In Anbetracht des gestörten Vertrauensverhältnisses habe es auch keiner Abmahnung durch die Schulbehörden vor dem Ausspruch der Kündigung bedurft.

Donnerstag, 14.1. –

Das Landgericht I in München verurteilt den englischen Historiker David Irving zu einer Geldstrafe von 30.000 Mark wegen der Behauptung, im Vernichtungslager Auschwitz habe es »nie Gaskammern gegeben«.

Samstag/Sonntag, 23./24.1. –

In Eisenhüttenstadt/Brandenburg werfen Unbekannte auf dem Jüdischen Friedhof elf Grabsteine um und beschmieren einen Gedenkstein mit einem Hakenkreuz.

Montag, 25.1. –

Das Berliner Landgericht verurteilt in einer Berufungsverhandlung einen 27jährigen arbeitslosen Gebäudereiniger wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 7.200 Mark. Er hatte bei einer Feier in einem Heim für DDR-Übersiedler und Aussiedler geäußert, Polen, Juden und Russen müßten vergast werden.

Dienstag, 26.1. –

Die Staatsanwaltschaft Osnabrück ermittelt gegen den Bonner Dominikanerpater Heinrich Basilius Streithofen wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Der Pater hatte bei einem Vortrag im vergangenen Oktober in Meppen geäußert, Juden und

Polen seien »die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers«. –

Der Bürgermeister der Gemeinde Sensheim an der Mosel, Franz Dieter Schlagkamp, erklärt seinen Rücktritt, nachdem Auszüge aus dem Brief, den er an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, geschrieben hatte, veröffentlicht wurden. In dem Schreiben hieß es unter anderem: »Ich bin froh, daß ich als Bürgermeister einer kleinen Gemeinde keinen jüdischen Mitbürger habe, der den täglichen Dorffrieden mit seinem Reizstachel stört.« Nach seinem Rücktritt erklärt der Bürgermeister, daß er nicht wegen des Briefes zurückgetreten sei, sondern auf Druck der »sogenannten freien deutschen Medien«.

Mittwoch, 27.1. –

Nach Angaben der Israelitischen Synagogen-Gemeinde in Berlin haben Mitglieder der Jüdischen Gemeinde etwa 30 anonyme Briefe und ebenso viele Anrufe erhalten, in denen sie aufgefordert wurden, Deutschland bis zum Samstag, dem 60. Jahrestag von Hitlers »Machtergreifung«, zu verlassen.

Konkret 03/93, S. 28

John Goetz

»Weiter im selben Sinn!«

Die Unabhängigkeit Lettlands hat in der baltischen Republik jene »Meute sozialer Hyänen« wieder an die Macht gebracht, der selbst der Trotzkist Isaac Deutscher die Stalinisten vorgezogen hätte. Veteranen der lettischen SS-Legionen können nun Denkmäler zur Ehre der Waffen-SS errichten und im übrigen ruhig auf ihre Rente aus der Bundesrepublik warten

Immants Zeltins, ein lettischer Veteran der Waffen-SS, verlor 1944 durch eine Kriegsverwundung beide Hände. Jetzt wartet er auf seinen Rentenbescheid aus der Bundesrepublik, denn für die Zeit, in der er auf Seiten Deutschlands gegen »den Erzfeind der Zivilisation, den Bolschewismus« kämpfte, wie Zeltins' Freund vom Nationalen Veteranenverband Lettlands zu sagen pflegt, hat er eine Pension beantragt. Allerdings: Zeltins diente nicht nur in einer Kampfeinheit der Waffen-SS, sondern war auch Mitglied einer »Schutzmannschaft«, zu deren Aufgaben die Ergreifung und Deportation von Juden gehörte.

Zeltins liegt das Wohlergehen seiner Mitveteranen sehr am Herzen, und mit den 300 Mark pro Monat, die er aus Deutschland erwartet, will er den Bau eines Altersheims für seine Kameraden unterstützen. Die deutsche Regierung gewährt SS-Veteranen für die Zeit, in der sie Juden und Mitglieder der Kommunistischen Partei an deutsche Vernichtungseinheiten auslieferten, keine Pensionen, wohl aber für ihren Dienst in der Waffen-SS. Nach deutschem Versicherungsrecht ist es egal, was der Antragsteller während des Krieges tat – mit der einen Ausnahme, daß die Zeit, die er in einer Todesbrigade verbrachte, für die Rente nicht zählt. Doch wer zuerst in einer Todeseinheit und dann in einer regulären militärischen Einheit der Waffen-SS diente, kann seine Zeit in der Kampftruppe für die Rente anrechnen lassen. 300 Mark sind in Lettland eine Menge Geld. Die in Rubeln ausgezahlte Pension eines Veterans der Roten Armee entspricht dem Gegenwert von 6 Mark pro Monat.

Ein Clubhaus auf dem Schauplatz einer wichtigen Schlacht gegen die Sowjetarmee zu errichten, ist jedoch nicht das einzige ehrgeizige Projekt, das die SS-Veteranen verfolgen. So haben sie in ganz Lettland bereits 19 Denkmäler für die lettische Legion der Waffen-SS errichten lassen. Die SS-Veteranen treffen sich regelmäßig zu nationalistischen Demonstrationen, die meist am Domplatz in der Altstadt von Riga beginnen – dem gleichen Ort, an dem sie vor 50 Jahren zusammenkamen, um ihren persönlichen Eid auf Adolf Hitler zu schwören.

Die SS-Veteranen stellen auch zwei Einheiten der lettischen Volksmiliz, der sogenannten Zemesargi-Miliz. Auch wenn sie heute andere Waffen und Uniformen tragen, schmücken sich die »alten Krieger«, wie sie vom Hauptquartier der Zemesargi-Miliz liebevoll genannt werden, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit ihren hakenkreuzbesetzten Uniformen. Die übrigen Milizionäre behelfen sich mit einer Anstecknadel, auf der ein Hakenkreuz und das Kürzel des lettischen Veteranenverbands abgebildet sind. Viele Veteranen können sich an die deutschen Sätze, die sie in den 40er Jahren lernten, noch gut erinnern. Einer rief: »Wir sind der Volkssturm.« Ein anderer, der sich damit rühmte, als Wärter in Dachau gewesen zu sein, stach wiederholt mit einem imaginären Messer in die Luft, wenn er in Erinnerungen an die alten Zeit schwelgte.

Zu den mittwochs stattfindenden Treffen kommen regelmäßig mehrere hundert SS-Veteranen. Damit im Saal alle Platz finden, tagen sie nach Waffengattungen getrennt. Einige dieser Männer waren in Einsatztruppen, denen Verbrechen gegen die Menschheit angelastet werden. Die meisten jedoch dienten in der lettischen Legion der Waffen-SS, die dem eigenen Bekunden nach nicht an Kriegsverbrechen beteiligt war. Die lettische Staatsanwaltschaft teilte diesen Standpunkt und rehabilitierte die Mitglieder der Kampfeinheiten der Waffen-SS.

Anfang des Jahres erwogen die Veteranen eine Demonstration vor der deutschen Botschaft in Riga, um den Geldfluß aus Bonn zu beschleunigen, doch als der deutsche Botschafter, Hagen von der Wenge Graf Lambsdorff, Anfang September letzten Jahres die Gräber von lettischen und deutschen Kriegsopfern besuchte, gelangte die Führung des Veteranenverbandes zu dem Schluß, daß der Botschafter ohnehin auf ihrer Seite stehe und es daher besser sei, mit ihm als gegen ihn zu arbeiten. Der Bruder des FDP-Vorsitzenden stammt aus einer Familie baltendeutscher Großgrundbesitzer.

Die Deutschen bildeten im Baltikum schon in zaristischen Zeiten die herrschende Schicht. Die Letten selbst waren traditionell Bauern; in den Städten, in denen vor allem Deutsche, Juden, Russen und Polen lebten, waren sie in der Minderheit. Nach dem ersten Weltkrieg gründete sich eine lettische Sowjetrepublik, die den bolschewistischen Slogan von der Selbstbestimmung der Völker beim Wort nahm und ihre Unabhängigkeit von Rußland erklärte. Die Republik wurde durch eine Koalition aus britischen Kriegsschiffen, deutschen Freikorps und einer Gruppe einheimischer Reaktionäre, die 1919 unter dem Namen Aizsargi-Miliz bekannt wurde, zu Fall gebracht. Manche Nazigeneräle, etwa der Panzergeneral Heinz Guderian, verdienten sich ihre ersten militärischen Sporen beim Sturz der lettischen Sowjetrepublik. Ihr folgte ein unabhängiger lettischer Staat, der allerdings nur bis 1940 existierte, als durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt Lettland an die Sowjetunion abgetreten wurde.

Fragwürdige Gestalten aus dieser ersten Phase der Unabhängigkeit werden im abermals unabhängig gewordenen Lettland nun zu Helden erklärt. Im letzten Sommer ehrte man in Riga den lettischen Staatschef Karlis Ulmanis mit einer großen Ausstellung. Ulmanis hatte 1934 die lettische Demokratie mit Hilfe der Aizsargi-Miliz außer Kraft gesetzt, sich geweigert, der Aufforderung des Parlaments, Faschisten und Nazis aus seiner Regierung zu entfernen, nachzukommen und in der Folge selbst ein faschistisches Regime errichtet. Einen fanatischen Antisemitismus gab es unter seiner Herrschaft nicht, doch blieben Juden im Lettland unter Ulmanis weite Teile des öffentlichen Dienstes verschlossen, und auch der Besuch der Universitäten war ihnen erschwert. 1940 legte Ulmanis in Nachahmung ähnlicher Maßnahmen im Deutschen Reich der jüdischen Gemeinde eine willkürliche Steuer von einer Million US-Dollar auf.

Als Ulmanis die Aizsargi-Miliz auf Weisung der sowjetischen Besatzungsbehörden auflösen mußte, gingen viele Aizsargi-Milizionäre in den Untergrund und bekämpften die Sowjetarmee als Partisanen. Mit dem Rückzug des sowjetischen Militärs zu Beginn der Nazi-Invasion 1941 aus Lettland trat ein kurzes Interregnum ein, in dem weder die Sowjets noch die Deutschen in Lettland herrschten. In dieser zweiten Phase der lettischen Unabhängigkeit organisierten die Aizsargi-Miliz und andere lettische Faschisten in ganz Lettland blutige Pogrome. Niemand weiß, wie viele Juden damals ums Leben kamen, doch die Reaktion des Befehlshabers der Einsatzgruppe A der mobilen deutschen Mordkommandos, Dr. Walther Stahlecker, auf entsprechende Berichte aus Lettland Juli 1941 spricht für sich: »Machen Sie weiter im selben Sinn!«

Im Gegensatz zu den meisten anderen Völkern Osteuropas galten die Letten als »deutschfreundlich« und wurden sogar als »Arier« eingestuft. Himmler entsprach dem Gesuch des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, und unterzeichnete 1943 einen Befehl mit dem Wortlaut: »Ich bin dafür, daß das Verbot des Geschlechtsverkehrs für Esten und Letten sowie mit Esten und Letten aufgehoben wird.« So entstand in dem von den Nazis besetzten Osteuropa eine rassische Trennlinie: Letten und Esten galten als Teil des Herrenvolks, Juden und Slawen als Untermenschen.

Die Naziherrschaft bot der lettischen Mittelschicht, traditionell eine Minderheit in den lettischen Städten, eine willkommene Gelegenheit, ihre Hauptrivalen auszuschalten: die lettischen Juden. Trotz aller Restriktionen während der Ulmanis-Regierung hatten sich die Juden im lettischen Wirtschaftsleben eine Schlüsselrolle bewahren können, um die sie die weniger erfolgreichen lettischen Kleinbürger beneideten. Die jüdische Mittelschicht war im allgemeinen dreisprachig – sie sprach Deutsch, Russisch und Lettisch – , schickte ihre Kinder auf deutschsprachige Gymnasien und unterhielt enge Kontakte zum kulturellen Leben in Westeuropa.

Der jüdische Teil der lettischen Arbeiterklasse wiederum, der in der sogenannten Moskauer Vorstadt von Riga wohnte (die später unter den Deutschen zum jüdischen Ghetto wurde), hatte gute Gründe, trotz aller stalinistischen Auswüchse mit der Sowjetunion zu sympathisieren. Wie Isaac Deutscher in seinem Essay »Reste einer Rasse« feststellte, brachte erst die Oktoberrevolution den osteuropäischen Juden die Emanzipation, die die Juden in Westeuropa nach der Französischen Revolution erreichten. »Was der bürgerliche Liberalismus für die Juden in Westeuropa erreichte, konnte ihnen in Osteuropa erst der Bolschewismus bringen. Zugegeben, die Kommunisten erlaubten den Juden nicht, als Kapitalisten oder ›unproduktive Elemente‹ weiterzuleben, doch gewährten sie ihnen in jeder anderen Hinsicht die gleichen Rechte.«

Die Vorstellung von der rassischen Überlegenheit ist nicht nur reine Ideologie, sie kann auch die Welt verändern. Erst indem sie ihrer stärksten Rivalin, der jüdischen Mittelklasse, den Todesstoß gab, konnte die wenig entwickelte lettische Mittelschicht überhaupt in den Vordergrund treten. Isaac Deutscher schrieb nach dem Krieg: »Das Grab der jüdischen Mittelschicht wurde in Osteuropa zur Wiege einer neuen, nichtjüdischen Mittelschicht.« Die Letten brauchten nicht erst von den Nazis ermutigt zu werden, jüdische Wohnungen und Geschäfte zu übernehmen. Und viele von ihnen, die sich später in den berüchtigten Arajs-Todesbrigaden wiederfanden, stammten aus den alten Bruderschaften – einer Schlüsselinstitution der lettischen Mittelschicht. Isaac Deutscher: »Diese neuen ›Mittelschichten‹ litten zweifellos unter einem Schuldkomplex, und das machte sie um so reizbarer und brutaler.«

Es ist die gleiche wenig entwickelte lettische Mittelschicht, die heute in Lettland wieder die Macht übernommen hat. Sie ist noch immer genauso unsicher, unerfahren und chauvinistisch. Der lettische Ökonom Sergei Dimanis hat sie als »Lumpenbourgeoisie« bezeichnet. Ihr Präsident Anatolijs Gorbunovs besuchte 1991 eine Gedenkveranstaltung für die 85.000 lettischen Juden, die 1941 ermordet worden waren. Er gab zu, daß sich Letten an dem Massaker beteiligt hatten, doch gleich anschließend erzählte er dem Publikum, das zum größten Teil aus Überlebenden der Konzentrationslager und Ghettos bestand, die lettischen Juden seien selbst schuld gewesen, da sie 1940 den Einmarsch der Roten Armee begrüßt hätten. Er versprach bei einem Besuch ausländischer Würdenträger, die sich über ein Neuerstarken des Antisemitismus Sorgen machten, in Riga einen Platz nach einem Letten zu benennen, der während des Krieges Juden das Leben gerettet hatte. Doch dies ist bisher nicht geschehen. Er versprach, den Inhalt der neuen Schulbücher mit Lettlands Jüdischer Gemeinde abzustimmen – letztendlich wurden sie von einem nationalistischen Parlamentsabgeordneten geschrieben, und der Holocaust wurde mit einem einzigen Satz erwähnt: »Leider kamen sehr viele jüdische Frauen und Kinder ums Leben.«

Präsident Gorbanovs ist jedoch nicht der einzige Regierungsvertreter, der zu Befürchtungen Anlaß gibt. Valdis Pavlovskis, Lettlands stellvertretender Verteidigungsminister, leitete viele Jahre lang die »Baltic American Freedom League«, die »American Lativan Association« sowie die »Coalition for Constitutional Justice« und verteidigte Letten, die von der US-Justiz wegen ihrer Teilnahme an Nazi-Verbrechen verfolgt wurden. Ein Sprecher des US-Justizministeriums, Eli Rosenbaum, erklärte, die »Koalition für Gerechtigkeit« führe »einen heftigen Feldzug gegen unsere Bemühungen, Nazi-Kriegsverbrecher zu bestrafen«.

Mavriks Vulfsons, ein lettisch-jüdischer Politiker, der als einer der ersten für die Unabhängigkeit von der Sowjetunion eintrat, ist entsetzt, daß das Wort »Zid« als Bezeichnung für Juden in den letzten Jahren in Lettland ein Comeback erleben konnte, eine Bezeichnung, die in der sowjetischen Zeit als antisemitisch verboten war. Nun behaupten einige Letten, sie sei eigentlich ganz neutral und habe nur auf russisch, nicht aber auf lettisch einen antisemitischen Beigeschmack. Und da die nationalistischen Letten die lettische Sprache von allen russischen Elementen befreien wollen, kommt der Ausdruck zunehmend wieder in Gebrauch. Ein Überlebender des Rigaer Ghettos, der heute in New York lebt, sagt dazu: »Das Wort ›Zid‹ ist eine Beleidigung. So haben sie uns im Ghetto genannt. Kein Argument der Welt könnte seinen erneuten Gebrauch rechtfertigen.« Vulfsons, der kürzlich seinen Posten im Außenministerium verlor, äußerte öffentlich die Vermutung, man habe ihn nur deshalb entlassen, weil er Jude ist. Seine Forderung nach einer Untersuchung der Umstände seiner Entlassung wird ebenso ignoriert wie seine öffentliche Kritik an der Regierung.

Wenn Isaac Deutschers Behauptung zutrifft, die Emanzipation der osteuropäischen Juden sei erst durch die Sowjetunion möglich geworden, drängt sich die Frage auf, ob mit dem Widerruf der Oktoberrevolution auch diese Emanzipation zurückgenommen werden soll – wie damals in Deutschland, als die reaktionäre Heilige Allianz Napoleon besiegte. Die massenhafte jüdische Auswanderung aus allen Gebieten der früheren Sowjetunion (nach Angaben der jüdischen Parlamentsabgeordneten Tatjana Shdanok verließen in den letzten Jahren allein 15.000 Menschen jüdischer Abstammung Lettland) zeigt, daß viele Juden nicht bereit sind, abzuwarten, wie diese Frage entschieden wird.

Trotz der 19 Denkmäler im Land für die lettische Legion der Waffen-SS, trotz der beiden von SS-Veteranen aufgestellten Einheiten in der Zemesargi-Miliz reagiert die lettische Regierung mit Empörung, wenn man sie antisemitisch nennt. In einer Hinsicht hat sie damit sogar recht, denn als Hauptfeind gilt ihr zur Zeit der Russisch sprechende Teil der Bevölkerung. Arkadij Gurewitsch, Präsident der Vereinigung der Holocaust-Überlebenden in Lettland, bekam kürzlich an einer Bushaltestelle in Riga ein Flugblatt in die Hand gedrückt, in dem alle »russischen Kolonisten« aufgefordert wurden, Lettland zu verlassen. Gurewitsch glaubt, daß sich die radikalen lettischen Nationalisten in nächster Zukunft nicht auf die Juden konzentrieren werden, wie sie es während des 2. Weltkrieges taten, »sondern als erstes versuchen werden, die Russen aus dem Land zu treiben«.

Lettland ist nicht antisemitisch, sagt die lettische Regierung und verweist auf die neue jüdische Schule, auf die äußerst aktive jüdische Kulturgesellschaft und auf eine im lettischen Parlament verabschiedete Resolution, in der der Antisemitismus verurteilt wird. Außerdem habe Lettland als einer der ersten unabhängigen Staaten der früheren Sowjetunion Israel anerkannt. Präsident Gorbunovs: »Antisemitismus und ethnische Diskriminierung ... laufen unseren nationalen Traditionen zuwider.«

Die lettische Regierung konzen-triert ihren Zorn tatsächlich nichtauf die jüdische Bevölkerung; diese »Aufgabe« wurde von anderen schon während des Krieges erledigt. Ihre Aggressionen richten sich gegen russischsprechende Bürger, die auch sie »Kolonisten« nennt. Gunars Ozols, Ausbilder in der Zemesargi-Miliz, drückte es so aus: »Deutschland hat 8 Prozent Ausländer, Lettland 50 Prozent. Sie wissen, was 8 Prozent bedeuten, und wir wissen, was 50 Prozent bedeuten. Den Rest können Sie sich denken.«

Die alte Trennung zwischen den Letten als »Ariern« und den Juden und Slawen als »Untermenschen« ist zurückgekehrt, auch wenn diese Worte tabu sind. Die Auseinandersetzung findet zwischen Letten und Nichtletten statt und entzündete sich zuallererst an der Frage, ob die Staatsbürgerschaft durch Abstammung oder Mitgliedschaft in der Gesellschaft bestimmt werden soll. Die große Mehrheit der 1,2 Millionen russischsprechenden Letten befürwortete die Loslösung von der Sowjetunion, war jedoch schockiert, als ihr bald darauf klar wurde, daß die nationalistische Mehrheit im Parlament nicht bereit ist, sie zu Bürgern des Landes zu machen, in dem sie zu Hause sind. Ein Amerikaner lettischer Abstammung, der nie in seinem Leben in Lettland gewesen ist, kann in Lettland zur Wahl gehen und dort Eigentum besitzen, genießt also mehr Rechte als viele russischsprechende Menschen, die nach dem Krieg in Lettland geboren sind. Einige russischsprechende Einwohner, die aus dem Urlaub nach Lettland zurückkamen, wurden sogar schon gezwungen, den Gegenwert von vier Monatseinkommen (etwa 35 Mark) für ein Visum zu bezahlen, um überhaupt in ihr Heimatland zurückkehren zu dürfen.

Obgleich die Lettisch sprechenden Letten heute knapp die Mehrheit der 2,8 Millionen Einwohner Lettlands bilden, beträgt ihr Bevölkerungsanteil in Riga nur 32 Prozent. Dies liegt zum Teil daran, daß Lettland nach dem Krieg ziemlich entvölkert war. Etwa 200.000 Letten, viele von ihnen Einwohner Rigas, flohen 1944 mit den Nazis, weitere 200.000 starben entweder

als Opfer des Naziterrors oder im Kampf. Im Zuge der Industrialisierung Rigas in der Zeit nach dem Krieg wurden Immigranten aus der gesamten Sowjetunion geworben, um die neuen Fabriken zu betreiben und zu leiten.

Es ist eher unwahrscheinlich, daß das lettische Parlament noch vor der nächsten Wahl ein Gesetz verabschieden wird, das regelt, welche Hürden die seit 1940 ins Land gekommenen Immigranten und ihre Nachkommen nehmen müssen, um die lettische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Ein Entwurf, der von vielen Abgeordneten schon heute als zu liberal erachtet wird, sieht vor, daß sie einen lettischen Sprachtest bestehen und mindestens 16 Jahre lang in Lettland gelebt haben müssen. Außerdem ist darin vorgesehen, daß Alkoholikern, Menschen, die »Klassenideologien« propagieren oder früher Ämter in kommunistischen Organisationen bekleideten, die Staatsbürgerschaft verweigert werden soll. Wer aus einer Familie stammt, die schon vor 1940 in Lettland lebte, soll die Staatsbürgerrechte automatisch bekommen.

Das nationalistisch dominierte Parlament wird wahrscheinlich durch Untätigkeit tätig werden. Kein Gesetz zu verabschieden, bedeutet, daß alle, die nach 1940 nach Lettland kamen, aber auch deren Nachkommen, nicht wählen dürfen, zumindest nicht bei der nächsten Wahl. In der offiziellen Regierungszeitung wurde Präsident Anatolij Gorbunovs mit dem Ausspruch zitiert, seine Regierung sehe Südafrika als Vorbild für die Lösung der »ethnischen Frage«.

Im nationalistisch dominierten Parlament gilt Gorbunovs noch als gemäßigt. Der rechte Flügel hat für die Lösung ethnischer Probleme ganz andere Vorbilder als Südafrika. Und sein bewaffneter Arm ist die Aizsargi-Miliz – die gleiche Organisation, die die lettische Demokratie stürzen half und 1941 Pogrome organisierte. Ihre Mitglieder benutzen die gleichen Uniformen und verstehen sich als legale Nachfolgeorganisation der historischen Aizsargi-Miliz,führen also ganz bewußt eine Tradition weiter, die für ein rein lettisches Lettland kämpft, wenn auch diesmal unter dem Slogan: »Lettland nur für lettische Bürger.« Die Aizsargi-Miliz ist der bewaffnete Flügel des extrem rechtsgerichteten Lettischen Bürgerkomitees. Ihr Chef, Janis Riba, der die Stärke seiner Truppe selbst mit 15.000 angibt, bereitet sich auf einen bewaffneten Konflikt vor, den er selbst nicht als Bürgerkrieg versteht: »Wir bereiten uns auf einen Krieg vor zwischen lettischen Bürgern und sowjetischen Kolonisten.«

Das Programm der Aizsargi-Miliz und des Bürgerkomitees besteht darin, der russischsprechenden Bevölkerung das Leben so schwer zu machen, daß sie freiwillig verschwindet. »Unser Ziel ist, daß die Kolonisten nach Lateinamerika gehen und dort ein glückliches neues Leben beginnen. Und wenn sie dort nicht hin wollen, dann sollen sie ins Land ihrer Väter zurück. Schließlich gibt es dort mindestens 3.000 verlassene Dörfer. Ganze Landstriche Rußlands sind leer wie nach einer großen Pest«, sagt Visvaldis Brinkmanis, der Sprecher des Bürgerkomitees und Veteran der Waffen-SS. Das Bürgerkomitee hat seine internationalen Beziehungen: Letztes Jahr schickte es Freiwillige nach Kroatien, und Brinkmanis sprach auf mehreren Konferenzen, die von Lyndon LaRouches Schiller-Institut und Otto von Habsburgs Pan-Europa-Union organisiert worden waren.

Für den Fall, daß es nicht gelingt, die »Kolonisten« aus dem Land zu vergraulen, werden andere Möglichkeiten vorbereitet. Im Februar 1992 rief das Bürgerkomitee die Aizsargi-Miliz auf, sich mit Waffen zu versorgen. Beim Training für den Partisanenkrieg hat sie in den Wäldern Lettlands alte Waffenverstecke mit rostigen deutschen Waffen aus dem 2. Weltkrieg ausgehoben. Das Ziel des Bürgerkomitees, den Menschen, die nach 1940 nach Lettland immigrierten, das Wahlrecht und das Recht auf Eigentum zu verweigern und sie notfalls auch mit Gewalt aus dem Land zu vertreiben, hat in der Lettisch sprechenden Bevölkerung eine erschreckend breite Basis gewonnen.

Im heutigen antikommunistischen Lettland kann niemand behaupten, antisowjetischer eingestellt zu sein als ein SS-Veteran. Und in einem »Lettland nur für Letten« kann niemand behaupten, mehr Erfahrungen mit ethnischen Säuberungen zu haben als ein SS-Veteran. Es gibt keine demokratische Tradition in Lettland, und so konnte nach dem Niedergang der Sowjetunion die gleiche Schicht, die 1919 die deutschen Freikorps benutzte, um an die Macht zu kommen, die 1934 Ulmanis' Staatsstreich unterstützte und während des 2. Weltkriegs mit Hilfe der Nazis ihre jüdischen Rivalen aus dem Weg räumte, abermals an die Macht gelangen. Sie ist desorientiert und für die Aufgabe, eine bürgerliche herrschende Klasse aufzubauen, ungenügend vorbereitet. Aber sie kennt ihre Traditionen, und sie weiß, wer ihre Helden sind. Und jene Traditionen und Helden sagen ihr, daß die »Russisch Sprechenden« gehen müssen. Der Niedergang der sowjetischen Herrschaft in Lettland hat eine neue Epoche eingeläutet. Isaac Deutschers Warnung aus dem Jahre 1946 erweist sich als gerechtfertigt: »Wehe Osteuropa, wenn diese Meute sozialer Hyänen zur herrschenden Klasse wird! Die dunklen Aspekte des jetzigen, russisch kontrollierten Regimes würden verblassen angesichts der Schrecken, die diese Klasse in petto führt, und zwar nicht so sehr für die Juden (die ohnehin nur noch wenig zu verlieren haben), sondern für die Völker Osteuropas.«

Als die SS-Veteranen im Sommer 1992 Schlange standen, um sich in voller Montur – stolz auf sich selbst und auf ihre Taten – von westlichen Journalisten fotografieren zu lassen, waren sie nicht leichtsinnig. Sie stehen auf der Seite der Sieger.

John Goetz ist freier Journalist und lebt in Berlin

Konkret 03/93, S. 32

Jürgen Elsässer

Einmal Preßburg und zurück

Der Zerfall der Tschechoslowakei setzt Wiedergänger der besonders scheußlichen Art frei: Hitlers 5. Kolonnen, der slowakische Nationalismus und die Sudetendeutschen, melden sich aus dem Gruselkabinett der Weltgeschichte zurück

»Auf dem Kongreß der Christlich-Demokratischen Partei erklärte der Parteivorsitzende Benda, daß die Tschechische Republik nach einer Teilung der Tschechoslowakei in zwei selbständige Staaten zu einem bloßen Satelliten Deutschlands herabsinken und in der Slowakei eine ›balkanische Situation‹ entstehen würde.«
»Hospodárské Noviny«, 3.2.1992

Mit der Tschechoslowakei ist der letzte Staat in Mittel- und Osteuropa untergegangen, dessen Raison d' être nicht in völkischen Halluzinationen gründete. Eduard Benesch, einer der Staatsgründer und langjährigen Präsidenten, leitete die Notwendigkeit der Gründung der CSR nach dem 1. Weltkrieg aus rein politischen Erwägungen ab: Zur Verhinderung einer deutschen Hegemonie in Europa müsse dessen treuer Verbündeter Österreich-Ungarn zerschlagen und ein Sperrgürtel anti-deutscher Staaten, die »Kleine Entente«, aufgebaut werden. Damit zog er sich später den Zorn der Nazis zu: »Benesch, ein raffinierter und verlogener, aber fanatischer Deutschenhasser, der immer gegen uns stand und am liebsten die ganze Welt gegen uns mobil machen möchte«, vermerkte Goebbels im Sommer 1938 in seinem Tagebuch. Wenige Wochen später besiegelte das »Münchner Abkommen« das Ende der Benesch-Republik.

55 Jahre später ist es kein deutscher Nationalist, der den Ton bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei angibt, sondern ein slowakischer: Vladimir Meciar, Gründer und charismatischer Chef der »Bewegung für eine demokratische Slowakei« (HZDS), die bei den Wahlen im Sommer 1992 mit 37 Prozent der Stimmen stärkste Partei in Bratislava geworden war. Daß Meciar bei einigen Kommentatoren als Linkspopulist gilt, mag mit dem Umstand zusammenhängen, daß er mit Seilschaften des »alten« Geheimdienstes kooperierte und sich von dort zwecks Einschüchterung seiner Konkurrenten und Gegner einige Akten ausborgte. Ob er sich bei den angekündigten staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft eher von Breschnew als von Göring leiten lassen wird, ist offen. Er selbst gibt jedenfalls an, ein Verehrer von Franz Josef Strauß zu sein, und tatsächlich arbeitet er, ganz wie sein Vorbild, engagiert für die Interessen der im Lande dominanten staatlichen Rüstungsindustrie.

Ein »Satellit par excellence«

Für die Separation der Slowakei gaben Meciar und seine Gefolgsleute zwei Gründe an: einen ökonomischen und einen völkischen. Zum einen stürze der rücksichtslose marktwirtschaftliche Kurs der Prager Regierung um Vaclav Klaus die strukturell benachteiligte Slowakei ins Elend, schon jetzt habe man mit 10 Prozent Arbeitslosen die vierfache Quote des tschechischen Landesteils. Dabei wurde ignoriert, daß sämtliche Prognosen der verselbständigten Slowakei eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Talfahrt voraussagen. Im Gegensatz dazu hätte sich im Rahmen der CSFR durchaus eine Milderung der Prager Kahlschlagmodernisierung erreichen lassen, wenn sich die slowakischen Parteien im Bundesparlament mit der linken Opposition gegen Vaclav Klaus verbündet hätten – Sozialdemokraten und Kommunisten bringen es in Böhmen und Mähren immerhin auf gut 25 Prozent der Stimmen. Vladimir Meciar hat jedoch das Bündnis mit der rechtsextremen Slowakischen Nationalpartei (SNS) der Zusammenarbeit mit der tschechischen Linken vorgezogen und damit nicht nur den Separationsprozeß in Gang gesetzt, sondern auch einem Partner Reputation verliehen, der Schlimmes erwarten läßt.

Die SNS nämlich ist die parlamentarische Verkörperung des zweiten, des völkischen, Sezessionsmotivs. Bei den Wahlen 1990 erhielt sie 14 Prozent der Stimmen, wovon ein Teil nach Gründung der jetzigen Regierungspartei HZDS auf diese überging. Sie pöbelte gegen den »Tschechoslowakismus« und warf der Prager Regierung vor, seit der Staatsgründung 1918 das »slowakische Volk« unterdrückt zu haben. Was aber ist das slowakische Volk? Bei der Suche nach dieser Chimäre werden die Nationalisten nur fündig, wo sie auf den materiellen Niederschlag dieser flüchtigen Substanz verweisen können, den slowakischen Staat. Daß es diesen nur in einer faschistischen Version gab, nämlich in den Jahren 1939 bis 1945 an der Seite Nazi-Deutschlands, stört sie dabei wenig. So hat die »neue« Slowakei bedenkenlos das Staatswappen ihres historischen Vorgängers übernommen.

In den letzten beiden Jahren war Bratislava am 14. März, dem Gründungstag der Nazi-Slowakei, Schauplatz tausendköpfiger Demonstrationen. Die mit 200.000 Mitgliedern größte außerparlamentarische Bundesgenossin der SNS, die Kulturorganisation »Matica slovenska«, kann für ihr Geschichtsbild in fast allen slowakischen Haushalten werben. Nach Meinung ihres Vorsitzenden Jozef Markus war die slowakische SA, die Hlinka-Garde, lediglich ein besonders disziplinierter Verband, der als Volksmiliz während des 2. Weltkrieges für Ordnung sorgte. Die »Übergriffe« in jener Zeit

seien Sache einzelner Personen gewesen. Die »Partei der Slowakischen Einheit«, ein weiterer außerparlamentarischer Stoßtrupp, geht noch einen Schritt weiter und leugnet gleich generell die Judenvernichtung.

Die Wahrheit über den ersten slowakischen Staat, die im zweiten so unpopulär ist, sieht so aus: Nach der Annektion des Sudetenlandes im Oktober 1938 bereitete Hitler die Zerschlagung der »Rest-Tschechei« vor und ermunterte die Bildung einer »auto-nomen« slowakischen Regierung in Preß-burg. Im März 1939 marschierte die Wehrmacht in Prag ein und proklamierte das »Protektorat Böhmen und Mähren«, gleichzeitig erklärte sich die Slowakei zum selbständigen Staat. In Wirklichkeit war sie nichts anderes als ein deutscher »Satellit par excellence« (Raul Hilberg). Bereits zehn Tage nach ihrer Unabhängigkeit wurde das erste KZ bei Ilava eröffnet, im März 1942 begannen die Razzien und die Deportationen der Juden in die Vernichtungslager, durchgeführt »größtenteils von Männern der Hlinka-Truppe« (Hilberg). Von den 88.000 slowakischen Juden wurden 70.000 abtransportiert, 65.000 kehrten nicht zurück. Für diese Verbrechen ist der Präsident des Marionettenstaates, Josef Tiso, 1947 gehenkt worden – noch vor der stalinistischen Gleichschaltung des Landes.

Wo die Schandtaten der Vergangenheit so gründlich geleugnet werden, darf man sich nicht wundern, wenn einige das als Freibrief für ihre Wiederholung verstehen. Für Antisemitismus gibt es in der Slowakei längst einen guten Markt: Die Zeitung »Novy Slovak«, Nachfolgerin eines im Tiso-Faschismus populären Blattes, sensibilisiert täglich 5.000 Leser für das »jüdische Problem« und den »Pragozentrismus«. Die Wochenzeitung »Zmena«, mit einer Auflage von 100.000 eine der größten in dem 5-Millionen-Staat, hat sich auf Vaclav Havel eingeschossen und porträtiert ihn regelmäßig als einen der Köpfe einer anti-slowakischen Verschwörerclique von Freimaurern und Juden. Der Herausgeber der Zeitung, der Verlag Agres Press, machte sich darüber hinaus einen Namen durch den Nachdruck der »Protokolle der Weisen von Zion«. Als ein Prager Ableger der Agres Press, die Zeitung »Politika«, Auszüge daraus druckte, wurde ein Verfahren gegen sie eingeleitet – und bald darauf wieder eingestellt; ein Sachverständigengutachten hatte »bewiesen«, daß das Machwerk gar nicht antisemitisch sei. Die Redakteure der »Politika« verstanden den Wink der Justiz und veröffentlichten im November 1992 eine Schwarze Liste von 168 »Juden und Halbjuden«, die im Prager Kulturleben Einfluß hätten – und zogen sich, nachdem die Fährte gelegt war und der öffentliche Druck zunahm, geschickt zurück: die Zeitung wurde eingestellt, »vorläufig«, wie es heißt. In Bratislava aber war noch nicht einmal das nötig, alle genannten Publikationen erscheinen dort weiterhin. Unter staatlichen Pressionen hat nicht das Hetzblatt »Zmena«, sondern nur die einzige oppositionelle Tageszeitung »Smena« zu leiden: Ihre Chefredaktion wurde von der slowakischen Regierung Ende Dezember kurzerhand ausgewechselt.

Die größte Minderheit in der neuen Slowakei sind die 600.000 Menschen, die sich als Ungarn bezeichnen. Auch sie fühlen sich bedroht: Daß in der neuen Verfassung das »slowakische Volk« als Souverän des neuen Staates definiert wird (und nicht, wie vorgesehen, »die Bürger der Slowakischen Republik«), macht ihnen ebenso Angst wie die Abschaffung des Ungarischen als zweite Amtssprache in den hauptsächlich von ihnen besiedelten Gebieten. Außerdem liest sich die in der Verfassung enthaltene Warnung, die Minderheiten dürften sich keine »Diskriminierung anderer Bürger« zuschulden kommen lassen, wie die Ankündigung einer Kriminalisierung »inländerfeindlicher« oder bloß kosmopolitischer Äußerungen. Gefahr droht aber auch von der Budapester Regierung, die sich als Schutzmacht »ihrer Volksgruppe« aufspielt und sich die »magyarischen« Teile der Slowakei gerne einverleiben möchte (s. KONKRET 1/93). Logisch, daß die so von zwei Seiten unter Druck geratene ungarische Minderheit zu den entschiedensten Verfechtern der tschechoslowakischen Einheit gehörte.

Das Comeback der Gruftis

Die einzige Bevölkerungsgruppe, deren Situation sich mit Gründung der Slowakei verbessert, ist die der 5.000 Gruftis der »Karpatendeutschen«. Im August 1992 fand zum ersten Mal nach 1945 der Karpatendeutsche Tag wieder in Bratislava statt – vorher hatte man den Mummenschanz in Karlsruhe und Stuttgart aufgeführt. Die slowakische Regierung hatte hohe Repräsentanten entsandt und versprochen, durch großzügige Maßnahmen zur Reanimation des verwesenden Volkskörpers beizutragen. Schon zuvor hatte sich das Parlament für die nach 1945 vorgenommenen Umsiedlungen entschuldigt. Vize-Ministerpräsident Knazko sülzte: »Wir sind uns bewußt, daß durch die Vertreibung die Slowakei jene ethnische Gruppe verlor, die einen Bestandteil des gemeinsamen Zivilisationsbemühens bildete.« Das kann man wohl sagen: Im Jahre 1940 war die überwiegende Mehrheit dieser »ethnischen Gruppe« Mitglied der offen nationalsozialistischen Deutschen Partei. Ihre »Zivilisationsbemühungen« äußerten sich darin, daß sich, prozentual gesehen, bei den Karpatendeutschen mehr Freiwillige als irgendwo sonst zur Waffen-SS meldeten.

Mit der Vorzugsbehandlung der Karpatendeutschen ist die Wiederbelebung der historischen Partnerschaft aber noch längst nicht abgeschlossen, denn auch die Sudetendeutschen wollen endlich eine Belohnung für ihren aufopferungsvollen Einsatz als Hitlers 5. Kolonne. Für diese »völkerverbindende Aufgabe« (CSU) hat sich eine Achse München-Bratislava herausgebildet: Im Juni 1992 berichtete die linker Tendenzen unverdächtige »Wirtschaftswoche«, die CSU-nahe »Hanns-Seidel-Stiftung« habe sich im CSFR-Wahlkampf »massiv« für die sezessionistische HZDS engagiert und so »wesentlichen Anteil« am Wahlsieg Meciars gehabt. Die Spaltung der CSFR, so das Blatt weiter, werde von der CSU betrieben, »um Positionen und Ansprüche der Sudetendeutschen gegenüber Prag zu stärken. Diese spielen seit 1945 in Bayern eine

erhebliche Rolle, weil sie zu den treuesten CSU-Wählern zählen.« Obwohl die CSU umgehend dementierte, gab es im folgenden weitere Indizien, die diese These stützten. So verkündete Meciar nach einem Treffen mit Bayerns Ministerpräsident Streibl, die Slowakei werde den deutsch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrag kündigen und ein neues Abkommen schließen, das die sudetendeutschen Ansprüche umfassend berücksichtige. Mit der Ernennung des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, zum Chef der halbstaatlichen »Bayrischen Landesbank« signalisiert die CSU, daß sie das Ende der CSFR zu einer neuen revanchistischen Offensive nutzen und dazu auch die Möglichkeiten der ökonomischen Subversion ausschöpfen will. Neubauers Landsmannschaft hat jedenfalls rechtzeitig angekündigt, wozu sie die finanziellen Möglichkeiten der Bank, einem der größten ausländischen Finanzinstitute in Prag, einsetzen könnte: »Die Tschechoslowakei wird Anfang 1993 endgültig in zwei selbständige Staaten zerfallen. Dies ist das Ende des das Selbstbestimmungsrecht verachtenden Tschechoslowakismus. Die Slowaken haben ihre Freiheit wiedererrungen, und die Sudetendeutsche Frage bleibt politisch, historisch und völkerrechtlich offen. Die Sudetendeutschen sind mehr denn je gefordert, ihr auf den Menschenrechten basierendes Heimat- und Selbstbestimmungsrecht unmißverständlich einzufordern.«

Mit dem »unmißverständlichen Einfordern« ist vor allem eine »Nachbesserung« des deutsch-tschechoslowakischen Vertrages gemeint. Erst vor wenigen Monaten ratifiziert, lädt der vor allem an zwei Punkten dazu ein: Zum einen läßt er die finanzielle Entschädigung der 1945/46 umgesiedelten »Volksdeutschen« offen (eine Entschädigung der tschechoslowakischen Bürger, deren Angehörige in Lidice und anderswo von den Deutschen ermordet worden waren oder deren Eigentum arisiert wurde, ist nie Gegenstand der Verhandlungen gewesen). Die bayrische Staatsregierung hat ein Gutachten anfertigen lassen, das nicht nur die »Vertreibung« insgesamt, sondern auch – ein origineller Einfall – die Enteignungen als »Völkermord« bezeichnet. Die von den Sudetendeutschen geforderte Entschädigungssumme beläuft sich auf 130 Mrd. DM – ihre Auszahlung wäre das Ende der Tschechischen Republik, weshalb selbst die pro-deutsche Regierungspartei von Vaclav Klaus das Ansinnen scharf zurückwies. Wenn die BRD allerdings die Aufnahme der Tschechischen Republik in die EG oder die Gewährung von Krediten von seiner Erfüllung abhängig machen würde, könnte Prag doch noch zum Nachgeben gezwungen sein. Diese offene Erpressung ist als Maßnahme der Bundesregierung allerdings so lange unwahrscheinlich, wie die deutsche Wirtschaft mit der rein ökonomischen Durchdringung der Tschechischen Republik so gut vorankommt: 96 Prozent des Kapitals, das 1991 in die CSFR geflossen ist, kam aus der BRD. Großkonzerne wie Mercedes, VW und Siemens haben sich bereits eingekauft, weil der durchschnittliche tschechische Stundenlohn mit 0,62 Dollar sogar noch unter dem Niveau der klassischen asiatischen Billiglohnländer liegt – von den ostdeutschen Löhnen ganz zu schweigen.

Für den Fall eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs aber lädt der deutsch-tschechoslowakische Vertrag – und dies ist seine zweite Schwachstelle – die »sudetendeutsche Minderheit« zur Imitation der Jahre 1936 – 38 ein. Indem er das Münchner Abkommen von 1938 nicht für »von Anfang an null und nichtig« erklärt, ermöglicht er die revanchistische Interpretation, wonach die damals vereinbarte Gebietsabtretung an das Deutsche Reich rechtens gewesen sei, da sie nur das legitime »Selbstbestimmungsrecht« der Sudetendeutschen ausgedrückt habe. Eine erneute Anwendung der »Münchner« Methode scheiterte bislang daran, daß die Landsmannschaften zwar in Bayern das Maul aufreißen konnten, sich aber in der CSSR/CSFR keine »deutsche Minderheit« ihre Forderungen zu eigen machte. Der 1969 in Prag gegründete »Verband der Deutschen – Kulturverband« betrieb mit einer Mischung aus Friedrich Schiller und Egerländer Marschmusik zwar eine kreuzbrave Volkstumspolitik, hatte aus sudetendeutscher Sicht allerdings den unverzeihlichen Nachteil, daß er loyal zur Tschechoslowakei stand. Folglich gab es in den letzten Jahren immer wieder Versuche, ihn kaputtzumachen.

Mit dem Zerfall der CSFR könnte nun der Durchbruch gekommen sein: Auf Initiative der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde im Herbst 1992 innerhalb weniger Wochen eine »Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien« zusammengetrommelt. Der Spalterverein hat zwar in den meisten Dörfern kaum ein Zehntel der 7.000 Mitglieder des alteingesessenen Verbandes, dafür aber eine Menge Kapital, das ihm gestattet, überall Propagandatreffs, euphemistisch »Begegnungszentren« genannt, mit verschwenderischer Infrastruktur einzurichten. Ein Clou war die Abwerbung des bisherigen Vorsitzenden des »Kulturverbandes«, der jetzt mit doppeltem Gehalt eines dieser Zentren leitet. Zwei deutsche Zeitungen in Prag und ein Radiosender im »Egerland« trommeln für den neuen Verein, der sich als innen- wie außenpolitische Vertretung der Sudetendeutschen aufspielt, kurz: als Völkerrechtssubjekt in spe. Auch bei den nächsten Wahlen will man mit von der Partie sein: Im November wurde in Pl/zen die »Demokratische Partei Sudetenland« gegründet, die sich publicityträchtig SDP abkürzt, genau wie ihr historischer Vorläufer, die »Sudetendeutsche Partei« des Hitler-Statthalters Konrad Henlein. Landsmannschafts-Chef Neubauer hatte sich schon vorher gebrüstet: »Ich habe in Deutschland zwanzig Wahlkämpfe absolviert, warum sollte ich nicht den 21. in der Tschechoslowakei führen?«

Ob diese Gespenstertruppe ähnlichen Unfrieden stiften kann wie in den 30er Jahren, ist allerdings zweifelhaft. Die auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Umsiedlung war so erfolgreich, daß heute nur noch 60.000 tschechische Bürger Sudetendeutsche sein wollen – damals waren es 3,3 Millionen gewesen. Kein Wunder also, daß die englische und amerikanische Regierung die Potsdamer Maßnahme bis heute verteidigen – ganz im Gegensatz zu den nützlichen Idioten des Revanchismus wie Vaclav Havel oder Peter Glotz.

Viel wird für die Zukunft davon abhängen, ob die volksdeutsche Subversion andere Widersprüche in der neuen Republik für sich nutzen kann. Möglichkeiten dazu gibt es, denn das Ende des recht vernünftigen »Tschechoslowakismus« hat nicht nur in Bratislava, sondern auch in Prag Tendenzen zu völkischem Irrationalismus freigesetzt. Im Windschatten der offiziellen Politik, die auf die Suche nach den Gründervätern der »tschechischen Nation« gegangen ist und bei diesen nekrophilen Anstrengungen wechselweise die Leichen der böhmischen Könige oder der Hussitenaufstände zutage fördert, gedeiht der Neofaschismus. Die »Republikanische Partei« zog im Sommer letzten Jahres mit 600.000 Stimmen und 6,5 Prozent ins Parlament ein – zwei Jahre zuvor hatten sich nur 40.000 Wähler für sie entschieden. Sie kündigt in ihrem Parteiprogramm an, »das Zigeuner-Problem durch Rücksiedlung zu lösen«. Mit dieser Scharfmacherei ist sie der Regierung nur ein wenig voraus: Zur Abwehr von Flüchtlingen will Prag an der Ostgrenze einen neuen »Eisernen Vorhang« herunterlassen, was Streit mit der Slowakei provozieren wird. Mehrere nordböhmische Städte haben schon Sondergesetze erlassen, um die Abschiebung von Sinti und Roma auch auf kommunaler Ebene zu ermöglichen. Der Mob legt dabei, wie in der BRD, mit Hand an: 1991 sollen zwölf, 1992 zehn Roma ermordet worden sein.

Schon die Durchführung des Bonner »Asylkompromisses«, demzufolge die BRD im April mehrere zehntausend Flüchtlinge über die Grenze Richtung Prag abschieben will, könnte zu einer ernsten Bewährungsprobe für die tschechische Demokratie werden. Denn es gibt in der CR weder geeignete Auffanglager noch eine rechtsstaatlich organisierte Justiz, weil die Mehrzahl der Richter den antikommunistischen Gesinnungs-TÜV nicht überstanden oder lukrativere Angebote der Privatwirtschaft angenommen hat. Die von der BRD Ausgewiesenen werden durch Nordböhmen kommen, also durch genau die Region, in der schon heute Sinti und Roma massiv bedroht – und die Sudetendeutschen am Wühlen sind. Das ist der Stoff, aus dem die Pogrome wachsen – die »brüderliche Hilfe« der Völkerrechtsspezialisten aus dem Norden wird dann nicht lange auf sich warten lassen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 1/93 über den Aufmarsch der Faschisten in Ungarn

Konkret 03/93, S. 35

Reimar Paul

»Es trifft zu«

Der rechtsradikale Historiker Alfred Schickel ist mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeicnet worden

»Es trifft zu, daß Dr. Alfred Schickel das Verdienstkreuz am Bande desVerdienstordens der Bundesrepublik Deutschland auf Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten erhalten hat.« Nur beim ersten von insgesamt sechs Unterpunkten einer Kleinen Anfrage der Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste bezog Horst Waffenschmidt, Vertriebenen-Lobbyist, Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern (BMI), am 11. Januar 1993 präzise Stellung. Zu allen anderen Fragen über die Hintergründe der Ehrung Schickels verweigerte der CDU-Mann Waffenschmidt mehr oder weniger explizit die Antwort. Teils verwies er auf länger zurückliegende Stellungnahmen der Bundesregierung. Teils verschanzte er sich hinter Formalia: »... nach Ziffer VIII der Ausführungsbestimmungen zum Statut der Bundesrepublik Deutschland in der Neufassung der Bekanntmachung vom 5. September 1983 (GMBl. S. 389) sind alle Ordensvorgänge vertraulich. Angaben zur Begründung der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes bzw. über Leistungen und Verdienste des Ausgezeichneten im einzelnen kann die Bundesregierung daher nicht machen.« Teils log er: »Es liegt kein Überblick über die schriftstellerischen Arbeiten Dr. Schickels vor.«

Tatsächlich läßt sich ein zumindest grober Überblick über das publizistische Schaffen und Wirken und damit auch über die »Leistungen und Verdienste« des Ausgezeichneten relativ leicht verschaffen. Einige Blicke in die letzten Jahrgänge der mehrheitlich auch vom BMI im Abonnement bezogenen einschlägigen rechtsradikalen Zeitungen hätten da genügt.

So vermerkte die rechtsextremistische »Nation Europa« bereits im Mai 1980 wohlwollend, daß sich Schickel in der gleichfalls neofaschistischen Vierteljahresschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« (1/1980) mit »dem ungeklärten Ausmaß der jüdischen Opfer« während der nationalsozialistischen Herrschaft beschäftigt und unter anderem geschrieben hatte: »... Ihre Zahl (die der Opfer; R.P.) scheint freilich genauso umstritten wie das Bemühen, sich über ihre exakte Höhe Klarheit zu verschaffen. Allzu schnell gerät nämlich der Rechercheur – zumal der deutsche – in Verdacht, mit Nachrechnungen moralische Schuld quantifizieren oder gar relativieren zu wollen ... Bekanntlich rafften Epidemien und Seuchen viele Tausende von Häftlingen dahin und kamen auch ungezählte Menschen bei den Luftangriffen der Alliierten auf die ausgedehnten Industrieanlagen von Auschwitz ums Leben ... Daß bei diesen Bombardements auch viele in diesen Industriebetrieben beschäftigte Häftlinge den Tod gefunden haben dürften, liegt angesichts der kaum nennenswerten Luftschutzeinrichtungen im Konzentrationslager Auschwitz auf der Hand ... Angesichts dieser ungeklärten Fragen und weiterer statistischer Unsicherheiten – etwa bei der Frage nach der Zahl der jüdischen Emigranten während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – geriet die aus den späten vierziger Jahren überlieferte Zahl von 6 Millionen ermordeter Juden immer mehr in Zweifel und wird heute in der zeitgeschichtlichen Wissenschaft nicht mehr ernsthaft vertreten.«

Für diese Art »zeitgeschichtlicher Wissenschaft« steht die 1981 gegründete »Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt« (ZFI), ein geschichts-revisionistischer Think-Tank, als dessen Leiter Alfred Schickel fungiert. Die ZFI leistete in den vergangenen Jahren publizistische Pionierarbeit bei der Entschuldung des deutschen Faschismus, wobei Schickel und einige seiner Mitstreiter ihre Ansichten und Thesen ebenso in rechtsradikalen Theorieblättern wie in den Kampf-Organen der Vertriebenenpresse ausbreiten konnten.

In ihrem Sonderheft »Burschenschafter und Nationale Identität« hielt die Burschenschaftliche Gemeinschaft 1984 über die teilweise Rehabilitierung des Hitler-Faschismus und die Leugnung seiner Opfer durch Alfred Schickel fest: »Aus der bisherigen Arbeit der Forschungsstelle (gemeint ist die ZFI; R.P.) ist hervorzuheben ein ›Gutachten zur Behandlung und zu den Verlusten sowjetischer Kriegsgefangener in deutscher Hand von 1941 bis 1945‹ und eine Veröffentlichung ›Zur Sinti-Frage: Merkwürdige Übertreibungen in der deutschen Zeitgeschichte‹. Zu beiden Themen wurden durch Presse und Fernsehen falsche, maßlos übertriebene Horrorzahlen angeblicher Opfer verbreitet, denen die Forschungsstelle durch sachliche Forschungsergebnisse entgegengetreten ist.«

Die »Sudetendeutsche Zeitung« bemerkte am 14. Juni 1991 in einem Beitrag anläßlich des zehnjährigen Bestehens der ZFI, die Forschungsstelle habe die »Historiographie aus dem Ghetto der Siegergeschichtsschreibung« herausgeführt. Ihr Leiter Schickel sei dabei »von der Überzeugung durchdrungen, daß alles getan werden müßte, unsere deutsche zeitgeschichtliche Forschung zu abwägender Vernunft, Objektivität, Leidenschaftslosigkeit, pluralistischer Betrachtungsweise und anderen traditionellen Richtlinien historischer Arbeit zurückzuführen«. Seien doch, so jedenfalls die »Sudetendeutsche Zeitung«, auf dem Gebiet der neueren Geschichtsschreibung »entscheidende Leistungen« bis dato nicht von deutschen Fachhistorikern erarbeitet worden, sondern »von Ausländern wie David Irving«. Konkrete Verdienste habe die ZFI sich unter anderem durch die Widerlegung eines ›Nürnberger Urteils‹ »als krassen Justizirrtum«, das Aufdecken »bislang übersehener Zusammenhänge« bei der Erforschung der Kriegsursachen und die Beschäftigung »mit der Authentizität des sogenannten Wannsee-Protokolls« erworben. Darüber hinaus hätten die Forschungen der ZFI ergeben,

»daß Pearl Harbour ein provozierter und überdies im Weißen Haus erwarteter Schlag der Japaner war, um in den Zweiten Weltkrieg eintreten zu können, ... daß der Goebbelsschen Propaganda eine nicht minder gekonnte psychologische Kriegsführung der Alliierten gegenüberstand, ... daß es zwischen den zwei Weltkriegen nicht nur zwei politische Seuchen in Europa gegeben habe, sondern jenseits des Bugs eine Ideologie sich zum Angriff auf Mitteleuropa vorbereitet hatte und lediglich durch einen Präventivschlag vom ersten Schuß abgehalten wurde, ... daß die noch teilweise geheimgehaltenen Papiere um Rudolf Heß und Tyler Kent die endgültige und genaue Kriegsverantwortung für den Zweiten Weltkrieg vorläufig nicht feststellen lassen.«

Alfred Schickel war oder ist als Autor für eine ganze Reihe rechts-extremistischer und völkischer Zeitschriften wie »Mut«, »Criticon« oder »Der Schlesier« tätig. Das zuletzt genannte Blatt z. B. veröffentlichte am 7. Juni 1985 eine von Schickel gezeichnete Besprechung des von Gerhard Frey herausgegebenen Buches »Prominente ohne Maske«. In Freys »National-Zeitung« vom 1. November 1985 wiederum wurde mit dieser Kritik für das Buch geworben. 1991 schrieb Schickel für »Europa vorn«; seit 1992 ist er Mitarbeiter der rechtsradikalen Zeitschrift »Junge Freiheit«, die im übrigen die Verdienstkreuzverleihung überhaupt erst publik machte.

Als Geschichtsklitterer und Stichwortgeber für neofaschistische Propaganda machte und macht sich Schickel jedoch nicht nur in seinen schriftlichen Beiträgen einen guten Namen in rechtsradikalen Kreisen. Nach Recherchen des Büros der PDS/Linke Liste-Abgeordneten Ulla Jelpke engagieren zahlreiche rechtsradikale Organisationen den ZFI-Chef auch als Redner. So referierte Schickel unter anderem 1985 beim neofaschistischen Arbeitskreis Südwest über »Die Vertreibung in der deutschen Innenpolitik seit 1945« und 1988 beim ultra-rechten Collegium Humanum in Vlotho über das »Verratene Recht auf ›Selbstbestimmung der Völker‹«.

Alfred Schickel selbst beurteilt sein zeitgeschichtliches Wirken und das öffentliche Echo darauf durchaus – und aus seiner Sicht zu Recht – positiv. In einem Beitrag zum zehnjährigen Geburtstag der ZFI schrieb er 1991: »Der Rückblick auf die verflossenen Jahre stützt die Erwartung, daß die ZFI auch weiterhin als Sinnzeichen unbefangener Geschichtsbetrachtung verstanden und begleitet wird. Staat und Kommune haben dies in der Vergangenheit bekundet und damit auch beispielhaft dem Toleranz- und Pluralitätsprinzip unseres Grundgesetzes entsprochen. Sie ... schufen auf diese Weise die Voraussetzung für manches forscherliche Vorhaben und seinen Erfolg.« Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes hat die ZFI und ihren Leiter auf ihrem rechten Weg ein gutes Stück vorangebracht.

Reimar Paul schrieb in KONKRET 12/91 über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Ökofaschisten Herbert Gruhl

Konkret 03/93, S. 36

Oliver Tolmein

»Techniken der Anpassung«

Manche sahen die Gefangenen aus der RAF seit der »Kinkel-Initiative« fast schon wieder in Freiheit. In den Verfahren, die jetzt verhandelt werden, soll durch Psychiatrisierung erreicht werden, daß die Häftlinge im Knast bleiben

Die Auseinandersetzung darüber, ob ein paar am Rande eines Parteitages gestreute Bemerkungen von Klaus Kinkel als »Initiative« zur Entspannung des Verhältnisses zwischen Gefangenen aus der RAF, Guerilla und Staat zu werten wären oder ob sie lediglich eine geschickte Intervention eines ehemaligen Geheimdienstchefs darstellten, ist mittlerweile gegenstandslos geworden. Die bundesdeutschen Gerichte, insbesondere die Staatsschutzrichter in Hamburg und Düsseldorf, haben in den letzten Wochen die Weichen für eine fortgesetzte Eskalation der Situation der politischen Gefangenen von Staats wegen gestellt. In den aktuellen Verfahren auf Strafaussetzung lebenslanger Freiheitsstrafen nach mehr als 15 Jahren Haft sind die Anträge von Hanna Krabbe, Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Christine Kuby abgelehnt worden – ihre Chancen, in absehbarer Zeit entlassen zu werden, stehen äußerst schlecht. Auch für die am längsten inhaftierte Irmgard Möller gibt es keine zuverlässigen Anzeichen für ein bald zur Freilassung führendes Verfahren.

Dabei hatte noch im Herbst letzten Jahres alles sehr verheißungsvoll geklungen: Die Gefangenen, so verlautete etwa aus dem schleswig-holsteinischen Justizministerium, sollten ihre Entlassungsanträge nach Paragraph 57 StGB stellen – die Aussichten seien überaus günstig. Auch die Bundesanwaltschaft teilte im Verlauf des Entlassungsverfahrens von Bernd Rößner mit, an einer Zuspitzung des Konflikts kein Interesse zu haben. Aus den Ämtern für Verfassungsschutz waren freundliche Worte und optimistische Prognosen, zumindest für einige der Gefangenen, zu hören. Daß Bernd Rößner nicht, wie immer wieder versichert worden war, vom Bundespräsidenten begnadigt wurde, war ein erstes alarmierendes Signal – daß es darauf kein Echo gab, muß die Hardliner-Fraktion im Staatssicherheitsapparat ermutigt haben.

Zum Auftakt präsentierte Mitte Dezember das Oberlandesgericht Düsseldorf einen Beschluß, demzufolge Hanna Krabbe vor einer mündlichen Anhörung durch den Staatsschutzsenat psychiatrisch untersucht werden müsse, um festzustellen, »ob keine Gefahr mehr besteht, daß die durch die Tat zutage getretene Gefährlichkeit der Verurteilten fortbesteht«. Nun sieht die Begründung zum angeführten Paragraph 454 der Strafprozeßordnung (Aussetzung des Strafrestes) zwar tatsächlich als eine Möglichkeit die Benennung eines psychiatrischen Gutachters vor, die Regel ist das aber keineswegs. Daß die Begutachtung politischer Gefangener durch Psychiater ein mehr als fragwürdiges Verfahren ist, müßte dem Gericht immerhin dennoch aufgefallen sein. Zumal selbst im Urteil gegen Hanna Krabbe, die zusammen mit Bernd Rößner, Lutz Taufer und Karl-Heinz Dellwo die Stockholmer Botschaft besetzt hatte, um Gefangene aus der RAF freizupressen, festgeschrieben ist, daß »kein hinreichender Anhaltspunkt (existiert), die Tat als Ausdruck einer durch Realitätsverlust geprägten krankhaften Persönlichkeitsstruktur« zu bewerten.

Dagegen schreibt das Oberlandesgericht Düsseldorf Hanna Krabbe jetzt »von der Norm abweichende Charakterstrukturen« zu und beschließt, daß für die Frage der Haftentlassung von herausragender Bedeutung sei, »ob der Verurteilten zur künftigen Daseinsbewältigung Techniken der Anpassung zwischen ihren charakterologischen Akzentuierungen und ihren äußeren und inneren Berührungspunkten gelingen«. Würde sich die Daseinsbewältigung des Gerichts auf die Anpassung der Sprache an die eigenen Akzentuierungen von Recht und Ordnung beschränken, wäre das wenig mehr als einen Vermerk unter »erledigte Fälle« wert. So aber haben die Düsseldorfer Staatssicherheitsjuristen der Bundesanwaltschaft die günstige Gelegenheit geschaffen, das Entlassungsverfahren vollständig zu torpedieren. Als psychiatrischer Gutachter, so die Behörde Alexander von Stahls, komme nämlich nur Professor Saß in Frage: der furchtbare Psychiater also, der sich als Gutachter des schwer erkrankten und schließlich haftunfähigen Bernd Rößner das Verdienst erworben hat, dessen Entlassung jahrelang zu verzögern.

Daß es ihm nicht gelungen ist, die Zwangseinweisung Rößners in eine geschlossene psychiatrische Anstalt durchzusetzen, wird Saß, in dessen Prognosen über zukünftige soziale Verhaltensweisen regelmäßig »erbbiologische« und hirnorganische Befunde einfließen, verschmerzen – immerhin ist es wesentlich seinem Engagement zu verdanken, daß Rößner nur befristet aus der Haft entlassen wurde.

Am 6. Januar hat wiederum das Oberlandesgericht Düsseldorf auf diese Befristung hingewiesen und beschlossen, daß bei Rößner die »Vollstreckung des Restes der lebenslangen Freiheitsstrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt wird« – soll heißen: Wenn die Therapie in Melchiorsgrund nach 18 Monaten oder früher beendet ist, will die Justiz den Gefangenen wieder in Gewahrsam nehmen. Hinfällig wird dieser Beschluß nur, wenn bis dahin die Begnadigung Rößners durch den Bundespräsidenten erfolgt ist – ob es dazu kommt, ist aber zweifelhaft. Die Zusicherungen aus dem Bundespräsidialamt wurden schon einmal nicht eingehalten.

Unterdessen hat auch Christine Kuby, die seit 15 Jahren inhaftiert ist, ihre Anhörung, die Voraussetzung für eine Entlassung aus lebenslanger Freiheitsstrafe auf Bewährung ist, hinter sich gebracht. Daraus ist zu lernen, daß auch das Hamburger

Oberlandesgericht große Hoffnungen darauf setzt, die Gefangenen aus der RAF mittels psychiatrischer Gutachten wirkungsvoll schikanieren zu können. Nachdem Kuby unter anderem erklären mußte, warum sie sich in der Haft isoliert gefühlt habe, wo doch im Hochsicherheits-Trakt ein großer Bewegungsraum zur Verfügung stand und ob nicht auch der Weg in die Illegalität eine freiwillige Selbstisolation dargestellt habe, teilte ihr der Vorsitzende Richter Mentz mit, daß an eine baldige Entlassung nicht zu denken sei: Die »fremde Wirklichkeit« könne die langjährig Gefangene ja gar nicht richtig bewältigen, zumal sie sich an dem, was die Justiz für »Entlassungsvorbereitungen« hält, nicht beteiligt habe. Jetzt soll sie erst mal von einer Psychiaterin begutachtet werden – noch Ende November hatte der Richter im Gespräch mit Kubys Anwältin die Notwendigkeit einer psychiatrischen Untersuchung selbst in Zweifel gezogen.

Um das rechtsstaatliche Maß vollzumachen, konstatierte der OLG-Richter bei Christine Kuby eine »besondere Schwere der Schuld«, die eine Entlassung nach frühestens 16 Jahren Haft ermögliche – ein erstaunlicher Befund, hat doch nicht einmal die Bundesanwaltschaft in diesem Verfahren – Kuby wurde verurteilt, weil sie auf zwei Polizisten geschossen haben soll – eine besonders »schwere Schuld« ausmachen können. Außerdem wurde sie im Verlauf der Anhörung gefragt: »Was würden Sie machen, wenn jemand von der RAF an Ihrer Haustür klingelt?« und darüber aufgeklärt, daß es bei der Prognose über ihre Zukunft keineswegs nur darum gehe, ob sie womöglich den bewaffneten Kampf wiederaufnehme, sondern um den gesamten Komplex strafrelevanter Taten nach Paragraph 129a: Auch Werbung für die RAF oder ihre Unterstützung stellen in Deutschland schließlich eine Straftat dar. Eine Drohung, deren Ausmaß klar wird, wenn man sich vergegenwärtigt, daß, wenn’s gerade paßte, auch schon als »Unterstützerin« abgeurteilt wurde, wer die Zusammenlegung der politischen Gefangenen forderte.

Die Gefangenen haben erklärt, daß sie sich nicht zu Objekten der herrschenden Psychiatrie, die überwiegend biologistischen Modellen anhängt, machen lassen. Ihre Anwältinnen und Anwälte haben ausführlich begründet, warum sie, wenn überhaupt, eine Begutachtung durch Soziologen oder Psychologen für angemessen halten – ein Ansinnen, das durch den Wortlaut des entsprechenden Gesetzes voll gedeckt ist: »Der Senat hat davon auszugehen«, schreiben sie, »daß Gegenstand der Entscheidung eine politische, nicht eine psychiatrische Frage ist.« Die Sondersenats-Juristen haben mit ihrem Beschluß, die Haftentlassungs-Anträge wegen der Weigerung der Gefangenen, sich psychiatrisch untersuchen zu lassen, abzulehnen, gezeigt, daß sie das sehr gut wissen. Die Psychiatrisierung ist das geeignete Instrument, das angestrebte Ziel zu erreichen: linke Staatsfeinde bleiben hinter Gittern. Jetzt können die Gefangenen nur noch Beschwerde beim Bundesgerichtshof einlegen – erfolgversprechend ist das nur, wenn außerhalb des Knastes das Unbehagen darüber, daß die Gefangenen offensichtlich tatsächlich lebenslang weggesperrt werden sollen, in Taten umgesetzt wird.

Oliver Tolmein ist Autor von »Stammheim vergessen«, Konkret Literatur Verlag

Kasten Seite 37

Oliver Tolmein: Eine Dienstfahrt

Auch dem Bundesamt für Verfassungsschutz fällt es schwer, sich mit der Erkenntnis abzufinden, daß es»die Linke« als relevantes Observationsobjekt nicht mehr gibt. Nicht nur um die allgemein beliebte Gleichsetzung von linker und rechter Gewalt betreiben und damit die Faschisierung der Gesellschaft unkenntlich machen zu können, bedarf es eines wenigstens fiktiven Kollektivs, das gegen den Strom zu arbeiten bemüht ist.

Also arbeiten die Behörde in Köln und ihre freien Mitarbeiter in den Medien weiter so, als wäre alles beim alten. Freie Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in den Medien – das zu behaupten wird im allgemeinen ja als typisch linksradikale Übertreibung und Denunziation des Pressewesens aufgefaßt. Ist es aber nicht, wie in diesem Fall eine Geschichte aus dem eigenen Alltag dokumentiert.

Ein ehemaliger Redakteur der alternativen »taz« ruft an: »Ich habe dir ein unsittliches Angebot zu machen.« Der Kollege weiß Botschaften zu verpacken: »Das Bundesamt für Verfassungsschutz möchte sich gerne mit dir unterhalten.« Als mein Anruf, den die Geheimbehörde möglicherweise erwartet hat, ausbleibt, habe ich, Ex-«taz« lügt nicht, das Bundesamt zwei Wochen später selbst am Apparat: Ein Herr Benz will mich sprechen, worüber, das mag er nicht sagen, es gehe »um die Firma mit den zwei und die Firma mit den drei Buchstaben«. Der Mann hat anscheinend Angst, von seinen Kollegen abgehört zu werden. Daß ich mit ihm nicht sprechen will, schreckt ihn nicht ab: Er wolle sich nicht mit mir unterhalten, sondern mir etwas mitteilen. Zwei Tage später: erneut die Bitte um Gehör. Die Neugier siegt über die Bedenken – eine Woche später trägt mir Herr Benz in einem Café vor. Trotz seines Bartes erinnert er dabei, nicht sehr glücklich aussehend, aber zum Durchhalten fest entschlossen, mehr an den kleinen dicken Ritter als an einen Geheimdienstler – er ist allerdings etwas weniger schwerfällig und deutlich teurer gekleidet. »Auch wenn es schwer fällt, nach Mölln zur Tagesordnung überzugehen«, hebt er an, Geheimdienstmitarbeiter können nicht nur betroffen sein, sie verfügen auch über gute Kontakte: Er könne sein Anliegen, versichert mir Herr Benz, natürlich auch problemlos über die Medien lancieren, die »taz« und Joachim Wagner vom NDR stünden ihm da, wir haben es uns gedacht, problemlos zur Verfügung.

Aber ein Anliegen hat er diesmal anscheinend nur am Rande: Die Mixtur aus Anspielungen auf die RAF-Erklärung vom August, über deren Ursprünge er wohl gerne mehr wüßte, auf die Mißlichkeiten der Kronzeugenregelung, ein paar dezent verpackten Drohungen über das unterschiedliche Interesse, das seine Behörde und, »rein hypothetisch, da weiß ich nichts drüber«, die Strafverfolgungsbehörden an mir wegen vermeintlicher RZ-Nähe während meiner »taz«-Jahre und einer angeblichen Bekanntschaft aus »legalen Zeiten« mit einem RAF-Kader haben könnten, der Andeutung, daß gegen die vier 1987 verschwundenen mutmaßlichen RZ/Rote Zora-Leute »gar nicht so viel Strafrechtsrelevantes« vorläge, reicht für zwanzig Minuten – nach so langer ununterbrochener Rede, immer wieder mit Blick auf vier handgeschriebene Stichwortzettel, interessiert Herrn Benz doch noch meine Meinung zu RAF und RZ. Ich stelle richtig, daß ich entgegen seiner Vermutung kein »authentischer Vermittler« von RAF- und RZ-Positionen bin, weise darauf hin, daß ich lediglich zuhören wollte, nicht mit ihm reden, zahle meinen Kaffee und gehe.

Konkret 03/93, S. 38

Stefan Seifert

Buch des Monats: Die RAF als unbewiesene Behauptung

Gerhard Wisnewski, Wolfgang Landgraeber, Ekkehard Sieker: Das RAF-Phantom, Droemer Knaur 1992, 464 Seiten, 12,90 Mark

»Von Stunde zu Stunde wurde das Bild der Attentäter klarer. Man wußte alles, man mußte sie nur kriegen; das war der einzige Punkt.« Horst Herold, ehemaliger Präsident des Bundeskriminalamts in Wiesbaden, rückte mit diesen Worten die 70er Jahre ins rechte Licht: Mag die Rote Armee Fraktion auch noch so viele Anschläge verübt haben, am Ende haben die verbeamteten deutschen Helden sie doch erwischt und der gerechten Strafe zugeführt.

Für die 80er Jahre jedoch läßt sich – aus Sicht des BKA – ähnlich Erfreuliches nicht vermelden. Im Gegenteil: Fünf führende Politiker und Wirtschaftsbosse sind in den letzten acht Jahren von der RAF umgebracht worden; einige weitere Anschläge sind nur knapp gescheitert. Die Ermittlungsbehörden freilich tappen seit zehn Jahren im dunkeln. Weder konnte ein Mitglied der vielzitierten »Kommando-Ebene« der RAF verhaftet noch überhaupt irgendeine »heiße Spur« präsentiert werden, die nicht binnen kürzester Zeit im Sande verlaufen wäre.

Verständlich, daß kritische Polit-Journalisten – als aufrechte Mitglieder der vierten Staatsgewalt – da zu fragen beginnen: Wie es denn komme, daß trotz gigantisch aufgeblähtem Fahndungsapparat, modernster Technik und internationalem Schulterschluß beim Anti-Terror-Kampf am Ende niemand verhaftet werde – außer den harmlosen RAF-Aussteigern im Osten und bestenfalls Angehörigen des »terroristischen Umfelds«? Es könne doch wohl nicht sein, daß in Deutschland jahrelang ein mehr oder weniger kleiner Haufen »hochkonspirativer Terroristen« sein Unwesen treibe, ohne daß die Behörden irgendeine Spur von den Leuten fänden?

Es dauerte nicht lange, da keimte bei den Fragestellern böser Verdacht auf. Geheimdienste, das weiß man aus vielen, vielen Filmen und seit der Vergrößerung Deutschlands auch aus den Abendnachrichten, sind hinterhältig und gemein. Sie arbeiten mit allen erdenklichen technischen und psychologischen Tricks und schrecken auch vor Mord nicht zurück. Folgerichtig degradierte der erste Antwort-Versuch auf die obigen Fragen den bewaffneten Kampf der RAF zu einer Erfindung der Stasi – dargelegt in dem Buch *Die RAF-Stasi-Connection.* Da man als Beleg für diese Theorie jedoch außer einer dürftigen Schießübung im Osten nichts Greifbares zu bieten hatte, dauerte es nicht lange, bis der deutschen Öffentlichkeit eine neuerliche Verschwörungsthese – die diesmal die RAF gänzlich demontieren sollte – feilgeboten wurde: Gegen Ende des letzten Jahres war im Magazin der »Süddeutschen Zeitung« unter der Rubrik »Standpunkt« ein Artikel zu lesen mit der Überschrift: »Herrhausen wurde nicht von der RAF ermordet«.

Zeitgleich erschien ein Buch, dessen Umschlagseite ein zerbrechender RAF-Stern ziert, Titel: *Das RAF-Phantom,* Untertitel: *Wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen.* Das Autorentrio Gerhard Wisnewski, Wolfgang Landgraeber und Ekkehard Sieker behauptet, daß es sich bei den meisten der bislang akzeptierten Gewißheiten bezüglich der »Terror-Truppe RAF« und der von ihr angeblich verübten Anschläge »um nicht mehr als unbewiesene Behauptungen, wenn nicht sogar mit Bedacht gestrickte Legenden handelt«. Während nämlich »die Entstehung der Baader-Meinhof-Gruppe und späteren RAF aus ihren Zusammenhängen heraus noch einigermaßen nachvollziehbar ist, gilt das für die Schießereien und Bombenanschläge, die seit 1984 unter dem Markenzeichen ›RAF‹ stattfanden, nicht mehr. (Es) fehlt an benennbaren Personen, die aus Protestbewegungen hervorgegangen sein und schließlich zur Waffe gegriffen haben sollen... Der einzige Existenzbeweis für die Terrortruppe sind ihre Taten. Ich bombe, also bin ich.«

Reichlich eigenartig sei auch, daß der RAF so wenig daran liege, ihre Täterschaft klarzustellen. »Ein politisches Attentat ohne zweifelsfreie Urheberschaft ist wie ein Brief ohne Absender«, mahnen die Autoren und wundern sich, warum die »Dritte Generation der RAF von sich aus Beweise, etwa Fingerabdrücke von Tätern mit zweifelsfreiem politischem Hintergrund, nicht liefert«. In den siebziger Jahren sei dies noch anders gewesen, da habe Andreas Baader schon mal (1972) ein Dementi der RAF zu angeblichen Bombendrohungen ihrerseits mit seinem Fingerabdruck unterzeichnet.

Das BKA freilich gehe weiterhin davon aus, daß die Bekennerschreiben mit dem Gruppen-Signum »echt« seien und mithin als Urheber der Anschläge ausschließlich die altbekannte RAF in Frage komme. Das jedoch, so die Autoren, sei eine durch keinerlei kriminaltechnische Untersuchung verifizierbare Behauptung. Tatsache sei dagegen, daß sich die RAF in den 80er Jahren »von einer offen kämpfenden Guerilla-Gruppe zur verdeckt operierenden gewandelt (hat) – eine Entwicklung, für die es irgendwelche Gründe geben muß«.

An dieser Stelle drängen sich – diesmal allerdings dem Leser – bestimmte Fragen auf. Etwa: Was sich die Herren Journalisten unter einer »offen kämpfenden Guerilla« vorstellen? Hätte die RAF ab Mitte der 80er Jahre BKA und Bundesanwaltschaft vorsorglich mit Lebenslauf, Bild und Fingerabdrücken ihrer kämpfenden Genossen und Genossinnen versorgen sollen, um die Bekennerschreiben identifizierbar zu machen? Wer aber – um in der Logik von Wisnewski & Co. zu bleiben – hätte dann garantieren mögen, daß es sich bei diesen Leuten um »echte Terroristen« handelt?

Was aber nicht sein darf, das kann auch für Wisnewski & Co. nicht sein. »Äußerst beunruhigt« darüber, daß niemand weiß, wer denn nun die RAF ist, diese aber unbekümmert Texte verfasse und Bomben lege, werfen sie daher »einen eingehenden Blick auf die Attentate selbst«. Angefangen mit den Schüssen auf den hessischen Wirtschaftsminister Karry 1981 über die Umstände des Todes von Edward Pimental, die Anschläge auf Herrhausen, Neusel, von Braunmühl und Rohwedder bis zu den Schüssen auf die US-Botschaft in Bonn vor zwei Jahren durchleuchten die Autoren Sicherheitsvorkehrungen, Fahndungsmaßnahmen und Ablauf der »Attentate«. Für Wisnewski, Landgraeber und Sieker lassen die Ergebnisse ihrer Recherchen nur einen Schluß zu: Herrhausen wurde nicht von der RAF ermordet – zumindest nicht, wenn man unter diesem Signum eine »autonome, hochmotivierte, linksradikale Terrorgruppe« vermutet. Bleibt die Frage, von wem dann?

Die Antwort darauf, so meinen die Autoren, lasse sich vielleicht im Umfeld der Opfer finden. Im Falle Herrhausen bedeutet dies, tief ins internationale Banken-Business einzutauchen. Dabei fördern Wisnewski und Kollegen etliche innerkapitalistische Rivalitäten zutage. So habe Herrhausen »messerscharf die Mängel im amerikanischen Bankgewerbe« erkannt und »kühl die Chance erblickt, die Bundesrepublik und die Deutsche Bank beim Wettkampf zwischen den Wirtschaftsriesen USA, EG und Japan ein gutes Stück voranzubringen«. Zu diesem Zweck wollte er seine Konkurrenten mit seinen Vorschlägen zu einem Schuldenerlaß für die Länder des Trikont »unter einen teilweise ruinösen Druck setzen«. Herrhausen habe daher in den USA – gelinde gesagt – einen ziemlich schlechten Ruf genossen.

Ähnlich sei es im übrigen auch im Fall Rohwedder gewesen. Dem nämlich habe man in den USA vorgeworfen, er erschwere den US-Banken vorsätzlich den Einstieg in den Osten Deutschlands. Das Erstaunliche dabei sei nun, daß in beiden Fällen der Tod der Wirtschaftsbosse einen »radikalen Kurswechsel« markiere. Der neue Chef der Deutschen Bank habe Abstand genommen von den Großmacht-Plänen des »Global Player« Herrhausen, und Birgit Breuel habe die ostdeutsche Industrie zum Verkauf an die USA und Großbritannien freigegeben.

In diese Betrachtungen streuen die Autoren Kapitel ein mit Informationen über die Verbindungen zwischen der US-Bankenwelt und der CIA sowie über deren Praktiken bei der Ausschaltung unliebsamer Gegner. Im zweiten Teil des Buches lassen sie dann »die Beziehungen zwischen Geheimdiensten und dem ›Terrorismus‹ im allgemeinen und der RAF im besonderen« Revue passieren. Am Beispiel der Spitzel Peter Urbach und Ulrich Schmücker erzählen sie davon, wie nachrichtendienstliche Arbeit und »Terrorismus« ein »undurchdringliches Geflecht« bildeten und die vermeintlichen Revolutionäre nur mehr »Handlanger einer bestimmten Bullenstrategie« (Bommi Baumann) gewesen seien. Das »Celler Loch« wird zum Präzedenzfall dafür, »wie ein kompletter Terroranschlag von A bis Z in Staatsregie durchgeführt wurde«. Die Entdeckung der Nato-Geheimtruppe Gladio schließlich läßt die Autoren zu der Einschätzung kommen: »›Verfassungsschutz‹, ›Bundesnachrichtendienst‹, geheimpolizeilich arbeitende ›Polizeibehörden‹ wie das Bundeskriminalamt sowie ausländische Nachrichtendienste wie die CIA haben auch den Alltag der Bundesrepublik unterwandert und durchwirkt.«

In Italien nennt man, was das Autorentrio Wisnewski, Landgraeber und Sieker auf 444 Textseiten vorbringt, »dietrismo«. Dort hat sich die Neigung, hinter (dietro) nahezu allen Ereignissen dunkle Mächte, aus und inländische Geheimdienste, die Mafia oder andere intrigante Organisationen als Drahtzieher zu vermuten, inzwischen zum Volkssport entwickelt. Die Anwendung dieses »dietrismo« auf die Geschichte der Roten Brigaden, dem italienischen Pendant der RAF, verfolgt dabei das Ziel, die Gruppe als fremdbestimmt und gekauft zu denunzieren und ihre politischen Erklärungen als billige Propagandalügen abzutun. Damit soll, wer sich inhaltlich mit den Zielen der Guerilla auseinandersetzt, diskreditiert und lächerlich gemacht werden.

Da nimmt es kein Wunder, daß Wisnewski und Kollegen gerade Italien als Kronzeugen für ihre Unterwanderungsphantasien benutzen. Damit jedoch schießen sie ein Eigentor: Waren ihre Mutmaßungen und spekulativen Annahmen bis dahin wortreich und stets mit einer erdrückenden Fülle selbstrecherchierter Indizien scheinbar unumstößlich »belegt«, so offenbart ihre Einschätzung der Lage in Italien um so deutlicher den Hang, noch den abstrusesten Verschwörungstheorien Glauben zu schenken – Hauptsache, sie passen ins Konzept.

Linke Theorie kommt an keiner Stelle vor, sie wird von vorneherein abgetan als »krude Argumentation und politisches Gestammel«. Nirgends findet sich eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den RAF-Texten der 80er Jahre. Die innerlinken Diskussionen etwa um die Erschießung des GIs Pimental spielen für die Autoren keine Rolle. Statt dessen werden die in den Statements der Behörden zu findenden »Ungereimtheiten« zwanglos auf die RAF übertragen. Am Ende verfolgt das Buch den Zweck, noch den letzten Zweifler davon zu überzeugen, daß es so etwas wie autonome linke Politik, zumal radikal und bewaffnet, nie wirklich gegeben hat und wohl auch nicht geben kann. Mit den Bemerkungen der Autoren über die »negative Wirkung« der RAF-Anschläge auf die Proteste gegen den Golf-Krieg oder die Treuhand-Politik wird dann vollends klar, daß es sie besser auch nie geben sollte. Schließlich habe etwa der Anschlag auf Rohwedder »die reaktionäre Entwicklung in Ost- und Westdeutschland zielsicher vorangebracht«, denn den politischen Scharfmachern habe er gut ins Konzept gepaßt.

Zum Schluß doch noch ein Lob: Die Kapitel über die angebliche Zellensteuerung der RAF-Anschläge, die inhaltslose Theorie von der »RAF-Stasi-Connection« und den »Fall Nonne« sind allesamt lesenswert. Es komme eben, resümieren

Wisnewski, Landgraeber und Sieker, immer darauf an, zu wissen, »wann man welche Sau durchs Dorf jagen kann«. Wie wahr.

Stefan Seifert ist Autor des Buches: Lotta armata. Die Geschichte der Roten Brigaden, Edition ID-Archiv

Konkret 03/93, S. 40

Heidi Urbahn de Jauregui

Der verbotene Dichter

»Sehr jung hatte er seine Vorliebe für dreierlei erkannt, ›für gekrümmte Formen der Wahrheit, singende Delphine und absolute Monarchen‹.« Über den deutschen Dichter Peter Hacks, der am 21. März 65 wird

Nein, hier ist nicht die Rede von einem der »poètes maudits«, wie Verlaine einige Kollegen genannt hatte, die dazumal die Bürger ein bißchen schreckten, und die von den staatlichen Institutionen aber nicht weiter ernst genommen wurden, ich rede vielmehr von einem Dichter, der im Gegenteil sehr ernst genommen wird. Er hat sich als Komödiendichter einen Namen gemacht, und er steht im Giftschrank, obwohl doch auf ihn zutrifft, was er über den Helden seiner Erzählung »Die Gräfin Pappel« sagt: »Philibert war eigentlich kein Freund von Entschlüssen. Eine grundlegende Neigung zur Trägheit bestimmte sein Gemüt; hierdurch war er ausdauernd und stark im Dulden; er galt, seines Gleichmuts wegen ... als Humorist.«

Die Erzählung ist von Peter Hacks. Es handele sich da um ein autobiographisches Werk, behauptet der. Allerdings hatte der Dichter in jungen Jahren doch einmal einen Entschluß gefaßt; da war er nämlich von München nach Berlin umgezogen. Nicht Brecht habe ihn gerufen (der habe eher abgeraten), sondern die Entscheidung, in die DDR zu gehen, sei lebensnotwendig gewesen; es sei ihm keine Alternative eingefallen, »als tot zu sein«, wie er neulich sagte. Da war einer seine gerade Straße gezogen, die nun aber diesen absonderlichen Knick bekommen hat. Er wohnt jetzt nämlich wieder in dem Land, aus dem er aufgebrochen war. Es gibt, glaube ich, drei Weisen, das Land zu wechseln: Entweder man zieht aus, oder man wird ausgestoßen, oder man wird verschleppt. Hacks gehört jetzt zu den Verschleppten. Wie erträgt einer das, der nicht gern mit sich umspringen läßt und einen höheren Begriff von Freiheit hat als heute üblich? Da zitiere ich aus einem anderen seiner autobiographischen Werke, aus seinem großen in der »Neuen Deutschen Literatur« erschienenen Voltaire-Essay: »Voltaire hatte einen hohen Überblick und im Leben viel durchgemacht. Einem minder Widerstandsfähigen hätte die abermalige Wende den vernichtenden Schlag versetzt. Schließlich, mit einem schlechten König sein Leben verbringen müssen und dann, am Rand des Grabes, einen noch schlechteren kriegen, das ist keine Kleinigkeit.«

Nun, es gibt da Abweichungen. Das »am Rande des Grabes« meint den achtzigjährigen Voltaire, den wir von der Houdon-Plastik her kennen. Hacks aber wird am Frühlingsanfang dieses Jahres fünfundsechzig. Allerdings, er brauchte sich bloß eine Allongeperücke aufzusetzen und von einem dieser aktuellen Schlägertrupps die Zähne einschlagen zu lassen, dann sähe er ganz so aus wie Houdons Voltaire. – Der andere Unterschied ist leider: Einen König, so viel »noch schlechter« der auch sein mag, hat er nun wohl nicht mehr.

Sehr jung, noch vor seinem Umzug in die DDR, hatte der Dichter seine Vorliebefür dreierlei erkannt, »für gekrümmte Formender Wahrheit, singende Delphine und absolute Monarchen«. In klassischen Dichterwerken wird man diese drei unschwer häufig antreffen. Jede einzelne dieser drei Vorlieben ist heute hinreichend für den Giftschrank. Die erste meint die Denkversessenheit, mit der er die Dinge erkennen will, die sich hinter den Erscheinungen verbergen. Das hatte ihm bereits in der DDR etliche Unannehmlichkeiten und Verbote eingebracht, nicht anders als heute im Westen, wo man aus bestimmten Gründen nahelegen möchte, daß sich hinter den Masken nichts verberge, und daß es der Mühe weiter nicht verlohne. (Übrigens war schon der zwanzigjährige Student in einer Thomas-Mann-Studie, für die er des Meisters ausdrückliche Billigung erhielt, dafür eingetreten, daß Kunst erst erlaubt sei nach ordnendem Eingriff des Verstandes.) – Das zweite, die Delphine – haben Sie sie noch nicht singen hören? Dann ist Ihnen noch kein großes Dichterwerk begegnet. Natürlich halten sie die Verbindung mit Punkt 1; denn nur in einer durchschauten, mithin anschaulich gemachten Welt könne Kunstschönheit entstehen, meint Peter Hacks; »alle wirkliche Schönheit ist Schönheit von etwas«. Kann das in einem Werk schön sein, was der Dichter nicht begriffen und also nicht in den Griff bekommen hat? – Nun aber, drittens, die absoluten Monarchen? Die seien dramatisch richtig, weiß er, weil sie auf sinnfällige Weise die Gesellschaft und die Menschheit repräsentieren, sie seien eine Metapher für menschliche Größe oder Niedrigkeit.

Nun ahnt man, warum dieser Dichter ausdrücklich aus einem Kulturbetrieb ausgeschlossen wird, der – aus Gründen – die Welt als eine undurchschaubare und also formlose und unbedeutende dargestellt haben will. Ein Dichter, der heute reich werden will, sollte nicht danach trachten, hinter der Erscheinung ein Wesentliches zu erkunden und in seinem Maskenspiel den Verhältnissen die Masken abzunehmen. Es ist freilich des Dichters Amt, dies auf dichterische Weise zu tun; Masken müssen schon her, wo sie fallen sollen. Eine miese Gegenwart mit miesen Mitteln abschreiben, das ist keine Kunst, das ist bloß Naturalismus. Man kann die Wirklichkeit nach den Regeln der Journalisten, der Geisteswissenschaftler oder der Gammler vorführen, ein Dichter aber sollte sich an die Kunstregeln halten, d. h. er muß die Wirklichkeit »fremd« machen, damit sie »stimmig« und metaphernfähig wird. Es sei noch das Leichtere, zur Gegenwart geschichtlichen Abstand zu halten, sagt Hacks, »das Schwere ist der ästhetische Abstand«. Wegen dieses Abstandhaltens ist er, wie einst die Klassiker, von allen Regimen und Kunstmoden getadelt worden.

Er ist zu diesen Erkenntnissen in langer, mühseliger Arbeit gekommen; seine ästhetischen Arbeiten zeugen davon. Sie haben heute nicht ihresgleichen. Er bekam Zeit, über diese kunstwichtigen Dinge nachzudenken, als er wegen seiner Gegenwartsstücke der Bitterfelder Richtung verboten war. Er selbst findet diese Stücke nicht gut, aber aus anderen Gründen, als aus denen sie verboten waren. Es seien nämlich Dinge in ihnen behandelt worden, die nicht für die Kunst und erst recht nicht für die Bühne taugen, z. B. Produktionsvorgänge, die in jeder Gesellschaft »im Reich der Notwendigkeit« steckenbleiben müßten. Drama will aber auf Freiheit hinaus, und »Freiheit ist das Vermögen zu können, was man will«. Leute, die in die Sachzwänge der Produktion eingeklemmt sind, können schlecht als gesellschaftlich Mächtige gezeigt werden. Mit Gesellschaft und mit Macht hat Drama aber zu tun; bleibt es in naturalistischer Enge, so bekommt es unausweichlich einen Zug zur Plattheit, »das klebt an diesem Bitterfelder oder sonstigem Boden und will nicht hoch«, sagte Hacks noch neulich im Gespräch mit Frank Tichy (das aus Platzgründen nur teilweise in der Zeitschrift der Salzburger Elisabethbühne abgedruckt war). Der Dichter wehrt sich da gegen die Anschuldigungen seiner alten und neuen Feinde, er habe jemals etwas aus Angst getan; denn wenn er Kunst mache, lasse er sich durch überhaupt keine Rücksicht leiten als was der Kunst bekomme.

Der Vorwurf, Hacks sei mit seinen Historienstücken in die Sklavensprache retiriert, ist in der Tat seltsam. War Shakespeare feige? Hacks hat niemals aufgehört, Gegenwartsstücke zu schreiben. Er bewegt sich in der Welt, als ob er nichts zu fürchten habe, wie einer, der auszieht, das Fürchten zu lernen, einzig behütet vom Kunstgeist. Hat er Mut? Ich glaube, Mut als Tugend und Selbstzweck ist keine Kategorie, die Hacks beträfe. Er gehört zu jenen äußerst seltenen Menschen, die tun, was sie tun müssen, streng innengeleitet und ohne sich irgend abhalten zu lassen von anderen Erwägungen als den selbstgesetzten. Natürlich ist die gegenwärtige Welt einem so strengen Gerichtetsein nicht günstig, und mir fällt in der deutschen Dichtung unter den Lebenden niemand ein, auf den das sonst noch zuträfe. Jeder, der Hacks kennt, weiß von Proben seiner Unbestechlichkeit. Da hatte ich in der Salzburger Theaterzeitschrift für ein paar Zeilen über ihn die, wie ich meinte, klüglich schützende Überschrift gewählt »Zwischen den Stühlen«, und zwei Seiten weiter fegt der Dichter mit einem Prankenschlag mein Schutzgebasteltes vom Tisch.

Es geht ihm um die Kunst, und so lag ihm stets an einem Umfeld voller Kunstreichtum; denn wenn irgend für eine Berufssparte das Wort »Konkurrenz belebt das Geschäft« gilt, dann für die Kunst. So spähte er sorgfältig aus nach jungen Dichterpflanzen und tat sein Möglichstes, sie zu fördern. Hartmut Lange und Heiner Müller sind von niemand frühzeitig auf so unerhörte Weise gelobt worden wie von Hacks (die Essays sind nachzulesen in seinem Ästhetik-Band »Maßgaben der Kunst«), und Heiner Müller dankt es ihm, indem er jetzt nicht nur Brecht, sondern auch Hacks nachplaudert, wenn er sich zu Kunstfragen äußert. Als einziges Mitglied des Schriftstellerverbandes hatte Hacks 1961 seine Stimme nicht zum Ausschluß Heiner Müllers aus dem Verband gegeben. Jetzt aber, da Heiner Müller Mode ist und, wie Hacks meint, sein eigenes Genie verraten und sich in den Zeitwind gelegt habe, wendet er sich enttäuscht ab. Der Westgang seines jungen Freundes Hartmut Lange scheint ihn kaum weniger getroffen zu haben als Goethe Schillers Tod. Das »er ist kühn im Tadel, im Lob tollkühn« hat so mancher erfahren, Fritz Cremer, Sarah Kirsch, Christoph Hein z. B. oder – Wolf Biermann. Als Hacks damals, anders als die namhaften Kollegen, gegen Biermann und für dessen Rausschmiß Stellung nahm, hatte ich erst gedacht, er sei es nun leid, immer bloß aus Mißverständnis gespielt und gelobt zu werden (daß es nicht um Biermann ging, war mir wohl klar, das ließ sich erledigen mit dem Satz, daß dessen magere Kunst den Skandal nötig habe). Aber ein Dichter hat frühzeitig gelernt, mit dem Mißverständnis zu leben. Worum es Hacks eigentlich ging, hat er jetzt noch einmal im Tichy-Gespräch gesagt. Er war der Meinung, daß, was diese Unterzeichner der Protestresolution taten, zum Ende der DDR beitrüge. »Und jeder einzelne der Unterzeichner war am Ende der DDR aktiv beteiligt. Ich habe sie nicht mißinterpretiert. Sie wollten den Sozialismus nicht.«

Vielleicht ist es heute den meisten nicht deutlich, wie mutig es damals schon für einen der am häufigsten gespielten Autoren war, gegen den Strom zu schwimmen, der eindeutig nach rechts und gen Westen trieb. Die Bestrafung in West und Ost ließ denn auch nicht auf sich warten. Manche, z. B. seine alte Bühne in München oder »Theater Heute« (wie ich aus einem Antwortbrief auf mein »Hacks«-Manuskript ersah), reagierten sofort, im Osten kam es mit der entsprechenden Verzögerung; denn noch war dort das Theaterniveau nicht so ganz auf das Westniveau gerutscht. Da unten sei es erst, so Hacks, um 1980 ganz angekommen. Eine Regierung aber, die eine sozialistische Kulturpolitik betrieben hätte, gab es schon längst nicht mehr, und das Preisverteilen spielte für namhafte DDR-Autoren, die wichtigere Sorgen als Geldprobleme hatten, kaum eine Rolle. Wer sich ab Mitte der Siebziger auch schon mal ein bissel dissidentenähnlich gebärdete, war alles andere als mutig; er trieb vielmehr mit der geduldeten Masse der Kulturschaffenden und durfte auf Westbelohnung hoffen.

Das war z. B. bei der Akademiezeitschrift »Sinn und Form« deutlich, die sich frühzeitig alle Türen offenhielt, und die ich nur als äußerst vorsichtig kenne (als mir im letzten Jahr der gegenwärtige Chefredakteur sagte, sie sei die einzige Zeitschrift, die die Tradition fortführe, glaubte ich ihm aufs Wort. Ich schaue öfter mal in den Lukacs-Band »Über die Vernunft in der Kultur«, den er herausgegeben und mir 1987 verehrt hat). Sie druckte Kulturministerreden genauso wie Harichs Anti-Nietzsche, wie westliche Moderne – oder wie Stücke von Peter Hacks. Aber der hatte verärgert schon länger nichts mehr bei ihr drucken lassen, als ihr damaliger Leiter M. W. Schulz mich bat, Hacks zu überreden, ihm sein neues

Stück zu geben. Und dann druckste er herum und schließlich quälte es sich irgendwie aus ihm heraus: »Warum... nun, warum hat Hacks nur... die Christen würden sagen – aber schließlich, wir haben doch alle was davon... warum nur hat Hacks so wenig Demut?« Bei meinem nächsten DDR-Besuch ein Jahr darauf traf ich M. W. Schulz zufällig auf der Straße. Hacks hatte ihm also sein erstes Trauerspiel gegeben; es hieß »Jona«, spielte im fernen Ninive und war ein Anti-Honecker-Stück, will sagen, es klagte Honeckers widersprüchliche Politik und ihre schlimmen Folgen an. Sie hatten es gedruckt; eine Zeitschrift wird ja nicht dafür bezahlt, daß sie Metaphern entschlüsseln kann. Unglücklicherweise aber hatte Hacks einen zugehörigen Essay mitgeliefert, der nicht von Ninive redete, sondern er hatte ihn im Klartext verfaßt (soweit man das von einem Dichter sagen kann, der immer dichtet, auch wenn er Essays schreibt). Da kam nun M. W. Schulz über die Straße, um mir etwas zu sagen. Eine Änderung oder Streichung käme ja wohl nicht in Frage (in der Tat, das kam nicht in Frage; erst kürzlich hatte bei Aufbau ein Band mit den erstaunlichsten Hacksgedichten erscheinen können, der jahrelang beim Verlag liegen mußte, weil der Autor sich weigerte, ein paar Verse zu entfernen), und so möge ich doch Hacks schonend beibringen, daß er, M. W. Schulz, leider, leider sich gezwungen sehe, ein distanzierendes Wort seitens der Redaktion anzufügen. Er persönlich sei ja ganz einverstanden mit Hacks, aber, aber... Und er drückte sich von dannen. Er ist nun verstorben. De mortuis... Heine übersetzt das mit »Über die Lebenden nur Schlechtes«; denn nicht will ich gesagt haben, daß der Verstorbene irgend feiger war als alle anderen. Nur: Hacks war unbestechlicher.

Eben dadurch hatte er sich gerade im eigenen Land viele Feinde gemacht. Das merkte ich, als ich in den siebziger Jahren zum ersten Mal in die DDR kam, um mich nach Hacks zu erkundigen, über den ich gearbeitet hatte. Wenige sagten mir etwas zu seinem Werk, aber alle sprachen mir – oft mit Haß – von seiner mangelnden »Demut«. Selbst diejenigen, die hochherzig genug waren, die Außerordentlichkeit seines Werkes anzuerkennen, kamen doch gleich bei seinem Charakter an, bei seinem »mangelnden Engagement«. Das hatte ich in seinem Werk gar nicht gefunden, und als ich ihm erstaunt davon berichtete, sagte er lächelnd: »Die meinen natürlich, es fehle mir an Engagement gegen diesen Staat.« Er erschien mir schon damals wie ein Heine unter lauter Börnes. Börne nämlich hatte von Heine gesagt: »Ich vermute zwar, daß er ein Schuft ist, aber ich kann ihm keine schlechte Handlung beweisen.« Man sieht wohl nicht gern in einen so klaren Spiegel, der einem das eigene Gesicht in aller Miserabilität zurückwirft.

Wen er jemals in die Ordnung seines Lebens oder Denkens eingelassen hat, und wer sich eines Tages daraus verstoßen findet, dem bleibt nur die Frage nach dem eigenen Verrat; die umgekehrte Frage stellt sich wohl nicht. Aber er ist geduldig, und es muß schon ein ausdrücklicher oder wiederholter Verrat sein. Wieviele Freipunkte ich noch habe, weiß ich nicht; wieviele es z. B. bei Gremliza sind – nun, das hängt womöglich vom nächsten Golfkrieg ab. Manchmal fehlt es Hacks auch an Geduld. Er mag, glaube ich, die Frauen leiden, und ist eine hübsch und dazu noch Gräfin, so ist ihm das kein Grund, sie nicht zu mögen. »Wer meine Frau und mein Land beleidigt«, mit dem sei ihm aber der Umgang zu teuer, sagte er mir, nach der sizilianischen Gräfin befragt, die ihn besucht hatte und hinterher wie ein Waschweib getratscht habe. Da ist er eigen. Wenn man ihn aber darauf anspricht, daß auch er abgehört worden und ein Opfer der Stasi sei, dann winkt er gelangweilt ab; wo doch jeder Kollege erpicht darauf ist, zu den Opfern – und nicht etwa zu den Tätern – gehören zu dürfen. Jetzt ist die Zeit des Jammerns und der Memoiren, der großen Richtigstellungen und Bekenntnisse; er aber verhält sich weiterhin dichtend zur Welt. Wo er nicht zu Neuem weitergehen und tätig werden kann, fühlt er sich unwohl und wird grantig – z. B. wenn man ihn feiern will (und so statte ich meinen Geburtstagsgruß auf diesem Wege ab, da kann er mich nicht rausschmeißen).

Ist er nicht eitel? Doch wohl. Man muß ja fürchten, daß er sein schwarzes Kraut in einen Halter steckt, nicht um seine Lungen, sondern um seine Zähne und Finger zu schützen, und zum Stasiabhören fällt ihm ein: »Warum sollte die Stasi nicht mitschreiben? Autoren sind eitel, die freuen sich, je mehr Leute mitschreiben.« Eben diese Eitelkeit macht ja auch, daß er als einziges Argument immer nur sein Werk einsetzt, dessen Größe und unerhörte Einmaligkeit ihm nicht verborgen geblieben sein kann. Der Mann ist ja nicht dumm. Und ausgerechnet er wird nach allem – nur nicht nach seinem Werk beurteilt. Da fragte eine junge Dame den greisen Kuczynski, der gerade mit jünglingshafter Verve die Heidelberger Jugend für die Zukunft des Sozialismus begeistert, danach, was er über Hacks denke. »Ich kenne ihn, ein schwieriger Mensch«, kommt nach einer Pause die bedächtige Antwort. Da passiert es, daß ich von einem Pariser Germanisten und Übersetzer angerufen werde, der in Hacks' Werk gelesen hat und seine Bewunderung ausdrücken möchte. Man müsse das unbedingt übersetzen. Als ich etwas später nachfrage, höre ich betretenes Ausweichen. Man hat sich inzwischen erkundigt, und schon wandert das Werk wieder in den Giftschrank. (Auf das Programm der diesjährigen Agrégation der Germanisten hat man lieber einen ganz unverdächtigen Gegenwartsautor gesetzt: Heiner Müller.) Ich glaube, wenn Hacks braven sozialistischen Naturalismus oder Kitsch-Materialismus geschrieben hätte, würde man ihn heute weniger streng verurteilen. Da ist man ja verständnisvoll. Sein Verbrechen ist aber, daß er große Kunst gemacht hat, die überdies vom Publikum geliebt wird. (Von dem weiß Hacks, daß es »die am seltensten untreue« unter seinen Geliebten gewesen sei.)

Als ich Ende der siebziger Jahre in Lyon meine Thèse über Hacks verteidigte, begriff ich nur langsam den Zorn der Jury. Unsere Germanisten haben mir bis heute nicht verziehen, daß da von einem Autor, der für sein sozialistisches Land eintrat – ein so glanzvolles Werk vorgestellt worden war. Störend war eben vor allem das glanzvolle Werk; denn natürlich hätte

man sonst über jeden kommunistischen Autor anstandslos arbeiten können. (Die Wissenschaft kenne keinen Ekel vor irgendeiner noch so abscheulichen Sache, hatte mir früher einmal ein Professor gesagt und mich zu überreden versucht, über Pornografisches zu arbeiten.) Da war aber diese verteufelte Verbindung, keine platte Tendenzschriftstellerei, sondern ein Werk, in dem ein messerscharfer Verstand waltete sowie eine höchste ästhetische Ansprüche übertreffende Bildnerfähigkeit. Wie sagt es Thomas Mann: »Es ist durchaus nicht an dem, daß in der Welt das gut Gesagte geglaubt wird. Umgekehrt glaubt der Bürger allein an einen formlosen Ernst, an eine ungehobelte und glanzlose Moral; Tugend mit Schönheitssinn dünkt ihn lästerliche Frechheit.« Besonders die Literaturwissenschaftler, beileibe nicht nur die französischen, sträuben sich ängstlich gegen die angespitzte, glanzvolle Formulierung, will sagen gegen das scharfe Denken und die unbestechliche Haltung, die sie sich wohl niemals leisten können. Große Kunst aber entsteht aus einer souveränen Haltung heraus, niemals aus der des Kompromisses. Die Kunst des Möglichen hat nichts mit der Kunst zu tun; die wohnt nicht im gleichen Haus wie Herr Popper.

Heine muß auch an Hacks gedacht haben, als er von Goethe sagte, daß der das beeindruckendste Beispiel gegeben habe, »wie man ein deutscher Dichter sein kann und dennoch den Anstand zu bewahren vermag«. Ein deutscher Dichter ist Peter Hacks wahrhaftig. Das Deutsche war mir als erstes an seinem Werk aufgefallen, und ich glaube, ich habe aus Heimweh nach meinem deutschen Kinderland über ihn arbeiten wollen. Sein Deutschland ist diesem Napoleonverehrer immer wichtig gewesen, bis heute. Er hat sich diese Liebe sauer werden lassen und viel Mühsal auf sich genommen, um seinen Landsleuten ihre Geschichte und ihre eigentümlichen Geister zu schildern und zu erklären – ganz wie Heine, ganz wie es Voltaire mit seinem geliebten Frankreich hielt. (Wer es nicht glauben will, der braucht sich nur sein *Ascher gegen Jahn* aus dem Giftschrank zu holen, erschienen bei Aufbau.) Nicht nur wegen der Kunst also, sondern auch damit dies Deutschland zu sich selber komme, lag ihm am sozialistischen Weg und nicht an dem, der über die Geldherrschaft, verbunden mit deutscher Überheblichkeit, führte – und der zur Zeit gegangen wird.

So ist er einer der wenigen, die es tief betrauern, daß nicht der Sozialismus den kalten Krieg gewonnen hat, sondern der Kapitalismus (oder »der freie Markt« oder »die soziale Marktwirtschaft« oder wie immer man den nennen mag). Daß die Sache mit dem »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« eine Etappe zu diesem Sieg gewesen ist, wußte er früher als andere und lange ehe Gorbatschow ein westlicher Medienheld wurde. Daher rührt sein Abscheu vor all den Politikern und Intellektuellen im eigenen Land, die frühzeitig an der Unterminierung der DDR gearbeitet haben, um, was vielleicht nicht jedem ganz bewußt war, rechtzeitig an die westlichen Futterkrippen zu kommen, und die sich nun jammernd die Augen reiben. Vom DDR-Volk aber hat er, anders als die Kollegen, bis heute nicht diese geringschätzige Meinung. Im Gespräch mit Tichy sagt er dazu: »Es gab in der DDR keine einzige Klasse, die den Staat abschaffen wollte. Die Arbeiter wollten es nicht, die Bauern wollten es schon überhaupt nicht, und die technische Intelligenz dachte nicht daran. Sondern was auf den Straßen sich versammelte, war Lumpenkleinbürgertum«, das, wie wir heute wissen, zum großen Teil mit Kirchen oder/und Stasi oder/und westlichen Diensten zu tun gehabt hat (wofür man jetzt die einen verurteilt, die andern nicht, je nachdem, ob man sie noch braucht; Heiner Müller z. B. scheint noch gebraucht zu werden). Was aber das Volk angeht, nun, wer weiß nicht, daß es Menschenweise ist, zum Sieger hinzulaufen. Hacks sagt es klarer und schöner in der »Gräfin Pappel«-Erzählung: »Die überlebenden Rübenbauern erkannten, daß die Pappel gesiegt hatte. Sie verfuhren nach dem Gebot ihrer makellosen Vernunft. Sie huldigten der Schönheit ihrer Feindin und vor allem ihrer Tugend.« Das mit der Vernunft ist nicht ironisch gemeint. Wenn sich das Intellektuellengesindel frühzeitig nach der Decke streckt, warum sollte dann das Volk freiwillig im Regen stehen bleiben.

Lange hatte ich nicht den Grund für Hacks' Ulbricht-Verehrung begriffen. Die sechziger Ulbricht-Jahre sind ihm die »golden sixties«, in denen die DDR eine Kunst-, besonders ein Theatereldorado gewesen sei. Das war übrigens zu der Zeit, wo er öfters verboten war. Aber dazu befragt, sagt er, ein Dramatiker interessiere sich weniger dafür, was mit ihm, als dafür, was mit der Welt geschehe. Hier hinten in Frankreich kannten wir damals von der DDR eigentlich nur ihre beachtliche Schriftstellerproduktion. (Jetzt heißt es, die DDR habe nur aus Prestigegründen so sehr in Kultur gemacht. Ist das nicht aber ein guter Staat, der meint, Kultur zu seinem Prestige nötig zu haben? Andere Staaten setzen andere Mittel ein.) Ulbricht, nun, das war für uns ein eher kauziges Männlein mit sächselnder Fistelstimme und Spitzbart. Seine Feinde – und ich traf bei meinen DDR-Besuchen ab Mitte der Siebziger bei den Intellektuellen fast nur auf solche – hatten an ihm auszusetzen, daß er nicht schöngeistig und außerdem feige gewesen sei. Nun, sächsisch hat August der Starke auch gesprochen, einen Schöngeist haben wir hier gegenwärtig zum Präsidenten (ach, Ihr da drüben ja auch), die Schepperstimme teilte er mit Brecht und die Barttracht mit meinen beiden Großvätern. Und was nun das andere angeht, so stellt sich heraus, daß Ulbricht als einziger, gegen den Willen der Sowjetunion, die DDR zu einem sozialistischen Staat hat machen wollen. Das hatte mir vor Jahren übrigens schon Wolfgang Harich gesagt (der zwar politisch nicht unbedingt mit Hacks übereinstimmt, aber als einer der wenigen neidlos den Dichter und sein Werk bewundert).

Jetzt weiß das jeder, Heiner Müller zum Beispiel. Was aber den Unterschied ausmacht, ist, daß Heiner Müller für die sowjetische Deutschlandpolitik war, während Hacks für die seiner Regierung eintrat. Hacks: »Die Russen haben sich nicht benommen wie in einem Lande, das sie zu einem sozialistischen Brudervolk machen wollen, sondern sie haben es immer

behandelt wie ein Faustpfand für den Westen.« Dies Abschieben nach Westen habe unter Stalin angefangen, sei dann von Ulbricht sehr behindert worden und endlich 1989 gelungen. Die Stasi habe da geholfen, wie sich jetzt anhand der Biographie so mancher Dissidenten herausstellt. Man wußte ja, daß sie von Moskau abhing, und in etlichen Stasibureaus gab es Gorbatschowportraits, die andernorts verpönt waren. (Zu seiner Stasierfahrung befragt, sagte Hacks im Tichy-Gespräch, er könne da nicht viel erzählen, einen normalen Bürger habe die nicht betroffen. Hacks: »Es gab Behörden, mit denen man im Sozialismus nichts zu tun hatte. Das war die Polizei, die Steuer, die Staatssicherheit, also alle diese schrecklichen Fahndungsinstitute, die einem jetzt immer im Genick sitzen.«) Ulbricht war also doch wohl keine Hackserfindung, keine bloße Arbeitshypothese, wie ich lange geglaubt hatte. Ist der feige, der ein strenges Konzept hat und es gegen eine Übermacht durchzusetzen versucht? Aber Adenauer habe ihm dabei geholfen? Nun, der wird auch kein Feigling gewesen sein. Was für Voltaire der Tod Ludwig XIV. gewesen war, bedeutete Hacks also die »Ermordung Ulbrichts durch Honecker«, wie er es nennt. Es sei dann auch prompt nicht nur mit der Politik, sondern vor allem mit dem gesamten Kulturbereich stetig bergab gegangen.

Dramatiker kümmern nur die höchsten gesellschaftlichen Fragen. Sie arbeiten an der Zusammenführung der Vielheit, ganz wie die politisch Mächtigen auch. So ist es kein Wunder, daß die Mechanismen der Macht sie sehr interessieren und ihnen vertraut sind. Übrigens trifft das nicht nur auf die Dramatiker zu. Da hatte man Anstand genug, im letzten Jahr Lorenzo Medici, den Prächtigen, den glänzenden Tyrannen und Mäzen der allergrößten Künstler zu feiern. Es gibt keine große Kunst, die nicht mit ihrer sonderbaren Schwester, der Macht, ins Benehmen getreten wäre. Dort wo die Verursachungen zu einer »Gesamtursache« verknüpft werden und die allgemeinen Dinge ihre obere Ordnung finden, da ist der Platz des Dramas. »Die höchste Frage der Kunst ist die Frage nach der höchsten Politik. Es geht nie bloß um das oberste Gut, es geht immer um dessen Erlangung.« So kann nur ein Dramatiker reden (der übrigens ein Verehrer des ehemals glänzenden französischen Staatsdenkens ist). In einem Staatswesen aber, wo die Macht sich nicht mehr faßlich darstellt, sondern sich auf anonyme Chefetagen zurückzieht und von dort in aller Diskretion ihre Direktiven an die offiziellen Volksvertreter erteilt, und wo man statt vom Allgemeinen von den kaum zu ortenden besonderen Interessen abhängt, da wächst die Willkür und schwindet mit der Hoffnung auf Freiheit auch das Kunstklima. Hacks hält es mit Hegel, der herausfand, daß die größere Freiheit in einem deutlich und deutbar geleiteten Staat zu finden sei; denn der repräsentiere die »Objektivität« gegenüber der »Subjektivität der Stände« – will heute sagen, der Lobbies. Das meint Hacks auch, wenn er sagt, daß heute, wo so ungeheuer viele Daten zugänglich für jedermann seien, und jeder jeden damit erpressen könne, die Stasi eine Lösung des Datenschutzproblems war: »Eine Behörde kriegt alle Daten, die im Lande verfügbar sind, und dafür ist jedem anderen verboten, mit diesen Daten umzugehen.« Seit Ende der fünfziger Jahre habe gegolten: »Die Stasi wußte von allem und machte von nichts Gebrauch.«

Die Sechziger Jahre waren Hacks (und keineswegs nur ihm) wohl deshalb in so günstigem Licht für die Kunst erschienen, weil die unruhigen revolutionären oder stalinistischen Jahre des Anfangs vorüber waren und durch den Mauerbau und durch eine klare sozialistische Politik eine gewisse Ruhe und aufstrebende Richtung eingekehrt war. Damals schrieb der (gerade verbotene) Autor hoffnungsfroh, daß nun die großen sozialen Probleme nicht mehr auf den Nägeln brennen und daß man »endlich zur Sache der Kunst: zum Menschen« kommen könne, denn »bloße Schweinereien wollen beseitigt, nicht bedichtet« werden. Wie geduldig und höflich man dazumal sogar mit erklärten Staatsgegnern verfahren ist, zeigten jetzt zum Beispiel die dankenswerterweise von »Sinn und Form« veröffentlichen »Huchel«-Dossiers. Und Huchel war weiß Gott kein Brecht – wenn er auch so behandelt sein wollte. Einen mißliebigen Intendanten wie Langhoff, der ein dann verbotenes Hacksstück inszeniert hatte, feuerte man nicht einfach – wie heute üblich – , sondern man behielt ihn als Regisseur und Schauspieler weiter.

Und nun? Der schlechtere König findet sich jetzt auch ermordet, und es trifft auf die ehemalige DDR zu, was Goethe für die Jahre nach Neros Tod feststellte (und weiß Gott, Honecker war kein Nero): »Nero hätte in vier Jahren, die das Interregnum dauerte, nicht so viel Unheil stiften können, als nach seiner Ermordung über die Welt gekommen.« Probleme gibt es nun, von denen sich DDR-Bewohner vor einigen Jahren nicht hätten alpträumen lassen. Nur eines von vielen; Hacks: »Wenn in diesem Lande eine Sache nicht in Frage kam, dann war es etwas Profaschistisches oder Antisemitisches. Es fiel keinem ein.« Die leiseste mißverständliche Formulierung hätte ein Donnerwetter zur Folge gehabt. »In diesen beiden Punkten war dieser Staat reinlich und unbescholten.« Auch mit dem Kunstklima ist es endgültig vorbei.

Thomas Mann hatte in seiner Schillerrede in der Mitte unseres Jahrhunderts gesagt: »Das letzte Halbjahrhundert sah eine Regression des Menschlichen, einen Kulturschwund der unheimlichsten Art, einen Verlust an Bildung, Anstand ... der beängstigt.« Wir machen da jetzt weiter. Dabei gab es zur Zeit der Schillerrede in der deutschen Dichtung außer Thomas Mann auch noch Brecht oder Arno Schmidt... Jetzt gibt es Peter Hacks, und der ist verboten. Natürlich kommt man nicht umhin, immer mal wieder eines seiner Stücke zu spielen. An dem Monodrama »Ein Gespräch im Hause Stein über den abwesenden Herrn von Goethe« zum Beispiel geht kein Weg vorbei. »Junger Autor mokiert sich über Goethe«, stand dazu anläßlich einer Pariser Premiere neulich in »Le Monde« – zwei Unwahrheiten in einem Satz. In Deutschland würde man seine Stücke wohl am liebsten aufführen mit der Anmerkung »Dichter unbekannt«. Quelle époque!

Quelle époque? Ich greife beliebig heraus. Da liefert einer lauter Bühnenhits voll »Chaos aus Sinnfetzen«, die den Zuschauer in den »jazzigen Drive seines Sounds« und in den »enigmatischen Autismus« des Autors einspinnen. Die Zeitschrift mit dem sprechenden Namen KONKRET gratuliert einem Prosaisten zum Fünfzigsten, der »die Erlösung der Dinge zu sich selbst« und die »Poetik der Müdigkeit« propagiere, und bei dem alles auf das »Schreiben des Schreibens des Schreibens...« hinauslaufe. Das Gesellschaftliche komme da nicht vor? Doch, z. B. Straßenarbeiter, die »bis aufs Blut Ausgebeuteten...«, die der Autor doch zugleich als »die Erhabenen und zur Festlichkeit des Rätsels Verwandelten« zu zeigen vermöge. Wie sie sich da in den Chefetagen die Hände reiben über diesen ihnen nützenden Quatsch. Doch so habe es der Handke nicht gemeint, der habe einst sogar als poète maudit begonnen? Sicher, und Hacks weiß ihn da zu entschuldigen: »Das Geheimnis ist der Widerspruch der Faulen ... Wenn wir schon nicht gut sind, so sagen sie stolz, so sind wir doch ehrlich.« Und er fügt hinzu: »In der Tat, das ist es, was ihr seid. Nichtswürdig, und dann noch ehrlich!« Er redet da von den Schlegelianern. Das ist nicht mehr das heutige Niveau. – Gibt es denn heute überhaupt nichts Positives in der Kunst? Sicher, man grübelt darüber nach, wie man die Dinge und Dinglein noch etwas genauer benennen könne. Man sei heute in der Lage, mausbraun von flohbraun zu unterscheiden, stellte Peter Hacks fest. Wo aber der genauere Ausdruck nicht mehr der »Ausdruck eines genauen Gedankens oder eines genauen Sachverhalts« ist, da ist bloß Sinnlosigkeit und Rückschritt.

Tatsächlich handelt es sich in unserer gesamten neuern Kunst um eine Zurücknahme der Aufklärung, die ja in Deutschland die Klassik vorbereitet hat. In Bezug auf Peter Hacks besteht nun die Frage: Was macht ein postrevolutionärer Dichter in Zeiten der weltweiten Konterrevolution? Hat er nicht wissen lassen, daß ihm zu Niedergang keine Ideen kämen? Ist jetzt nicht am Platz, was er einst von Brecht gesagt hatte, nämlich daß die miesen Verhältnisse »einen geborenen Klassiker aufs Katheder des Aufklärers« getrieben haben? Aber er hat da beizeiten eine Erfahrung gemacht, die Brecht kaum mehr hat machen können. Übrigens, er konnte mehr als er wußte, das galt für Brecht – das wird wohl auch für Peter Hacks gelten. Seine Werke sind einmal in der Welt, daraus kann kein Verbot und keine Wende sie vertreiben. Hat die Romantik etwa die klassischen Werke überflüssig gemacht? Das »und unverständlich wird mein ganzer Text« von Volker Braun betrifft Hacks Dramen mit ihrem »strahlenden sprachlichen Leib der Zuversicht« am allerwenigsten, ebenso wenig wie es auf die Gediegenheit seiner Lyrik und seiner Prosa paßt.

Das klingt wie Nachruf. Ich spreche aber von einem work in progress. Denn was er über sich und den Niedergang gesagt hat, das ficht er an – theoretisch (à propos Voltaire): »Das Unbeschreibliche ist das Unbeschreibliche, aber wer für einen dramatischen Schriftsteller genommen sein will, sollte es doch zu beschreiben versucht haben« – und praktisch: Nach der Wende entstanden zum Beispiel die Erzählung »Die Gräfin Pappel« (die er nach Voltaires später tieftraurigen, aber keineswegs im Jammerton gehaltenen Erzählung »meinen Candide« nennt), ferner schier ein Dutzend Essays (aber geht so etwas wie der »Voltaire« auf ein Dutzend?) sowie meiner Kenntnis nach drei Theaterstücke, darunter eine Aristophanesadaption (mit einer solchen, dem »Frieden« in der Inszenierung von Besson, hatte er den größten Theatererfolg der DDR-Geschichte). Sein neuer Aristophanes handelt über Pluto; doch leider gibt er ihm den deutschen, allzu deutlichen Namen; ich zitiere aus dem Gespräch mit Frank Tichy; Hacks: »Er heißt bei mir ›Der Geldgott‹. Davon handelt es und ist folglich schon wieder verboten.« Tichy: »Indirekt verboten? Totgeschwiegen...« Hacks: »...war in der DDR fast nichts.« (Natürlich leugnet er nicht die andere Art der Zensur in der DDR, will sagen, die Zensur, der sich ein großer Dichter nur füge, wenn er ästhetischen Gewinn aus ihr schlagen könne.) »Der Geldgott« ist ein Stück über den Niedergang, über das Herunterkommen zur Geldherrschaft, aber es ist nicht mit heruntergekommenen Mitteln gemacht. Da geht es nicht, wie heute üblich, um die bloße Erscheinung, sondern auch um das, was sie verbirgt. Es gibt auch da die dichterische Kohärenz in der Darstellung des Nichtkohärenten, auch in der Unordnung und im Widersinn wird er den Keim zur Methode orten.

Hacks billigt seinen Feinden ein strategisches Niveau zu, was er vielleicht nicht immer sollte. Aber man sieht heute, welch ein Fehler es für den Osten war, seine Feinde unterschätzt zu haben. Dramatik kennt keine kleinen Gegenspieler. Hacks ist gewohnt, sich anzustrengen, und es ist nicht denkbar, daß er irgendeinen Zustand nicht auf dem höchstmöglichen Niveau untersucht. – Sein großes Trauerspiel hatte er bereits drei Jahre vor der Wende geschrieben. Die neuesten Stücke enden heiter; ihr Schluß scheint seltsam unabgeleitet. Das erinnert an die französische Klassik und an das Faust II-Finale, aber in lustig. Der Vorgriff eines gegenwärtigen Klassikers muß enorm sein – und findet statt in klirrender Einsamkeit. »Totgeschwiegensein ist die hohe Schule des Klassikers«, hieß es in den »Maßgaben der Kunst«. Es scheint, als habe diese hohe Schule heute einen einzigen Schüler.

Im April 1992 ist in der Reihe KONKRET Texte der Briefwechsel zwischen Peter Hacks und dem verstorbenen Schriftsteller Ronald M. Schernikau erschienen. – Ronald M. Schernikau: Dann hätten wir noch eine Chance. Gremliza Verlag 1992, 128 Seiten, 18 Mark, ISBN 3-929201-00-3

Heidi Urbahn de Jauregui ist Essayistin und lebt in Montpellier/Frankreich

Konkret 03/93, S. 45

Gerhard Bolte

Der letzte Dinosaurier

Zum Tod des Philosophen und Literaturwissenschaftlers Leo Löwenthal

Die Trauer um den Untergang des bürgerlichen Individuums, das durch Bildung und wirtschaftliche Unabhängigkeit der integralen Tendenz der spätkapitalistischen Gesellschaft noch einigen Widerstand bieten konnte, war nach dem Urteil Hans-Jürgen Krahls ein wichtiges Motiv der kritischen Gesellschaftstheorie des 20. Jahrhunderts. Mit dem Tod des Philosophen und Literaturwissenschaftlers Leo Löwenthal, der in den dreißiger Jahren gemeinsam mit Horkheimer, Adorno, Marcuse u. a. die Kritische Theorie entfaltet hat, wird dieses Motiv noch einmal aktuell.

Leo Löwenthal ist am 21. Januar 1993 im Alter von 92 Jahren in Berkeley gestorben. Er war nicht nur der letzte Überlebende aus dem inneren Kreis des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, sondern auch der letzte bedeutende Repräsentant der um die Jahrhundertwende geborenen jüdischen Intellektuellen, die über die Tradition des deutschen Idealismus ebenso verfügten wie über die Marxsche Theorie und die materialistische Psychologie Sigmund Freuds und die dieses Wissen in kritischer Zeitdiagnostik fruchtbar zu machen verstanden. Weltkrieg, russische Revolution, Weimarer Republik, Aufstieg des Faschismus, Vertreibung, Emigration in die USA, 2. Weltkrieg in amerikanischer Perspektive, Kalten Krieg und Restauration, Studentenrevolte, Vietnamkrieg, 2. Restauration und Liquidation des Staatssozialismus – all dies hat Löwenthal als waches, politisch denkendes Subjekt miterlebt. Die trockene Aufzählung läßt seinen Reichtum an reflektierter historischer Erfahrung kaum erahnen. Kurz – Löwenthal war, was Adorno mit dem Wort »Dinosaurier« zu bezeichnen pflegte. Leute, die ihn persönlich kannten, berichteten von dem Eindruck, daß in ihm eine versunkene Epoche nachzitterte.

Leo Löwenthal wurde im Jahre 1900 als Sohn eines aufgeklärten Arztes aus jüdischem Hause geboren. Nach kurzer Teilnahme am Weltkrieg machte er die für seine politische Sozialisation wichtige Erfahrung der Niederwerfung der proletarischen Revolution in Deutschland. Nach dem Studium der Jurisprudenz, Mathematik, Philosophie und Soziologie trat er 1926 in das Institut für Sozialforschung ein, das seine Blütezeit in den dreißiger Jahren unter Horkheimers Leitung erlebte. Ab 1932 redigierte Löwenthal die während der Studentenrevolte zu spätem Ruhm gelangte »Zeitschrift für Sozialforschung«.

In dieser Zeit konzipierte er auch seine kritische Literaturwissenschaft auf der Grundlage des historischen Materialismus. »Jede ›Geistes‹- und ›Verstehens‹wissenschaft, die sich auf die Autonomie oder mindestens auf die autonome Deutbarkeit gesellschaftlicher Überbaugebilde beruft, vergewaltigt das Wissenschaftsgebiet der menschlichen Vergesellschaftung«, schreibt er in der Erstausgabe der »Zeitschrift für Sozialforschung«. »Eine echte erklärende Literaturgeschichte aber muß materialistisch sein. Das heißt, sie muß die ökonomischen Grundstrukturen, wie sie sich in der Dichtung darstellen, und die Wirkungen untersuchen, die innerhalb der durch die Ökonomie bedingten Gesellschaft das materialistisch interpretierte Kunstwerk ausübt.« Literaturkritik war für Löwenthal nicht Ersatz, sondern Medium der Gesellschaftskritik. In seinen Studien ist er der wechselnden Funktion einer individualistisch verengten Sicht des Gesellschaftlichen in der Vorkriegsliteratur nachgegangen.

Jahrzehntelang hat Löwenthal daran gearbeitet, sein Programm einer materialistischen Literaturgeschichte umzusetzen. Am Beispiel von Cervantes, Shakespeare, Molière, Goethe, Mörike, Keller u. a. untersuchte er das bürgerliche Bewußtsein in der Literatur unter der Perspektive ihrer ideologischen Funktion. »Literatur dient immer vornehmlich dazu, ein gesellschaftliches Bewußtsein zu schaffen und zu erhalten, das mit den Interessen der bestehenden Mächte übereinstimmt.« Soweit die literarischen Werke sich dem konformistischen Zweck nicht von sich aus fügen, werden sie durch die Art und Weise ihrer Rezeption in die gewünschte Richtung gedrängt. »Die oppositionelle Stoßkraft radikaler Literatur und radikaler Tendenzen in der Literatur wird erheblich verringert, indem man sie bloß als Kulturinhalte, als amüsante Zerstreuung oder gar nur als schöne Form hinstellt.«

Mit eigenen Arbeiten beteiligte Löwenthal sich an den vom Institut für Sozialforschung eingeleiteten umfangreichen Studien zum Themenkreis des autoritären Charakters, des Antisemitismus und der faschistischen Agitation. Sein Anteil an der Diskussion und Formulierung der Thesen zur »Dialektik der Aufklärung« wird im Vorwort von den Autoren ausdrücklich erwähnt. Als Horkheimer und Adorno nach dem Kriege nach Deutschland zurückkehrten, blieb Löwenthal in den USA. Mit der anglophonen Umgebung war er besser zurechtgekommen als seine Frankfurter Freunde. 1956 wurde er als Professor für Soziologie an die Universität Berkeley berufen, wo er bis zu seinem Tode lehrte. In den sechziger Jahren legte er schließlich eine umfangreiche, historisch ausgreifende Untersuchung über die Massenkultur vor, in der er die biographische Mode und den mit ihr einhergehenden Star-Kult kritisierte.

Charakteristisch für Löwenthals Umgang mit seiner eigenen bewegten Biographie ist eine Episode, die er 1979 in einem Interview mit Helmut Dubiel zu Protokoll gab: »Ich habe die russische Revolution als einen Akt der Befreiung der Menschheit erlebt, dies nicht nur politisch, sondern auch kulturell und philosophisch. Ich erinnere mich daran so genau,

weil dann in einer späteren Phase meines Lebens, als ich in der McCarthy-Zeit vom State Department ›nachuntersucht‹ wurde, um meine Loyalität gegenüber der amerikanischen Regierung zu prüfen, mich der Untersuchungsbeamte fragte, ob ich jemals für die Sowjetunion Sympathien gehabt hätte. Das habe ich dann entschieden mit Ja beantwortet, und er fiel fast vom Stuhl. Er hat mich dann noch einmal gefragt, ob ich ihn auch richtig verstanden hätte. Ich sagte ihm, er hätte falsch gefragt ...«

Wer sich von den Instanzen der Macht auch dann nicht imponieren läßt, wenn etwas davon abhängt, beweist Format. Das unterscheidet ihn von den vielen befristeten Adepten des Marxismus, die heute als windelweiche Renegaten vor den Institutionen Schlange stehen, weil die anderen den Durchmarsch gemacht haben. Löwenthal wäre es nicht im Traum eingefallen, die Ideen seiner Jugend zu verraten oder seine Lebensgeschichte als revolutionäre Folklore an die Feuilletons zu verramschen. Vielleicht ist dies das Geheimnis seiner bis ins Alter bewahrten ›Jugendlichkeit‹, die ihm kürzlich von der »FAZ« attestiert wurde.

Besiegelt der Verlust kritischer Theoretiker den Verlust kritischer Theorie, der sich seit dem Tode Adornos scheinbar unaufhaltsam vollzieht? Die kritische Theorie versteht sich als »unablösbares Moment der historischen Anstrengung, eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt« (Horkheimer). In einer Welt, in der von dieser Anstrengung nichts mehr zu erkennen ist, hat sie den Halt verloren. Das ist der objektive Grund für die Orientierungslosigkeit der Intellektuellen. Die paar Versprengten, die sich durch ihre Ohnmacht nicht dumm machen lassen, an richtigen Einsichten festhalten und immer noch versuchen, die Theorie als kritische Waffe gegen die hereinbrechende Barbarei zu richten, sind auf ihr eigenes Denkvermögen angewiesen. Anlehnen können sie sich nirgends mehr. Verschwunden ist der mächtige Staatssozialismus, verschwunden sind die Befreiungsbewegungen an der Peripherie – und die alten Herren können ihnen nur noch durch ihre Schriften ein Licht aufstecken. Das kritische Subjekt, das die Idee der solidarischen Menschheit mit sich herumträgt, ist so allein wie die Menschheit im Universum. Aber noch ist die Idee in der Welt.

Gerhard Bolte schrieb in KONKRET 9/92 über die kritische Theorie Max Horkheimers

Konkret 03/93, S. 46

Karl Anton & Vororth

kurz und neu

Urs Haldimann, Stephan Dietrich: Unser täglich Fleisch – So essen wir die Welt kaputt. Unionsverlag 1992, 212 Seiten, 26 Mark

Es hat sich herumgesprochen, daß die Sache mit dem Schweinefleisch, vom Standpunkt des Schweines wie des menschlichen Konsumenten aus, häufig eine Sauerei ist. Auch daß die Massenaufzucht von Kälbern und Hähnchen »irgendwie« mit der weltweiten Unterernährung zu tun hat, gehört heute zum Bildungsgut jedes halbwegs aufgeschlossenen Mitteleuropäers, genauso wie die Vermutung, daß das Ozonloch mit dem Big Mac zusammenhängt.

Irgendwie. Genaueres ist in *Unser täglich Fleisch* zu erfahren, einer Zustandsbeschreibung der Branche, die mit der Herstellung und Verteilung der Ware Fleisch befaßt ist.

Die beiden Schweizer Journalisten Urs Haldimann und Stephan Dietrich haben sich in Schweineställen umgesehen, in denen der Fütterungscomputer grunzt und eine Batterie von Neuroleptika, Betablockern und Antibiotika auf den Einsatz wartet, die so manchen Hochleistungssportler vor Neid erblassen lassen würde.Sie berichten von der Front der Fortpflanzungstechnologie, wo mittels Klonierung oder Genmanipulation den Rindern höheres Fleischwachstum, stärkere Milchleistung und größere Widerstandskraft verpaßt werden sollen. Sie erzählen von Subventionsschwindel und Methangasanstieg, von indischen Kühen und brasilianischen Hähnchen und von der Rinderresteverwertung der Suppenkocher, aus deren Kesseln ein großer Teil der Schlachtabfälle wieder in die Tröge der Mästereien wandert.

Ein Überblick über die Folgen der Gier nach dem angeblichen »Stück Lebenskraft«. Eine Materialsammlung, vornehmlich auf Schweizer Verhältnisse bezogen. Von Interesse aber durchaus auch für jemand, der nicht auf Anhieb zu sagen weiß, was ein »Güggeli« ist, woraus beim Kalb das »Plätzli« geschnitten wird und was der Metzger alles in den »Alpenküber« stopft.

Konkret 03/93, S. 46

Susanne Fischer

kurz und neu

Gerhard Henschel: Moselfahrten der Seele. Referate & Räuberpistolen. Verlag Weisser Stein 1992, 22 Mark

Dem Leser ist es allemal lieber, diese Sammlung von Glossen, Berichten, Satiren und Parodien gemütlich zur Hand zunehmen, statt dem umtriebigen Autor Gerhard Henschel auf der permanenten Hetzjagd durch die Medien der Republik (u.a. »Frankfurter Rundschau«, KONKRET und »Kowalski«) zu folgen. Der Boden, von dem sich die auch thematisch breit gestreuten Texte nähren, ist ein starker und programmatischer Zweifel an der vorgeblichen Sinnhaftigkeit der Erwachsenenwirklichkeit; ein Gefühl, das der Autor uns in erfreulich unverkrampfter Gemütshaltung präsentiert. Nicht die Verletzung durch eine falsch eingerichte Welt, sondern die Verwunderung über die Merkwürdigkeit ihrer Ausprägungen, Mondgloben und Knirschschienen produziert Komik.

Aufregend werden die Geschichten, wenn Henschel das Alltägliche und Private nicht nur beschreibt, sondern zum Weltenschlüssel macht. Die Klassenfahrt, das Betriebsfest, die Knorrtütensuppenfamilie entwickeln sich dann zu einleuchtenden Metaphern für den kollektiven Wahn; die Intensität dieser Texte, die manchmal doch einem unkindlichen Erkenntniswillen verpflichtet sind, entsteht durch die Konzentration auf eine Problemstellung, eine literarische Form oder auch nur auf eine Grundsituation wie im »Göttinger Protokoll«. Leider geht Henschel manchmal lieber den verlockenden Weg, die nicht mehr zu durchblickende Zerwirrnis der Welt in unüberschaubaren Abschweifungen abbilden zu wollen. Dabei verläßt er sich oft zu sehr auf Komik-Chiffren aus dem allgemeinen Anti-Spießer-Konsens (z.B. Ikea, Vogelpark Walsrode) und zu wenig auf seine Kunst. Merklich problematisch wird die vom Autor vorausgesetzte Evidenz des Materials dann bei den Artikeln über Christa Meves und H.E. Richter. Nur weil beide Figuren dummes Zeug schwätzen, werden Texte über sie noch nicht witzig. Wie komisch und klug strahlt dagegen die ebenso knappe wie formbewußte Glosse »Die sogenannte Wirklichkeit«!

Die Unverwechselbarkeit der Henschel-Texte gibt mir in der großen wüsten Welt unserer Zeitschriften oft das schöne Gefühl freudigen Wiedererkennens. Nach der Buchlektüre möchte ich anregen, den pointenähnlichen und bisher namenlosen Ein-Satz-Schluß-Nachklapp, dem dieses Phänomen zu mindestens drei Vierteln anzulasten ist, künftig offiziell »Henschel« oder »Schluß-Henschel« zu nennen.

Hat jemand was dagegen?

Konkret 03/93, S. 46

Chris Toffel

kurz und neu

Wojciech Jaruzelski: Mein Leben für Polen. Erinnerungen. Mit einem Gespräch zwischen Jaruzelski und Adam Michnik. Aus dem Französischen von Hans-Jürgen Kray. Piper 1993, 387 Seiten, 46 Mark

Die Erinnerungen von Wojciech Jaruzelski dürften seit den Memoiren des sowjetischen Marschalls Georgi Shukow der interessanteste Text sein, den je ein realsozialistischer Militär vorgelegt hat. Obwohl manche Eingangsbemerkung (»tränenverschleierte Augen vor der Fahne«) anderes vermuten läßt, fehlt dem ehemaligen polnischen Staatschef das übliche soldatische Pathos. Persönliche Eindrücke geraten leider in der deutschen Fassung (der die französische Übersetzung, nicht das polnische Original zugrundeliegt) oft indifferent, obwohl sie in der polnischen Ausgabe noch ganz eindeutig waren. So verschwindet die Bitterkeit des polnischen Originals im Deutschen fast vollständig. Die Amtsübergabe an Lech Walesa, bei deren offiziellem Teil Jaruzelski – obwohl amtierender Staatschef – nicht anwesend sein durfte, erscheint entgegen der Originalfassung plötzlich als gar nicht so unfreundlich.

Doch diese ärgerliche Übersetzungsmethode schadet dem Buch insgesamt nur am Rande. Jaruzelskis Erinnerungen beginnen mit seiner Kindheit als »kleiner Herr« in Trzeciny in der Nähe von Bialystok. Die Schulzeit in Warschau endet mit der Flucht des 15jährigen, als die Deutschen 1939 einmarschieren. Im litauischen Exil bleibt die Familie Jaruzelski bis 1941, dann wird sie wie viele andere im Zuge der Sowjetisierung der baltischen Staaten in den Nordosten Sibiriens verschafft. Als wegen der Entdeckung des Massengrabes in Katyn die diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und der polnischen Exilregierung abgebrochen werden und in der Folge die UdSSR selbst polnische Militäreinheiten aufstellt, kommt Jaruzelski, 19jährig, in deren Offiziersschule. Er bleibt auch nach Kriegsende Soldat – bis zum 6. Dezember 1990. 1968 wird Jaruzelski Verteidigungsminister der VR Polen, zuletzt ist er Oberkommandierender.

Jaruzelski war seit 1947 Mitglied der polnischen KP; er schildert seine Gründe für den Eintritt wie den Übertritt von einer Religion (dem katholischen Glauben) zu einer anderen – pragmatischeren, gerechteren. Politische Erfahrungen werden von ihm aber recht ideologiefrei ausgewertet. Das hat über weite Strecken den Vorteil, daß man eine Menge Hintergründe zum Verhältnis Polen-Rußland erfährt, zur Funktionsweise der Warschauer Paktes, zur Finanzierung des polnischen Militärbudgets, zur Struktur der inneren und äußeren staatlichen Sicherheitsorgane sowie über die polnischen Nachkriegsgeschichte.

Seit 1964 gehörte Jaruzelski zum Zentralkomitee und kannte den inneren Zirkel der polnischen Staatsmacht. Zusammen mit Gierek verhandelte er schon 1970 mit streikenden Arbeitern in Szeczin und Gdansk. Ab 1976 wurde er im Politbüro mit der immensen Auslandsverschuldung Polens konfrontiert, in der er im Rückblick völlig zutreffend die wesentliche Grundlage für die frühzeitige Aushebelung der realsozialistischen Ökonomie in Polen sieht. Die politische Bedeutung der Wahl von Karol Wojtyla 1978 zum Papst scheint Jaruzelski allerdings erst später begriffen zu haben: 1980 nennt er Mazowiecki, Cywinski, Wielowieyski, die Berater des Danziger Streikkomitees, die »drei Männer des Papstes«.

Nach der Unterschrift unter die sogenannten Danziger Verträge im August 1980 lief die betriebliche Basis der PVAP zur Solidarnosc über. Die Arbeiter konnten dies in dem Glauben tun, Sozialisten zu bleiben, denn noch am 1. November 1980 schrieb Lech Walesa in »Polityka«: »Wir stellen den Sozialimus nicht in Frage. Wir werden sicher nicht zum Kapitalismus zurückkommen, und wir versuchen nicht, irgend ein westliches Modell zu kopieren.« Selbst Jaruzelski gesteht ein: »Monatelang sollten wir uns an diesem Gedanken festhalten, bis wir merkten, daß wir auf der falschen Fährte waren.«

Der konterrevolutionäre Prozeß, der danach beginnt, wird von Jaruzelski sehr genau und lehrreich beschrieben. Als der Regierung am 30.11.1980 vom polnischen Parlament Vollmachten verweigert wurden (Kardinal Glemp hatte zuvor einen Brief an alle Abgeordneten geschrieben und sie dazu aufgefordert) und kurz darauf die Solidarnoscführung beriet, mit einem Generalstreik gegen den sozialistischen Staat vorzugehen, entschloß sich die Gruppe um Jaruzelski, zum Kriegsrecht zu greifen.

Jaruzelski schildert das Eingreifen des Vatikan in Polen und die umstandslose Übernahme nationalistischer und antisemitischer Parolen durch Solidarnosc: »Polen werde von einer Bande Moskauer Juden regiert«, hieß es. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, daß sich die führenden Kräfte in und um die PVAP bereits vor dem Kriegsrecht zwischen dem Hegemoniedruck der sowjetischen Führung, der Solidarnosc und ihrer internationalen Anleitung aufrieben.

Die Memoiren des polnischen Generals nehmen dem Leser zwei Vorurteile oder Illusionen. Erstens: Jaruzelski war kein Militärdikatator, und zweitens: schon gar kein roter. In seinen Schlußbemerkungen versucht er leider, sich als polnischer Gorbatschowverschnitt darzustellen. Doch so schlecht sollte er sich nicht machen.

Konkret 03/93, S. 47

Berthold Brunner

kurz und neu

Jürgen Elsässer: Antisemitismus – Das alte Gesicht des neuen Deutschland. Dietz-Verlag Berlin 1992, 158 Seiten, 19,80 Mark

Die antisemitische Renaissance, die mit der deutschen Wiedervereinigung einsetzte, untersucht Jürgen Elsässer in seinem im letzten Herbst erschienenen Bändchen *Antisemitismus – Das alte Gesicht des neuen Deutschland.*

Im Zentrum stehen Untersuchungen und Thesen zum Zusammenhang von Renationalisierung und dem aktuellen Antisemitismus. Die Umfrageergebnisse aus der Zeit der »alten« Bundesrepublik machen deutlich, daß Antisemitismus in der BRD zwar tabuisiert, doch stets vorhanden war. Mit der Wiedervereinigung, so die These des Autors, ließ das Ende des Tabus wieder offene und aktivistische Erscheinungsformen zutage treten. Gleichzeitig ist Antisemitismus seitdem in der Jugend (die ebenfalls nie frei davon war) wieder überdurchschnittlich vertreten. Elsässer verwirft vor diesem Hintergrund die landläufige Bewertung des »verordneten« DDR-Antifaschismus. Das Ende der »Verordnungen« im Osten wie Westen Deutschlands wird in verschiedenen interessanten Studien vielmehr negativ bilanziert – etwa in Betrachtungen über den Zusammenhang von Antisemitismus und Wohlstandsrassismus oder über die Wandlungen bundesdeutscher Israelpolitik.

Vor allem im dritten Teil kritisiert Elsässer das Versagen der deutschen Linken. Gegen latenten und wieder manifest werdenden Antisemitismus habe sie teils nonchalant reagiert, teils habe sie via Antizionismus antisemitische Klischees reproduziert. Arbeite die Linke solche Fehler und dahinterstehende theoretische Irrtümer nicht grundsätzlich auf, werde sie angesichts der kommenden antisemitischen Renaissance notwendigerweise versagen. Da Elsässer Antisemitismus und Nationalismus als eng verkoppelt begreift, fordert er von der Linken eine konsequent antinationale Haltung – »Links«, schließen diese Ausführungen, »ist da, wo keine Heimat ist...«

Konkret 03/93, S. 48

Georg Seeßlen

Bekennen - Verzeihen - Kapitulieren

Reality-Shows, in denen Menschen vor der Kamera kapitulieren, weil sie im Fernsehen die einzige noch helfende Institution sehen, sind die neue Errungenschaft des Privatfernsehens

Nie war das Fernsehen so sehr unser Fernsehen wie heute. Wir sind die Einschaltquoten, wir schreiben Leserbriefe an »Gong« und »Bild«, wir können richtig fies werden, wenn wir jemanden nicht mehr mögen, wir wollen nicht mehr freundlich betätschelt werden, oder höchstens ab und zu, sondern gnadenlosen Spielen zusehen, und uns soll man fragen, ob der Daumen nach oben oder unten geht.

Wenn man die Beziehung zwischen dem Fernsehen und seinen Konsumenten, die immer mehr in die Rolle eigentlicher oder wenigstens symbolischer Mit-Produzenten drängen, als eine der Macht beschreibt, so darf man nicht vergessen, daß aus Abhängigkeit und Zwängen, aus Belohnungen und Bestrafungen immer auch eine Gleichzeitigkeit von Liebe und Haß entsteht. Um zu begreifen, was zwischen Fernsehmachern und Fernsehzuschauern geschieht, ist es viel aufschlußreicher, den Haß als Referenz heranzuziehen als Liebe oder auch nur Sympathie. Das Fernsehen ist immer da, wie ein Ehepartner, den man haßt und ohne den man doch hoffnungslos verloren wäre.

Die rasante Entwicklung, die das Fernsehen auch bei uns seit der Einführung der Privatsender genommen hat, beschreibt sich nicht allein in dem hemmungslosen Populismus und der anti-intellektuellen und anti-kulturellen Attitüde, sondern vor allem in einer stetigen Intimisierung. Während es zunehmend von Geschichte und Politik absieht, erobert das Medium immer neue Bereiche des bürgerlichen Innenlebens, den Körper, die Seele, den Lebensentwurf, die emotionale Verstrickung.

Neben der Grenze zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen ist auch die Beziehung von »Ereignis« und »Bild« verschwommen. Wir sind bei Sendungen wie »Ich bekenne«, »Verzeih mir« oder »Bitte melde dich« Polizei, Richter, Geschworene, Staatsanwälte und Verteidiger zugleich; wir befinden uns in einer perfekten Simulation gesellschaftlicher Macht. Und auch die Maschine selbst ist alles zugleich, Papst und Kaiser, Beichtvater und Hure, Räuber und Gendarm, eine Autoritätssimulation, die sich aus dem eingespeisten »wirklichen« Leben bildet: Nachdem die Partnersuche und die Hochzeit medialisiert worden sind, folgt nun in Sendungen wie »Ich bekenne«, »Verzeih mir« oder »Bitte melde dich« die Medialisierung der Konfliktsituationen: Das Vergehen wird gestanden, der Streit wird (vielleicht) geschlichtet, und wer seine Familie verlassen hat, soll durch den Aufruf im Fernsehen zurückgeholt werden. Es ist die Simulation von »Therapie«.

Keine der Sendungen durchbricht wirklich ein Tabu, das nicht schon vorher viel heftiger, wenn auch vielleicht mit anderen Zielsetzungen, durchbrochen worden wäre. Alle Medien haben den Vorstoß in die Intimität des Lebens unternommen, der bürgerliche Roman vorneweg, und auch der Dokumentarfilm mußte stets die Grenzen der Innenräume durchbrechen. Der Unterschied liegt also zum einen in der Institutionalisierung, zum anderen im seriellen Format, das seine Form, anders als der Roman und anders als der Film, nicht aus dem Thema, sondern aus der eigenen Ordnung, seiner Macht über den Gegenstand heraus entwickelt.

In dieser nur einseitig kontrollierten Intimität (der Mensch hat kapituliert, aber das Fernsehen weiß gerade noch, was sich gehört) macht der Mensch in einer solchen Sendung vor allem das Groteske und Peinliche an einem Leben öffentlich, er reduziert es sogar darauf. Über Bord geht ganz zwanglos dabei das Konzept der »Würde« des Menschen. Sie besteht, einmal abgesehen davon, daß man sie sich immer und überall erarbeiten und erkämpfen muß, in einem freiwilligen Verzicht der Öffentlichkeit darauf, dem Menschen in bestimmte Räume seiner Lebensarchitektur zu folgen und dem freiwilligen Verzicht des Menschen darauf, die Öffentlichkeit in direkter Form mit den absonderlichen Aspekten der eigenen Biographie zu behelligen.

Die Veröffentlichung des Privaten indes scheint die Krankheit der Zeit; weil sich Öffentlichkeit als politischer und kultureller Raum leert, drängt gleichsam das Private auf die Piazza. Umgekehrt ist die Durchdringung von Privatem und Öffentlichkeit eine Voraussetzung für die Ersetzung der Demokratie durch den Populismus, der durch die falsche Intimisierung der Politik seine Wirkung erzielt. Bei Sendungen wie »Ich bekenne« geht es tendenziell aber auch um die Abschaffung des Rechtsstaates; es werden bereits neue, populistische Formen der alltäglichen »Gerechtigkeit« erprobt. Der »Weg in die Öffentlichkeit« bedeutete bislang stets auf die eine oder andere Weise eine Auseinandersetzung mit der Macht. Hier aber läßt sich der Proband sozusagen in die Öffentlichkeit fallen, das Medium ist der mütterliche Schoß, man sucht Schutz in einer Öffentlichkeit, die immer noch mehr Heil verspricht als die Hölle der Privatheit. Er überträgt der medialen Öffentlichkeit einen Teil seiner Lebensführung und der Verantwortung dafür. Was da freiwillig und lustvoll geschieht, wird andernorts durch Zwang und Gewalt erreicht: Entmündigung. Das Publikum hat dabei offenbar das Recht, eher gekränkt zu

reagieren, wenn die angebotene Versöhnung nicht angenommen wird: Renitenz. Damit aber ist der Weg in die Öffentlichkeit auch ein Schauspiel der Unterwerfung, und eben dies ist auch die Dramaturgie der Sendungen.

Allen Sendungen des Typs gemeinsam ist, daß ihr Vorspann einer ganz und gar anderen Dramaturgie gehorcht als die eigentliche Sendung. Es wird das große Melodram versprochen, und es kommt nur Alltägliches; das ist schon eine Erlösung. »Ich bekenne!« zeigt im Vorspann dröhnende Wolken, eine gepfiffene Schicksalsmelodie über dräuenden Synthesizern erklingt, männliche und weibliche Stimmen rufen, von Reue, Panik und Schmerz gezeichnet: »Ich bekenne!« in den Äther, weibliche Hände falten sich, so zwischen nervöser Abwehrbewegung und Gebet, undeutliche Gesichter aus den Wolken sprechen: »Ich bekenne!«, ein Auge sieht ganz nah in die Kamera, blinzelt einmal, die Kamera zieht auf ins Blau des Studios, zu dem eine milchglasverdeckte Wendeltreppe führt. Was nach dieser Sequenz kommt, kann gar nicht mehr mit »Information« verwechselt werden; es ist ein wohliges Hineinsinken in irgendetwas Halbverbotenes.

Ein Mann steigt herab. Er geht zu einem runden Tisch, an dessen einer Seite die Moderatorin Sybille Storkebaum sitzt, die von ihrem Gegenüber durch eine Milchglasscheibe so getrennt ist, daß man ihn nicht erkennen kann. Die Szene erinnert ebenso an einen Besuch im Gefängnis wie an einen modernisierten Beichtstuhl. Sie informiert uns kurz darüber, daß die Bundesdeutschen nach einer Schätzung des Bundeskriminalamtes pro Jahr 400 Millionen Mark für Kinderpornographie ausgeben. Sie scheint wirklich erschüttert. »Aber damit solche Kunden bedient werden, muß es ja erst einmal Leute geben, die so etwas produzieren«.

Der bekennende »Günther« hat seine Rolle perfekt einstudiert; er wolle, nachdem er Zeit gehabt habe, darüber nachzudenken, die Öffentlichkeit warnen, »daß man nicht vorsichtig genug sein kann«. So beginnt er. Er ist dafür, daß die Gesetze verschärft werden, gibt sich durch und durch einsichtig, ist offenbar längst schon inoffizieller Mitarbeiter der Kriminalpolizei.

Gelegentlich fährt die Kamera auf die Hände, fährt nach oben oder um die Seite, als wolle sie dann doch noch die Identität des Probanden preisgeben, aber, reingefallen, jedesmal ist wieder eine Milchglasscheibe davor. Nehmen wir das Unterwerfungsspiel und diese Dramaturgie zusammen, so haben wir eine Illustration der alten Kriminalroman-Weisheit, daß sich der Täter nirgendwo so gut verstecken kann wie in aller Öffentlichkeit.

Noch möchte man rätseln, ob nicht vielleicht doch ein Quentchen Aufklärung in dieser Veranstaltung zu finden sein mag, vielleicht könnten wir für den Augenblick wirklich erschrecken vor der Banalität des Bösen, da hebt er an zu erzählen, wie Männer sich kleine Mädchen gefügig machen und die Moderatorin unterbricht ihn: »Wir müssen zum Ende kommen.«

Kann man besser ausdrücken, daß es nur um das Format, das Ritual, das Entertainment geht? Die Verlagerung der Schuld vom Täter auf die Allgemeinheit: Er habe doch immer mit der Angst leben müssen, entdeckt zu werden, und nun ist eigentlich er das Opfer: »Mit der Angst lebt sich’s schlecht.«

»Mir ist das jetzt unheimlich schwer gefallen, nicht unheimlich aggressiv zu werden, wenn ich mir das vorstelle, diese großen Männer und diese kleinen Kinder«, leitet die Moderatorin genauso seltsam, wie sie sie begonnen hat, die Sendung aus. Nun können wir auf einer »Hotline« uns zum Thema äußern. »Nächste Woche bekennt Roberta: Mein Mann weiß nicht, daß ich als Edelhure arbeite«, dröhnt die Männerstimme aus dem Off. Blaues Ende.

Die Dramaturgie von »Verzeih mir«ist naturgemäß aufgeregter, die Sensationen müssen erst einmal geschaffen werden. Werbung und, nun ja, Musik gibt es auch zwischendurch. Der einzelne Block sieht so aus: Jemand erzählt im Studio der Moderatorin, wen er um Verzeihung bitten will und wofür. Dann sieht man einen Blumenstrauß vor der Kamera an einer Tür, jemand, den man um Verzeihung bitten will, kommt heraus, und eine Männerstimme erklärt den Umstand. (Auch das ein altbekanntes Ritual: ein Dritter als Bote zwischen Entzweiten, der ein Geschenk überbringt.) Wird der Blumenstrauß angenommen, so ist auch die Versöhnung eingeleitet und meistens trifft man sich dann (nach gebührendem Spannungsaufbau) im Studio und heult erst einmal. Dafür gibt es die praktischen »Verzeih mir«-Taschentücher.

Im allgemeinen kann man es schon im vorhinein sagen, welche Versöhnung klappen wird und welche nicht: Wenn es um Geld geht, kann auch das Fernsehen nichts ausrichten.Ein anderer Zusammenhang, nicht unbedeutend für eine Maschine, die gesellschaftliche Macht simuliert: Es wird von oben nach unten leichter und mit mehr Show (und notwendiger) vergeben als umgekehrt, ja das Oben scheint stets nur auf die Chance gewartet zu haben, seine Großmut öffentlich unter Beweis zu stellen. Der Höhepunkt ist der Vater, der seiner Tochter verzeiht.

Bei den Probanden ist nicht mehr so recht auszumachen, wer eigentlich Täter und wer Opfer ist. Von der Dramaturgie her ist nämlich der Täter eindeutig in der besseren Position. Nicht nur, daß er sich des Apparates bedienen kann, er darf auch stets mit der Sympathie des Publikums rechnen, wohingegen das einstige Opfer eher vorgeführt und schon ein Zögern bei der Versöhnungsbereitschaft übel vermerkt wird. Es gibt für den um Verzeihung »Gebetenen« nur die Möglichkeit, sich zu unterwerfen oder den Bösewicht zu spielen. Die angebliche Versöhnung also hat das Täter-Opfer-Verhältnis nicht aufgehoben, sondern nur bestätigt, so gut wie auch die Forderung nach Absolution in »Ich bekenne« nicht bloß die Banalität des Bösen offenbart, sondern es in seiner Wirkung bestätigt. Die Gemeinschaft nimmt gar nicht den reuigen Sünder wieder auf, sie fordert vielmehr die Unterwerfung des Opfers unter sein Schicksal.

»Verzeih mir« hat vor allen Sendungen des Genres die höchsten Einschaltquoten, etwa so hoch wie »Herz ist Trumpf«, und wird nur noch von der »Traumhochzeit« überboten. Sie ist nicht nur Ritual und Befriedigung sozialer Neugier, sondern auch perfektes Verhaltensmodell: Tue Böses und sprich darüber.

Vielleicht ganz wider Willen erklärt der Pressesprecher von Sat 1, Herr Zurstraßen, mit dem Konzept von »Bitte melde dich« den sozialen Hintergrund der Sendeform; da geht es nämlich nach seinen Worten »um zum Teil ergreifend einfache Menschen, die vor ihrer Situation kapitulieren«.

Die Kapitulation vor der laufenden Kamera ist das eigentliche Thema der Sendungen: das tränenselige Mitleid, die geile Neugier ist zweites Produkt: der Mensch, der vor seinem Leben und vor seinen Konflikten kapituliert, der seine Seele bloßlegt, der heult und dummes Zeug plappert, weil er in der großen Maschine Fernsehen die einzige noch helfende Institution sieht, überträgt wahrhaft unheimliche, symbolische Macht auf den Zuschauer.

Was geschieht, ist also ein Verlust an Würde und ein Gewinn an Akzeptanz. Die öffentliche Beichte entspricht ebenso uralten Gemeinschaftsritualen (die sich die Kirche angemaßt hat in einem dritten Raum zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen) wie der gemeinschaftliche Versuch, Konflikte zu lösen. Auch hier simuliert das Fernsehen nur gesellschaftliche Vorgänge. Aber die Kontrolle über solche Vorgänge produziert Demütigung auf der einen und Macht auf der anderen Seite.

Die Maschine zur Simulation gesellschaftlicher Macht wird wirklich benutzt. Sie manipuliert uns nicht so sehr dadurch, daß sie beinahe unendliche Möglichkeiten zur Manipulation und Selbstmanipulation offeriert. Sie ist notwendig für einen Alltag, der weder durch Produktion noch durch Politik mehr zu strukturieren ist. Die nächsten Variationen des Genres sind in Produktion: Eher bescheiden nimmt sich das ARD-Projekt aus: »Der Mensch, der mir geholfen hat«; in »Schwamm drüber« (Sat 1) müssen Menschen vor dem Publikum ihre persönlichen Konflikte austragen, das dann am Ende eine Entscheidung fällt, der zu folgen sich die Probanden vorher verpflichtet haben. »Splitterabend – die Trennungsshow« (RTL) schließt dann den Kreis; fehlt nur noch das Geborenwerden und das Sterben in der Öffentlichkeit der »privaten« Fernsehsender. Schon unterwegs.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 2/93 über Ingrid Strobls Film »Mir zeynen do!«

Konkret 03/93, S. 50

Olaf Groehler

»Juden erkennen wir nicht an«

Was hat die DDR zur ›Aufarbeitung‹ und ›Wiedergutmachung‹ der nationalsozialistischen Judenverfolgung getan? Zu wenig, behauptete in KONKRET 5/92 der ehemalige DDR-Historiker Olaf Groehler und warf ihr »Gleichgültigkeit«, »Intoleranz« und antisemitische Repressionen vor. Seine Kollegen Jürgen Kuczynski, Kurt Gossweiler und Kurt Pätzold haben diese Vorwürfe zurückgewiesen und Groehler vorgehalten, er liefere »Material fürs Sieger-Tribunal« (s. KONKRET 8 und 11/92). Groehler antwortet seinen Kritikern

Man wird mir nachsehen müssen, daß ich mich nicht auf das Niveau eines meiner Kritiker begeben will. Aus Kurt Gossweilers Zeilen kann ich in erster Linie nur ablesen: Enttäuschung, Bitterkeit und Frustration. Wenn er glaubt, sich mit wütenden Mutmaßungen, die alles ins Gemeine ausdeuten, Luft machen zu können, halte ich das nur aus selbsttherapeutischen Gründen für verständlich. Allerdings geht ein solcher Eifer einher mit gravierenden Substanzeinbußen und einem Verlust an Wirklichkeitswahrnehmung. Sie rühren wohl zum einen daher, daß Gossweiler die innere Entwicklung des von ihm geschmähten Institutes nach seiner Emeritierung im Jahre 1983 nur noch aus der Ferne wahrgenommen hat (und er dem Institut und mir deshalb Funktionen im Rat für Geschichtswissenschaft verordnet, von denen ich erst aus seinen Zeilen erfahre) und zum zweiten aus ei-nem durchaus kargen Erinnerungsvermögen.

Dem attackierten Institut für Geschichte war, ungeachtet aller Fehler, die kontroverse Diskussion wissenschaftlicher Gegenstände und die Verteidigung eines entsprechenden Klimas nach außen in den letzten Jahren ein Lebensgebot. Kurt Gossweiler habe ich erfahren als einen der Mitarbeiter des Institutes, der davon regen Gebrauch machte, scharf und grundsätzlich kritisierte, auf Repliken indes häufig empfindlich und persönlich betroffen reagierte. Wenn unsere damaligen Auseinandersetzungen jetzt plötzlich zum Zwecke der Denunziation aus seinem Gedächtnis wie weggeblasen sind, muß auch er sich die Frage gefallen lassen, welches Tribunal er denn mit seinen Angriffen gegen das Institut und gegen mich bedienen möchte.

Natürlich bin ich mir bewußt, daß sich niemand aus seiner Verantwortung stehlen sollte. Die Redaktion von KONKRET hat es für angemessen gehalten, meinen Text zu kürzen. Ich möchte zitieren, was damals dem Rotstift zum Opfer fiel: »Die Übernahme dieses Vortrages in Ihrem Kreis ist mir nicht ganz leicht geworden. Aus mehreren Gründen. Die Dinge, von denen hier in der nächsten Dreiviertelstunde die Rede sein wird, habe ich zumindest aus intimer Beobachternähe erlebt, in ihrem Entstehen, ihrem Streit, ihrer Wirkung und auch in ihren Hemmnissen. Als ich die in über vierzig Jahren zu dieser Thematik entstandenen Arbeiten – von Presse, Zeitschriften oder Verlagen verbreitet – in Vorbereitung dieses Vortrages wieder zur Hand nahm, wurde mir offenbar, wie schwierig es ist, zwischen den hier zu beschreibenden Vorgängen und den eigenen bewußt erlebten Jahren die kühle Distanz ausgewogener Objektivität treten zu lassen. Ich fühle mich selbst viel zu stark eingebunden und persönlich berührt, um selbstgerecht die Peitsche bohrender Kritik zu schwingen.«

Zum anderen – um auch auf diesen Vorwurf zu antworten – war mein Referat mit einem Beitrag von Ulrich Herbert verbunden (»Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland«). Beide sind jetzt in dem Band »Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten« (Ergebnisse Verlag) nachzulesen. Doch weil ich mich durchaus mitverantwortlich fühle, stelle ich mir heute die Frage, ob die historische Wahrheit primär durch die eigene Biographie definiert wird. Selbst wenn alle Urteile Kurt Gossweilers zuträfen, die sich ja nicht an der Sache orientieren, sondern auf moralische Verurteilung abzielen, ändern sie dann etwas am historischen Tatbestand? Werden sie historisch weniger wahr, weil ein Beteiligter sie niederschreibt? Es kommt hinzu, daß Einsicht in das noch verfügbare Aktenmaterial – wie lückenhaft auch immer – , die mir während der letzten Monate möglich war, mich dazu zwingt, die Tatbestände noch schärfer zu benennen als noch vor einem Jahr. Der Aktenbefund spricht zwar für Differenzierung, zugleich aber auch für ein noch deutlicheres Urteil. Niemand glaube, diese Arbeit wäre befriedigend. Sie ist selbstquälend, gelegentlich auch selbstzerstörerisch, weil sie mit eigenen Illusionen und subjektiven Wahrnehmungen bricht, weil die eigene Erfahrung vielfach nicht in Übereinstimmung mit den tatsächlichen Vorgängen zu bringen ist. Sie ist auch deshalb wenig befriedigend, weil die Eingeweide nur eines der beiden deutschen Staaten bloßliegen, vergleichbare Einsichten auf der anderen Seite jedoch nicht möglich sind. Die würden zwar nichts entschuldigen, immerhin aber das gegenseitige Aufeinanderbezogensein und Eskalieren deutlicher machen.

Sehe ich die kritischen Einwände und Vorwürfe durch, so scheint es mir aus Platzgründen angemessen zu sein, mich auf drei Hauptfragen zu konzentrieren und zwei Bemerkungen anzufügen, ohne damit den Anspruch zu erheben, auf diese Weise das Problem ›Die DDR und die Juden‹ umfassend behandeln zu wollen. Ich antworte auf Kritiken, die mir kaum Möglichkeiten für differenzierte Antworten lassen: 1. Gab es in der Politik der DDR – und sei's nur zeitweilig – Antisemitismus? 2. Wie wurden die Begriffe ›Zionismus‹ und ›Assimilation‹ in der DDR verstanden? 3. Gab es eine unvoreingenommene, hoffnungsvolle Diskussion des Problems des Antisemitismus zwischen 1945 und 1949? 4. Folgte die Außenpolitik der DDR gegenüber Israel wirklich nur den Maß-

gaben der Systemauseinandersetzung? 5. Existierte so etwas wie »linker« Antisemitismus?

1

Ein wesentlicher Teil der Entgegnungen von Jürgen Kuczynski und Kurt Gossweiler läuft darauf hinaus, daß der »Vorwurf Zionismus in der DDR nichts mit Antisemitismus zu tun« gehabt habe. Gossweiler unterstellt gar, ich hätte das »schier unglaubliche Hauptanliegen« verfolgt, im ersten Teil meines Beitrages die SED- und DDR-Politik als antisemitisch zu brandmarken. Zwar ist bei mir von Brandmarkung keine Rede, wohl aber von antisemitischen Grundzügen und Tendenzen in der Politik von SED und DDR, die besonders in den Jahren 1952 und 1953 deutlich wurden und die spätere Politik belasteten. Vielleicht müssen sich meine Kritiker abseits ihrer subjektiven Wahrnehmung erst mit schmerzhaften Fakten der DDR-Geschichte vertraut machen, die nicht dadurch verschwinden, daß sie sie leugnen. Gewiß lagen – wie von mir auch betont – der Ausschaltung von Paul Merker etwa zwischen 1950 und 1952 parteiinterne Auseinandersetzungen zugrunde, doch wer sich nur der kleinen Mühe unterzieht, den im November 1952 veröffentlichten Beschluß des Zentralkomitees der SED über die Lehren des Slansky-Prozesses nachzulesen oder die Prozeßmaterialien gegen Merker zur Kenntnis zu nehmen (die hoffentlich bald dokumentiert werden), wird feststellen, daß undifferenziert antizionistische Positionen gerade in Deutschland stets in Gefahr sind, antisemitische Grundströmungen zu befördern. Paul Merker ist in den späteren Anklageerhebungen in erster Linie keineswegs als angeblicher Parteifeind angegriffen, auch nicht als Knecht des Zionismus diffamiert, sondern als »König der Juden« denunziert worden, was es laut Kuczynski und Gossweiler, die die Fiktion von Parteiproklamationen für die Wirklichkeit nehmen, eigentlich gar nicht gegeben haben dürfte. Als Merker darauf hinwies, daß er kein Jude sei, wurde ihm entgegengehalten, es sei nur um so schlimmer, wenn er als Nicht-Jude sich für Juden einsetze. Anderen in diesem Zusammenhang Verhafteten, Verdächtigten und Verhörten, nach deren jüdischer Herkunft geradezu gefahndet wurde, ist deutlich gemacht worden, daß man ihnen gegebenenfalls »ihren jüdischen Michel zwischen die Beine legen« würde.1 Und dies alles wäre einer rein politischen Begrifflichkeit geschuldet, die nichts mit Antisemitismus zu tun hatte? Sage doch bitte niemand, das seien nur unvermeidliche Übergriffe untergeordneter, politisch ahnungsloser Vollzugsorgane gewesen. Bei dem engen politischen Konnex zwischen politischer Führung und politischer Justiz, wie er für die DDR kennzeichnend war, ist eine derartige Annahme abwegig. Im übrigen ist die politische Führung eines Landes verantwortlich fürs Funktionieren der Justiz.

Ein zweites kommt hinzu: Die politische Führung der DDR wußte von diesen Vorgängen. Viele der seinerzeit Verhafteten und Verurteilten haben nach ihrer Rehabilitierung der SED-Führung bis ins Detail berichtet, welchen antisemitischen Vorhaltungen sie bei den Untersuchungen ausgesetzt waren. Über daraus gezogene Konsequenzen ist bis heute nichts bekannt geworden. Wenn das alles Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht außerordentlich peinlich war, wie Jürgen Kuczynski meint, weshalb setzten sie dann nicht wenigstens später ein Zeichen?

Daß diese Kampagne darüber hinaus von jüdischen DDR-Bürgern als Ausdruck antisemitischer Ressentiments verstanden wurde, wird nicht nur durch die furchtsame Haltung eines Alexander Abusch dokumentiert, der sich vom begeisterten Fürsprecher zum Kronzeugen gegen Paul Merker pressen ließ, und durch die so erzwungene wie beflissene Denunziation in der DDR lebender jüdischer Kommunisten durch einige ihrer Genossen, sondern auch durch die jüdische Massenflucht aus der DDR zwischen 1950 und 1953, als die Zahl der von der Jüdischen Gemeinde registrierten Mitglieder von über 4.000 auf unter 1.800 sank. Zu den Gründen für diesen Exodus gehörten sicherlich die Entschädigungszahlungen, die die Bundesrepublik mittlerweile bot, zugleich wirkten sich die zahlreichen Rücknahmen von OdF-Anerkennungen aus (OdF=Opfer des Faschismus), in Berlin allein mehrere tausend, die vor allem rassisch Verfolgte trafen. Doch spielten eben auch politische Faktoren eine Rolle. Denn wie läßt sich die Flucht von vier der acht Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in der DDR im Januar 1953 begreifen, die wie Julius Meyer oder Leon Löwenkopf überzeugte, kämpferische, gleichwohl nicht-stalinistische Sozialisten waren, wenn man nicht annimmt, daß sie als Juden um ihr Leben fürchteten?

Wie stark die Angst der in der DDR noch lebenden Juden nach der Veröffentlichung des ZK-Beschlusses über den Slansky-Prozeß war, macht eine am 29. Januar 1953 angefertigte Aktennotiz deutlich, in der es heißt: »Karliner (Repräsentant der Jüdischen Gemeinde von Magdeburg, O.G.) begann die Unterhaltung damit, daß der Beschluß des Zentralkomitees unserer Partei über die Lehren aus dem Slansky-Prozeß unter den Juden große Unruhe und Angst hervorgerufen habe. Er äußerte sich dahingehend, wir sollten einmal erleben, wie es in seinem Büro zugeht, wo die Magdeburger rassisch Verfolgten zu ihm kommen und die Frage stellten, ob es wieder losgeht. Diese Auffassungen seiner jüdischen Glaubensgenossen würden dadurch verstärkt, daß Mitglieder der SED entsprechende Äußerungen machten und daß eine Reihe ehemaliger NSDAP-Mitglieder sich besonders frech gegenüber den Juden benehmen. Karliner richtete u.a. an uns die Bitte, daß in zukünftigen Erklärungen das Wort ›Jude‹ nicht gebraucht werden solle.«2

Die sozialen und politischen Erfahrungen von Juden in der DDR sind sicherlich stark abhängig von ihrer Position und Weltanschauung gewesen. Es ist durchaus einleuchtend, daß ein jüdisches Mitglied des Politbüros der SED niemals mit offenem Antisemitismus konfrontiert wurde, doch darf diese Erfahrung wohl kaum verallgemeinert werden. Zu behaupten, es habe in der DDR seit 1950 keinen irgendwie bemerkenswerten Antisemitismus gegeben, scheint mir ahistorisch und

absurd aus einem weiteren Grund: Wie in anderem Zusammenhang auszuführen sein wird, gab es bis 1948/1949 in allen Teilen Deutschlands eine Vielzahl antisemitischer Ausschreitungen, die sich vor allem gegen jüdische Denkmäler und Friedhöfe richteten. Auch die Gebiete der Sowjetischen Besatzungszone waren davon keineswegs frei. Der einzige Unterschied bestand seit 1949 darin, daß nur noch in der Bundesrepublik derartige Ausschreitungen Gegenstand von Pressemeldungen blieben, in den Medien der DDR bis 1987/1988 jedoch keine Meldung mehr wert waren.

Fazit: Die Innenpolitik der DDR war insgesamt weit davon entfernt, antisemitisch zu sein, allerdings mit der großen und auch weiter wirkenden Ausnahme der Jahre 1950 bis 1953, die sich seit 1948 vorbereitete, als auf Druck der SMAD jüdische Funktionäre in der SBZ ausgewechselt werden mußten, Aufenthaltsbegrenzungen für jüdische Westemigranten ausgesprochen wurden und ab November 1949 Überprüfungen von Genossen stattfanden, bei denen auch die jüdische Herkunft ermittelt wurde. Strittig ist in der Forschung gegenwärtig wohl nur noch die Frage, wie groß die Abhängigkeit der SBZ/DDR in dieser Frage von der Sowjetunion Stalins war, welche Fehlleistungen aufgezwungen oder aus eigenem Antrieb begangen wurden. Mit dem Tod Stalins brach beispielsweise in der Sowjetunion die forcierte antisemitische Kampagne ab, was indes die Führung der SED nicht daran hinderte, den Prozeß gegen Paul Merker fortzusetzen und ihn 1955, vor allem wegen seiner Haltung zur jüdischen Frage, zu acht Jahren Zuchthaus zu verurteilen.

2

Die Beschäftigung mit den Themen ›Zionismus‹ und ›Assimilation‹ ist nicht Hauptgegenstand meines Beitrages gewesen, sondern diente eher zur Verdeutlichung bestimmter Zusammenhänge bei der Entwicklung der Geschichtsschreibung der DDR. Allein der Begriff ›Zionismus‹ bedürfte ob seiner enormen Variationsbreite einer eigenen Darstellung. Wenn daher auch Antizionismus keinesfalls mit Antisemitismus gleichgesetzt werden kann, so schließt sein Vorkommen in einem Land, in dem der Antisemitismus zu grauenhaften Konsequenzen geführt hat, die – so lautete ja mein Hauptvorwurf – trotz unterschiedlicher Bemühungen in der DDR nur unzureichend aufgearbeitet worden sind – immer die Gefahr mit ein, einen fortschwelenden latenten Antisemitismus zu bedienen, zu nähren und zu befördern. In den Antizionismus der DDR mischten sich denn auch häufig antisemitische Töne. Diese Gefahr wurde entweder nicht gesehen oder sie wurde ignoriert. Außerdem finden sich in der Literatur der DDR bis 1989 kaum größere Bemühungen, den Begriff des Zionismus in der hier angemahnten Weise differenziert zu behandeln, sondern er wird zumeist pauschalisierend als politischer Kampfbegriff verwendet. Zionismus galt in der DDR dementsprechend vor allem als aggressiver jüdischer Nationalismus – nicht als Ausdruck nationaler Selbstbehauptung oder auch nur kultureller Autonomie, wofür er durchaus auch stehen kann. Eine differenzierende Auseinandersetzung mit seiner Geschichte vor der Gründung des Staates Israel und den ab 1967 zutage tretenden Erscheinungen israelischer Politik fand gleichfalls nicht statt.

Im Kontext dieser Erwägungen stellt sich das Problem der Assimilation/Integration der in der DDR lebenden Juden, die ja eine durchaus wechselvolle Geschichte durchlief und bestimmt war von ihrer sozialen und politischen Stellung in der DDR, wobei zu unterscheiden wäre vor allem zwischen den jüdischen Kommunisten und den Angehörigen der Jüdischen Gemeinden. Sie war generell geprägt von der teilweisen Anerkennung jüdischer Identität und kultureller Autonomie in den späten vierziger Jahren und dem gleichzeitigen Bemühen, eine nahtlose Assimilation herbeizuführen, die auf eine kulturelle Nivellierung und Konformität zielte, die in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung lag. Die Frage ist indessen, ob nach Auschwitz ein solcher Weg für deutsche Juden überhaupt noch gangbar war.

Wie gering in den fünfziger Jahren die Chancen der Jüdischen Gemeinden in der DDR gewesen sind, wenigstens ihr Kulturgut zu wahren, wie allgemein Gleichgültigkeit und Ignoranz auch in den Mittelinstanzen von politischer und staatlicher Führung waren, sei an einem einzigen Beispiel demonstriert: Dessau. Die Stadt war im 18./19. Jahrhundert eines der Zentren des deutschen Judentums in Mitteldeutschland gewesen. An diese Vergangenheit knüpfte man nach Gründung der DDR nicht nur nicht an, son-dern trug nach Kräften dazu bei, auch ihre letzten Spuren noch zu tilgen. 1952 wurde das im Krieg zwar baufällig gewordene, aber erhalten gebliebene Geburtshaus von Moses Mendelssohn abgerissen, 1957 entfernte man sogar eine Gedenktafel, ein Vorgang, der 1986 wohl bedauert wurde, aber nicht mehr rückgängig zu machen war.

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr 1958/1959 dem völlig unbeschädigten Geburtshaus von Kurt Weill, das ebenfalls abgerissen wurde. Auch der jüdische Friedhof in Dessau, einer der größten und ältesten auf dem Gebiet der DDR, wurde gegen Ende der fünfziger Jahre zu einem erheblichen Teil eingeebnet und planiert. Einige der nun als überflüssig angesehenen jüdischen Grabsteine verwendete man zur Befestigung der Uferterrassen in einer Badeanstalt am Kühnauer See. Andere füllten das Schotterbett einer Umgehungsstraße bei der Muldebrücke. Als 1963 – im Zeichen des 750. Jahrestages der Stadt Dessau – der Stadtarchivar Hans Harksen vorschlug, eine Gedenkstätte auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge einzurichten und im noch vorhandenen Kantorhaus ein Museum zur Geschichte der Juden in Anhalt aufzubauen, wies die Kreisleitung der SED dieses Vorhaben energisch zurück.3

Nun will ich den Verantwortlichen derartiger Entscheidungen keineswegs Antisemitismus unterstellen, Gleichgültigkeit, Kulturlosigkeit und politisch motivierte Ignoranz gegenüber einer Bevölkerungsgruppe aber müssen sie sich vorwerfen

lassen, die in der DDR eben nicht mehr wahrgenommen wurde (oder werden sollte), zu deren kulturellem Erbe sich über Jahrzehnte kaum noch jemand bekannte.

Für die Jüdischen Gemeinden in der DDR ist in den fünfziger Jahren jedenfalls entsprechend den Grundlinien der DDR-Kirchenpolitik eine durchweg antipluralistische Haltung spürbar gewesen, die erst in den späten siebziger Jahren durch eine schrittweise Anerkennung der jüdischen Eigenständigkeit abgelöst wurde, nicht nur auf religiösem, sondern auch auf geistig-kulturellem Gebiet. Die Schwierigkeit einer jüdischen Selbstfindung in der DDR hat wohl in Helmut Eschwege ihren beredten Chronisten gefunden, der das Spannungsverhältnis ausleuchtete, in dem diese Selbstfindung mit dem Phantom des Zionismus stand.

3

Bei allen drei Kritikern schimmert mehr oder minder der Vorwurf durch, ich hätte die erste Phase der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Judenverfolgung entweder »tendenziös überinterpretiert« (Gossweiler) oder sie nicht adäquat bewertet. Zunächst zur ›Überinterpretation‹: Es zeugt von Empfindungslosigkeit, wenn ein Historiker mit dem Wissen von heute noch nachträglich eine Legitimation für die Ungleichbehandlung von politisch und rassisch Verfolgten nach 1945 zu liefern versucht. Denn es ging damals nicht um die Verteilung von Ehrenpensionen, sondern um die Bereitstellung minimaler Subsistenzmittel. Gewiß gab es im Nachkriegsdeutschland wenig zu verteilen, doch wer war materiell elender dran: die restlos ihrer Habe, ihres Geldes und ihrer Wohnung beraubten deutschen Juden, die meist allein, ohne ihre Familien, den Mai 1945 überlebt hatten, oder die politisch Verfolgten, die zumeist trotz aller brutalen Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes noch als deutsche Staatsbürger behandelt wurden, denen nicht mit größter Selbstverständlichkeit alle Habe, nicht Wohnung und Familie geraubt worden waren? Insofern war die materielle Lage der aus Lagern oder aus der Illegalität zurückkehrenden deutschen Juden oder ihrer osteuropäischen Leidensgenossen (besonders aus Polen und der CSR) in der Regel bei weitem elender als die der meisten politisch Verfolgten. Und wer in den Berichten deutscher Gemeindeverwaltungen und Magistrate nach 1945 liest, wie überlebende Juden mit Almosen abgespeist, mehr geduldet als akzeptiert wurden, begreift durchaus die Erregung vieler Juden über ihre erneute Deklassierung durch den Hauptausschuß »Opfer des Faschismus« im Sommer 1945. Es sei nochmals unterstrichen, daß diese Entscheidung nicht nur einmal gefällt, sondern durch mehrfache Wiederholung in Presse und Funk als politische Grundlinie ausgegeben worden ist.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, wie umstritten der Berliner Septemberbeschluß war, wie zwiespältig vor allem die Haltung vieler Kommunisten 1945 gegenüber den jüdischen Opfern des Faschismus, so liefert ihn ein fast 200 Seiten starkes Protokoll der am 27. und 28. Oktober 1945 vom Berliner Hauptausschuß »Opfer des Faschismus« in Leipzig durchgeführten Tagung, bei der die kommunistischen Vertreter aller ostdeutschen OdF-Zonenausschüsse auf die neue Berliner Linie eingeschworen werden sollten. Sehr rasch spitzte sich nämlich die Diskussion auf die Frage zu, welche Stellung Kommunisten zu den Opfern der Nürnberger Gesetzgebung einnehmen sollten. Entsprechend des vom Berliner Hauptausschuß seit Ende September 1945 eingeschlagenen Integrationskurses plädierten Ottomar Geschke, Karl Raddatz und Heinz Brand (letzterer mit seinem Referat »Unsere Stellung zu den Opfern der Nürnberger Gesetzgebung«) für eine Anerkennung rassisch Verfolgter als OdF, wobei vor allem Heinz Brand in seiner Begründung zu verstehen gab, daß ein solcher Schritt sich primär aus Rücksichten gegenüber dem Ausland und den alliierten Besatzungsmächten ergab. Den schärfsten Protest erntete die Position des Berliner Hauptausschusses von den Vertretern Thüringens, wenn auch fast alle Abgesandten (mit Ausnahme Dresdens) deutlich machten, daß von ihnen bis dahin kaum Schritte unternommen worden waren, Hilfs- und Fürsorgestellen für jüdische Bürger einzurichten. Die Kritik aus Thüringen, vorgetragen vom Genossen Großkopf, richtete sich dagegen, den als Kämpferverband verstandenen OdF-Ausschuß durch die Aufnahme von jüdischen Nichtkämpfern seines Charakters zu berauben. »Können wir es vertreten, daß alle diese Leute nun auf einmal Opfer des Faschismus sind? Wir haben hin und her diskutiert und sind heute zu der Auffassung gekommen, wir werden uns schweren Herzens dazu bequemen müssen, uns den Auffassungen des Hauptausschusses anzugleichen, um die generelle Ausrichtung beizubehalten.«4 Zur Kenntlichmachung des Unterschieds schlug die Delegation Thüringens jedoch vor, künftig zwei Arten von Ausweisen auszugeben: für Kämpfer gegen den Faschismus und für Opfer des Faschismus. Die hitzige Debatte, in der einerseits bestimmte negative Klischees gegenüber Juden bedient wurden – etwa in einer Rede von Jenny Matern: »Die Frage der finanziellen Unterstützung – das möchte ich ganz offen sagen – spielt in diesen Kreisen eine besondere Rolle, die oft nicht sehr glücklich ist« – , in der andererseits die Mehrheit teils aus Parteidisziplin, teils aus offener Entrüstung gegen die bornierte Engstirnigkeit, sich für die Anerkennung von Juden als OdF aussprach, fand ihren Höhe- und wohl auch Wendepunkt in den Reden von Julius Meyer und Leon Löwenkopf. Meyer führte aus, daß aus seinem Transport nach Auschwitz drei Juden überlebt hätten. »Diese drei Juden erkennen wir nicht an. Wir denken nicht daran. Eine Begründung dafür haben wir nicht.« Er führte das Beispiel des Berliner Kinderheims der Jüdischen Gemeinde an: »Es befinden sich dort Kinder, deren Vater bei der Wehrmacht Offizier war, die Mutter war Jüdin. Das Kind war von seinem Volk verstoßen. Das deutsche Volk hat gesagt, du bist ein jüdisches Kind, wir können dich nicht gebrauchen. Das Kind wurde interniert, der Vater ist im Felde gefallen, die Mutter im Lager hingemordet. Und nun sagen wir, wir erkennen dieses

Kind nicht an, es ist ja kein Opfer des Faschismus, es ist ja ein Judenkind. Julius Streicher hat so geschrieben, vielleicht schreiben wir auch so.«

Der tiefen Irritation, ja Verzweiflung kommunistischer Juden über die intransigente Haltung ihrer als Genossen angesehenen Mitstreiter verlieh Löwenkopf in seiner Rede Ausdruck: »Ich bin selbst Jude und finde es eigentlich beschämend und komisch für mich, daß ich heute hier als Jude sprechen muß. Bis zum Jahre 1920 wußte ich fast nicht, daß ich ein Jude war, erst dann, als der Antisemitismus begann, wurde mir langsam eingeprägt auf Schritt und Tritt: Du bist ein Jude, und da fing ich an, mich als Jude zu fühlen. Und nun glaubte ich, daß das heute nicht mehr nötig sein wird, auf einmal bemerke ich hier, ich bin wieder Jude geworden. Ich schäme mich dessen beileibe nicht, ich bin auch nicht stolz. Aber beschämend und traurig war es für mich, gestern zu hören, wie der Genosse aus Thüringen kam und sagte: Wir lehnen es ab und sind strikte dagegen und werden uns nur den allgemeinen Beschlüssen fügen, wenn auch Juden als Opfer des Faschismus anerkannt werden. Ich weiß nicht, sind die Herren in der Zwischenzeit als Engel irgendwo in der Luft herumgeflogen und nicht auf der Erde gewesen, haben sie nicht gesehen, was sich überall in Deutschland abgespielt hat, und waren sie nicht in den Lagern, in den KZs, und haben sie da nicht gesehen, wie der Jude nicht nur von den SS-Leuten und nicht nur von den BVern geschlagen wurde, sondern auch von Leuten, die jetzt den roten Winkel tragen... Wenn nun gesagt wird, daß diejenigen, die unter die Nürnberger Gesetzgebung fallen, nicht Opfer des Faschismus sind, so verstehe ich das nicht, das geht nicht hinein in meinen Schädel. Das finde ich sehr traurig.«

Von Antisemitismus, wie unterstellt wird, ist in meinem Text zwar nicht die Rede, wohl aber von einer erstaunlichen Gleichgültigkeit deutscher Antifaschisten und Kommunisten gegenüber den Überlebenden des Holocaust, die sehr wohl einen politischen Hintergrund hatte. Wer auf die deutschen Nachkriegsjahre schaut, dem drängt sich in der Tat der Eindruck auf, daß trotz des Nürnberger Prozesses und trotz der Veröffentlichung einiger Erinnerungsberichte Antisemitismus, Judenverfolgung und Holocaust kein bewegendes Thema im Nachkriegsdeutschland waren. Statt dessen schwappte seit 1947 eine Welle antisemitischer Ausschreitungen über ganz Deutschland. In Garmisch-Partenkirchen kam es zu antisemitischen Tumulten, als Filmaufnahmen von der Wiedereinweihung der Münchener Synagoge vorgeführt wurden, in Berliner Lichtspieltheatern wiederholten sich diese Vorgänge, als Aufnahmen von der Rückkehr deutscher Juden aus Shanghai gezeigt wurden. Im Herbst 1947 verging keine Woche, in der nicht ein jüdischer Friedhof oder ein jüdisches Denkmal geschändet worden wäre. Der jüdische Friedhof von Zittau wurde im Herbst 1947 gründlicher verwüstet, als es die Nazis 1938 getan hatten. Antisemitismus und Holocaust wurden so im Nachkriegsdeutschland nicht in Erinnerung an die Schrecken des NS-Zeit aktuell, sondern aufgrund eben dieser aktuellen Verbrechen.

Wer glaubt, die deutsche Nachkriegsgesellschaft und ihre Politiker hätten sich von selbst und aus eigener Verantwortung besonnen, irrt. Es waren die aktuellen politischen Anlässe, die die ersten Diskussionen und Veröffentlichungen von Stefan Heymann und Siegbert Kahn auslösten. Und im politischen Umfeld des sich erhitzenden Kalten Krieges wurde die Beschäftigung mit dem Antisemitismus zugleich instrumentalisiert, zu einem Kampfmittel in der politischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West gemacht. Der Versuch der Jüdischen Gemeinde in Berlin, vertreten durch den Kommunisten Julius Meyer und durch Heinz Galinski, in diesen Auseinandersetzungen eine antinazistische, aber gleichwohl parteipolitisch neutrale Haltung zwischen SPD und SED einzunehmen und zu verteidigen, scheiterte schließlich, da jede der großen politischen Kräftegruppierungen die Jüdische Gemeinde auf ihre Politik einzuschwören suchte. Die SED forderte von der Jüdischen Gemeinde eine eindeutige parteipolitische Zuordnung, das Bekenntnis zu ihrer gesellschaftsverändernden Strategie und die Unterstützung ihrer Bündnispolitik. 1948 wurde von maßgebenden Parteifunktionären der SED durchaus realistisch wahrgenommen, daß der »jüdischen Frage« bislang viel zu wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht worden war, was nunmehr wettgemacht werden sollte, allerdings nicht durch politische Akzeptanz, sondern durch Verwendung der Jüdischen Gemeinde als parteipolitischer Hilfstruppe. Unter deutschen jüdischen Kommunisten kam es über diese Frage zu durchaus unterschiedlichen, auch kontroversen, Auffassungen – etwa zwischen Julius Meyer, Siegbert Kahn und Stefan Heymann, von Paul Merker zu schweigen – doch im Prinzip lief die gesamte Diskussion darauf hinaus, Rassismus und Antisemitismus zu abgeleiteten Phänomenen des Klassenkampfes und des Antikommunismus herunterzuinterpretieren. Die am 9. Januar 1949 geführte große Debatte im Zentralvorstand der VVN über Antisemitismus und Rassismus lief schließlich auf die schlichte Feststellung hinaus, »daß es keine Judenprobleme mehr in der SBZ gebe. Die jüdische Frage sei einfach damit geklärt.«

4

Für besonders fragwürdig hält Kurt Gossweiler meinen Hinweis auf den Zusammenhang zwischen der DDR-Nahostpolitik und der Behandlung der »jüdischen Frage« in der DDR. Wer allerdings auch hier die Akten zur Kenntnis nimmt, wird diesen Faktor kaum geringschätzen, wurde doch beispielsweise seit 1967 auf die Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden und auf andere prominente jüdische Persönlichkeiten in der DDR erheblicher politischer Druck ausgeübt, die Politik Israels im Nahen Osten öffentlich zu verurteilen, dem allerdings nur wenige folgten. Zwar hat die DDR in ihrer Außenpolitik das Existenzrecht Israels auch gegen das Ansinnen arabischer Staaten, die immerhin mit einer frühzeitigen Anerkennung der DDR lockten, bejaht, doch mit den Waffenlieferungen für arabische Staaten seit Mitte der sechziger Jahre und den 1969

mit der PLO geschlossenen Abkommen über auch waffentechnische Lieferungen stellte die Außenpolitik der DDR letztendlich doch das Existenzrecht Israels wieder in Frage.

Wer bisher der Auffassung war, die Politik der DDR gegenüber Israel mitsamt ihrem besonderen Interesse an diplomatischer Anerkennung durch die arabischen Staaten sei während der sechziger Jahre in erster Linie durch die Gesamtpolitik des Warschauer Paktes bestimmt gewesen, muß sich jetzt mit der Frage beschäftigen, ob die DDR unter Ulbricht hier nicht in weitaus größerem Maße eigeninitiativ tätig wurde, als bisher angenommen werden konnte. So mutet es merkwürdig an, daß das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer 1967 seine kargen Kontakte zu vergleichbaren israelischen Organisationen abbrach und sich statt dessen um intensive Beziehungen zu den Veteranenverbänden Syriens, Ägyptens, Algeriens und Iraks bemühte. Das hatte zur absurden Folge, daß etwa im KZ-Gelände Dora-Mittelbau ein arabischer Gedenkstein für *ein* marokkanisches Opfer errichtet wurde, der Hunderte von Juden aber, die in diesem NS-Raketenzentrum umgekommen waren, mit keinem Wort gedacht wurde.

5

Kurt Pätzold ist in seinem Beitrag ausführlich auf den komplexen Zusammenhang von Kapitalinteressen / Staatspolitik und Judenverfolgung eingegangen. Er hat in anderem Zusammenhang erklärt, die DDR-Geschichtswissenschaft habe provokatorisch herausgearbeitet, wer an der nationalsozialistischen Judenvernichtung schuld war. Ebenso provokativ, aber möglicherweise doch auch weiterführend, scheint mir die Frage zu sein, ob es einen »linken« Antisemitismus in der Geschichte der Arbeiterbewegung gegeben hat und von welchen – doch wohl außerökonomischen – Motiven er möglicherweise gespeist wurde. Am 10. September 1992 hat der Schriftsteller Stephan Hermlin in einem Interview erklärt, woher seine Fremd-heitsgefühle in der SED rührten.

»Ich habe in der Partei einige sehr enge Freunde kennengelernt, aber ich habe noch mehr Leute getroffen, die ich zu meinen schlimmsten Feinden rechne. Diese Genossen brachten mir von Anfang an eine sinnlose, irrationale Feindschaft entgegen. Ich habe mich oft gefragt: Was habe ich an mir? Was wirkt auf diese Leute so unangenehm? *Was könnte das gewesen sein?* Ich habe eine Vermutung, eine etwas unheimliche Vermutung allerdings ... *Antisemitismus?* Ja. *Warum?* Das sind Dinge, die man lange, lange nicht wahrhaben will. Man schmückt sich die Wirklichkeit zurecht. Vielen Leuten, die eine ähnliche Herkunft hatten wie ich, ist es ganz ähnlich gegangen. Zum Beispiel Anna Seghers...« (»Wochenpost«, Nr. 38/1992).

Sicherlich ist die weitgehende Eliminierung der Besonderheiten des Judentums, die auch von der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterbewegung angestrebt wurde, keineswegs mit Antisemitismus gleichzusetzen. Doch trotz aller Anstrengungen gelang es auch der organisierten Arbeiterbewegung nicht, den aus vielen Quellen gespeisten, »volkstümelnden« Antisemitismus, mochte er aus religiösen Vorurteilen, aus dumpfem Antikapitalismus, aus sozialer Fremdheit, aus Distanz zur Intellektualität und Weltoffenheit vieler Juden herrühren, restlos abzustreifen.

Anmerkungen

1 Siehe dazu Wolfgang Kießling, Stalinismus als Thema der gegenwärtigen DDR-Geschichtswissenschaft in: Stalins schweres Erbe – Eine unbewältigte Vergangenheit in Deutschland, Evangelische Akademie Berlin, Dokumentation 74/90, S. 47 ff, und derselbe, Paul Merker und der »Sozialismus der dummen Kerls« in: »Neues Deutschland« vom 1. Dezember 1992, S. 14.

2 Archiv des Interessenverbandes ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgte des Naziregimes u. Hinterbliebene, Berlin, Akte: Dokumente im Zusammenhang mit der Beendigung der Arbeit der VVN und der Gründung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR.

3 Mitteilung von Helmut Erfurth, Stadtgeschichtliches Museum Dessau, vom 22. Dezember 1992 an den Verfasser.

4 Archiv des IVVVdN, Akte: Konferenz der Ausschüsse »Opfer des Faschismus« am 27.10./28.10.45 im Walter-Albrecht-Haus Leipzig.

Olaf Groehler ist Mitarbeiter des Forschungsschwerpunkts Zeithistorische Studien im Rahmen eines Förderprogramms der Max-Planck-Gesellschaft für die »neuen Bundesländer«

Konkret 03/93, S. 55

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Kamm uon step forward, masser, not tu weid, els jufall daun in se littl houl whidsch ju’v diggd, sou idds gudd, bihould jur arms broudid aut ander se däss dscheild in se staff äs ju will giv bäck it tu se big masser örß, idds ä fäntässdigg konträst bitwien se darkbläck arms änd se wördschienwheit staff, gou ä littl bit tu se reiht seid, ou nou, ixkjusmie, not tu se läft, tu se reiht seid sieing from ju aut, ä pieß moor, moor, moor, inaff, stoooppp, nau ju ar ixäktli in se katpoint of se busches biheind reiht änd front läft, sädds importänt for se ästettig of piktschr, luck, ju änd jur däss dscheild, idds not bäd, bat it has not se drämmättig tatsch leik, for iksämpl, se snäpschuutdaun of Saigon, whenn in oupend striet se Armyoffisser schuut se Viet-kongmän in se hädd, sis moutiv hier is moor an epical, ju nou, instädd kräsch änd killing leif bei ranning kämmra häv wui hier tu du it wiss se ordinärri neimless däss bei hangri, seerfoor ei dount nied jur feiß, dount also luck tu se bördi, bou jur baddi daun tu se greiv, sou idds gudd, stei in sis poßischn, verri gudd, verri gudd, kontinju, dount muuv, hould in, uonsmoor for sekjuriti, sbetta tu häv ä bileihtid film moor sen less, ju nou, els uonsmoor, sou, nau ei’m räddi, okei, ju kän greiv inse korps, männi sänks for jur keindness, ei maßt harri ap nau bikoos tumorrou is däddlein for se kontest of se best presspiktschr neintienneintitu; ou, sädd ei dount forget, luck se next teim ättentschnd in se wörldpress, whitsch ju kän get in se kiosk ät se Mogadischuärport, meibie ei meik se först preihß wiss ju, sänn kän ju sie ju in se njuspeipers from Woschington Poust ouver Osnabrucker Zeitung tu Toukiou Schimbuun, meibie ju meik kärrjier äs se moust feimas hangrideid dscheildmasser of se jier, meik se best out it. So long, masser änd ol gudd for ju...

Konkret 03/93, S. 56

Günther Jacob

Malcolm X für alle

Das Lebenswerk von Malcolm X bietet für jeden etwas. Multi-Kulti-Anhänger, schwarze Nationalisten und weiße Rassisten können sich aus der Biographie des 1965 ermordeten radikalen schwarzen Kämpfers die passenden Splitter herausgreifen. In Spike Lees Filmepos »Malcolm X«, das am 4. März in die deutschen Kinos kommt, wird Malcolm X zum Vorkämpfer einer Fusion aus schwarzem Nationalismus und American Dream

Auch in Deutschland muß man 1993 nicht mehr HipHop-Fan oder Aktivist einer antirassistischen Kleingruppe sein, um alles über Malcolm X zu wissen. Seit im November des vergangenen Jahres in den USA Spike Lees Hollywood-Produktion »Malcolm X« anlief, berichten Nachrichtenmagazine, Illustrierte, Lifestyle- und Zeitgeistjournale, die Feuilletons der Tageszeitungen und sämtliche Fernsehsender über den Mann, den der Sozialdemokrat Klaus Harpprecht 1965 als »schwarzen Goebbels« bezeichnete und der auch nach Meinung des »Spiegel« vom 3. März 1965 lange Zeit der Vizechef einer Sekte war, deren Sicherheitsdienst »der Gestapo weder an Brutalität noch an Wachsamkeit« nachstand.

In diesem Monat nun, wenn Lees Dreieinhalbstunden-Film auch hier anläuft und von dem wohl größten Medienrummel begleitet werden wird, den es je in Deutschland um einen radikalen Sprecher der amerikanischen Black Community gegeben hat, wird die Gesellschaft, die die Pogrome von Rostock ermöglichte und die sich auch nach Mölln im Kerzenschein über ihren Rassismus ausschweigt, mit dem »Prophet des Hasses« von einst ganz anders fertig werden. Der »FAZ«-Korrespondent Jörg von Uthmann gab bereits im November ‘92 aus New York Entwarnung. Seine besorgte Frage: »Würde sich Spike Lee zum Anwalt des Demagogen Malcolm X machen?« wurde zwar so offen nicht von allen gestellt, aber die erleichterte Antwort ist dieser Tage aus jedem Feature herauszuhören: »Erfreulich, daß Lee der Versuchung, den schwarzen Rassismus zu verherrlichen, nicht erlegen ist.« Malcolm X hatte, als er sich von seinen früheren Reden über »den blauäugigen weißen Teufel« distanzierte, genau das befürchtet: Weiße Rassisten gratulieren den von ihnen Ausgegrenzten, wenn die nicht mit gleicher Münze zurückzahlen und unterschlagen dabei, daß erst die weiße Praxis der »Rassifizierung« den schwarzen »reverse racism« provoziert hat.

Leider hat es der eher moderate schwarze Nationalist Spike Lee nicht verstanden, die zu erwartende Vereinnahmung des späten Malcolm X als zur Vernunft gekommenen Bürgerrechtler zu erschweren. Um den massiven Druck zu unterlaufen, den die unterschiedlichsten politischen Lager auf ihn ausübten – nicht zuletzt die Black Muslims, jene Sekte, die ihren Aufstieg Malcolm X verdankt und von der er sich in seinem letzten Lebensjahr trennte – , die alle *ihren* Malcolm X verfilmt sehen wollten, hat Lee mit der Akkuratesse eines beamteten Schulfunk-Autors die von Alex Haley herausgegebene Autobiographie nacherzählt – und darüber aus den Augen verloren, worauf es wirklich ankommt. Der Schluß seines Filmes wird beherrscht von der Bedrohung Malcolm X’ durch die Fememörder der Black Muslims. Dadurch verwischt Lee die Tatsache, daß Malcolm X nach seiner Trennung von den Black Muslims vom amerikanischen Establishment besonders ernst genommen wurde, da er neue Bündnisse auf nationaler (etwa mit Martin Luther King) und internationaler Ebene suchte (er wollte die Lage der Afroamerikaner vor der Uno thematisieren). So konnten denn auch die Stadträte und Polizeioffiziere von Los Angeles, die sich den Film Anfang November sicherheitshalber vorab zeigen ließen, unter Hinweis auf die »Botschaft des Brückenbauens in der zweiten Hälfte des Filmes« verbreiten, sie würden sogar ihren eigenen Kindern einen Kinobesuch empfehlen.

Über Malcolm X kann man seither in den Medien vieles erfahren: Als Malcolm Little 1925 in Nebraska geboren, Sohn eines militanten schwarzen Predigers und einer aus der Karibik stammenden Mutter, deren ungewöhnlich helle Haut sie lebenslang daran erinnerte, Produkt einer Vergewaltigung durch einen weißen Rassisten zu sein, verbrachte er eine trostlose Kindheit im Zeichen von Armut und Rassismus. Sein Vater wurde wahrscheinlich von einer dem KuKluxKlan vergleichbaren Organisation ermordet, die Mutter landete in der Psychiatrie. Der jugendliche Malcolm wurde zum modevernarrten Hipster und begeisterten Lindy Hop-Tänzer, bis er dann als Hustler und Hilfszuhälter in die Unterwelt von Harlem abrutschte und schließlich für acht Jahre im Gefängnis landete. Dort konvertierte er zu der damals mit rund 400 Mitgliedern bedeutungslosen Sekte der Black Muslims (»Nation Of Islam«, NOI), deren prominentester Prediger er später werden sollte. Nach einer Pilgerreise nach Mekka löste er sich schließlich von deren pauschaler Qualifizierung aller Weißen als »blauäugige Teufel«, trennte sich endgültig von der durch seine Agitation und sein Charisma auf 40.000 Anhänger angewachsenen NOI und fiel nach wiederholten Morddrohungen von Seiten seiner »Rassegenossen« (ohne Anführungszeichen in »FAZ«, »Spiegel« etc.) und ehemaligen Brüder einem Attentat zum Opfer.

Neben diesen knapp und pflichtgemäß abgehandelten »Eckdaten«, die immer in den beruhigenden Hinweis münden, daß Malcolm X in seinen letzten Jahren selbstkritisch auch die Existenz von guten Weißen bemerkt habe, wird sodann ein zehnfach höherer Berg aus allerwichtigsten Marginalien aufgetürmt: Storys über die Enstehung des Films, die schillernde Figur des Regisseurs, den Malcolm X-Darsteller Denzel Washington und schließlich über diese typisch amerikanische, an den Batman-Hype erinnernde100-Millionen-Dollar-Merchandising-Ma-schine, die unaufhörlich »X-Waren« ausspuckt – bis hin zu X-Kartoffelchips.

Dieser Overkill an »Informationen« beansprucht den Platz, der für eine Auseinandersetzung mit dem Lebenswerk von Malcolm X genutzt werden könnte. Die Kultur- und Filmkritik hat damit den Dreh gefunden, sich über den zentralen Inhalt des Films, also die Problematik eines wirkungsvollen Widerstandes gegen den weißen Rassismus, ausschweigen zu können. Jetzt läßt sich stundenlang über Malcolm X reden, ohne daß über Rassismus geredet werden müßte.

Sowohl der Film als auch die Autobiographie machen einen solchen ausweichenden Zugang durchaus möglich. Malcolm X' Lebensweg läßt sich ohne weiteres auf eine spannende Erzählung über die Verwandlung eines Ghetto-Hustlers zum Volkstribun reduzieren, er läßt sich auch interpretieren als die Geschichte einer Wandlung vom spontanen und allzu verständlichen pauschalen Haß auf alle Weißen hin zu den altehrwürdigen Idealen des bürgerlichen Humanismus. Das »Vermächtnis« von Malcolm X nötigt das deutsche Publikum keineswegs dazu, sich von bestimmten rassistischen Essentials zu trennen. Malcolm X taugt zum Kronzeugen für das multikulturelle Ideal einer »friedlichen Koexistenz zwischen den Rassen«, für den im Zeichen von Toleranz und positiv bewerteter Differenz auftretenden weißen Separatismus, der die Individuen in einer »rassischen« bzw. »ethnischen« kollektiven Identität fixiert. Das keineswegs uneigennützige weiße Verständnis für den trotzigen, aber dennoch idiotisch-bornierten »Rassenstolz« schwarzer Nationalisten zielt in letzter Konsequenz auf die bescheidene Anfrage, ob denn nicht den Deutschen ein ähnlicher Stolz zustehe?

In der historischen Figur Malcolm X verkörpert sich zum ersten Mal massenwirksam die Skepsis gegenüber der begrenzten Orientierung der schwarzen Bürgerrechtsbewegung auf die formale Gleichstellung. Deshalb wurde er später – der Funke zündete zuerst bei dem »Student Non Violent Coordinating Commitee« – zum Bezugspunkt der Black Power-Bewegung. Was Malcolm X von den Sprechern der schwarzen Bürgerrechtsbewegung unterschied, war vor allem seine polarisierende Polemik gegen die »bourgeoisen Schwarzen« und sein durchgehender Bezug auf die, die auf »die unterste Stufe der Gesellschaft des amerikanischen weißen Mannes gesunken« waren. In seiner berühmten Rede über die gegensätzlichen Charaktere von »House Negro« und »Field Negro« erinnerte er darüber hinaus die schwarzen Amerikaner (die heute übliche Selbstbezeichnung lautet »African Americans«) an die in einer langen Leidensgeschichte entstandene »Sklavenmentalität« und setzte damit einen Prozeß der individuellen und kollektiven Rückeroberung ihres Selbstbewußtseins in Gang.

Seine Vorbehalte gegenüber der von Martin Luther King geführten Bewegung formulierte er allerdings zunächst im Rahmen des phantastisch-religiös begründeten Gegenrassismus der Nation Of Islam, deren Gründer Elijah Muhammad predigte, ein bösartiger Gelehrter habe vor 6.600 Jahren die »weiße Rasse« als Inkarnation des Teufels geschaffen. Um das daraus abgeleitete Ziel einer vollständigen Separierung der »Rassen« durch Gründung eines schwarzen Bundesstaates realisieren zu können, nahm diese Sekte sogar Verbindungen zum KuKluxKlan und zu Nazigruppen auf. Sie stellte damit den Irrtum des schwarzen Separatismus, der in der ausweglosen Situation der Schwarzen als verzweifelter Wunsch nach Absonderung von ihren Unterdrückern entstanden war, mit dem Separatismus der Täter auf eine Stufe. Die Forderung weißer Rassisten nach dem Verbot von »interracial relationships« und nach in »Rassenzonen« unterteilten »Divided States Of America« wird noch vom heutigen NOI-Chef Louis Farrakhan unterstützt.

Diese Perspektive einer »totalen Separation der Rassen« war über 15 Jahre hinweg auch das Ziel von Malcolm X. Als zweithöchster NOI-Funktionär hatte er es auf unzähligen Versammlungen propagiert, erfolgreicher als jeder andere Prediger. Als er schließlich die Black Muslims im Streit verließ und sich nach seiner Mekka-Reise selbstkritisch von diesem Apartheidskonzept distanzierte, blieb er doch der Vorstellung verhaftet, es ginge um die – nun mit anderen Mitteln und auf anderen Wegen zu bewerkstelligende – Gestaltung von »Rassenbeziehungen«. Weil er auch weiterhin überzeugter Muslim war, gründete er neben der politischen »Organization Of Afro-American Unity« noch eine weitere muslimische Gemeinde.

Entgegen weit verbreiteten Unterstellungen war Malcolm X auch in seinen letzten Jahren nicht auf dem Weg zu »linken« Positionen. Seine sozialkritischen Aussagen blieben, auch als er später die Existenz von Klassenspaltungen anerkannte, dem Islam verpflichtet, dem der sozialkritische Gestus ja genausowenig fremd ist wie dem Christentum. Sein Antiimperialismus, der ihn vom anbiederischen Patriotismus der führenden Bürgerrechtler unterschied – Malcolm X war der erste prominente Afroamerikaner, der den Krieg der USA gegen Vietnam öffentlich verurteilte – , beruhte lange Zeit auf der Vorstellung einer Internationalisierung des »Rassenkampfes«. Erst im Mai 1964 stellte er, ohne eine bessere Antwort zu finden, aber mit der für ihn typischen Bereitschaft zur radikalen Selbstkritik, den Ansatz des »black nationalism« in Frage.

Auch die überzeugendste Kritik an Malcolm X, die man leicht anhand seiner reaktionärsten Ansprachen begründen kann – etwa an der Harlem-Rede »Keep that white man's claws off our women« – , kann jedoch kaum die Faszination brechen, die von ihm ausgeht. Sein Ruf, ein Revolutionär gewesen zu sein, resultiert aus der Tatsache, daß er im Unterschied zu den schwarzen Bürgerrechtlern und ihren weißen Sympathisanten häufig derart unpatriotisch, antiwestlich und unkonstruktiv argumentierte, daß sich wohl auch heute noch viele deutsche Linke dreimal bekreuzigen, wenn sie seine Texte lesen. Nicht

zuletzt der Hohn und der Spott, den er kübelweise über die »We shall overcome«-singenden »Bündnispartner« ausgoß, macht ihn bis heute für alle, die um die reformistischen Konsequenzen einer »konstruktiven Kritik« wissen, zum Gesinnungsgenossen auf den ersten Blick.

Doch schon der zweite Blick fällt meistens ernüchternd aus. Abgesehen von seiner durchgehenden Reduktion aller Widersprüche dieser Welt auf den »Rassenkampf«, die seine kritischen Einsichten immer wieder relativierte, fielen seine konstruktiven politischen Forderungen, die er nach der Trennung von den Muslims erstmals offen formulieren konnte, erstaunlich reformistisch aus: Er wollte die Wahllokale zum Kampfplatz machen, forderte eine afroamerikanische Lobby im Parlament – vergleichbar den Interessengruppen der Farmer und Konzerne – und dachte schließlich auch an ein Ministerium für Schwarze, das deren »Sonderinteressen« mit dem Allgemeininteresse der Nation abgleichen sollte. In dem Moment, in dem Malcolm X die Forderung nach vollständiger Separation aufgab, wurde deutlicher als zuvor, daß seine Stärke in der rücksichtslosen Beschreibung des rassistischen Ist-Zustandes gelegen hatte und in seiner unduldsamen, von anderen als »militant« empfundenen, Forderung nach sofortigen Konsequenzen.

Malcolm X war brillant und scharfsinnig, solange er der Empirie verhaftet blieb, aber er war, das sagte er selbst, kein Theoretiker. Er beschrieb den alltäglichen Rassismus in einer bis dahin kaum bekannten plastischen, exakten und gegenüber allen diplomatischen und taktischen Überlegungen rücksichtslosen Sprache. Während jedoch seine diesbezüglichen Beobachtungen immer genauer wurden, entgingen ihm viele vermeintlich nebensächliche soziale Tatsachen. Die sich ausbreitende Differenzierung der schwarzen Lebens- und Berufswelten nahm er nicht wirklich ernst, er bekämpfte nur den daraus folgenden »Opportunismus« und »Verrat« der aufstrebenden Schwarzen. Auf der anderen Seite blieb ihm als ehemaligem Hustler die Situation schwarzer Lohnarbeiter, die von den weißen Gewerkschaften bis heute vollständig ignoriert werden, fremd. Der Rolle der kapitalistischen Konkurrenz bei der Reproduktion rassistisch begründeter Ausschlußmechanismen schenkte er keine besondere Aufmerksamkeit. Erst 1965 kam er zu Schlußfolgerungen, die mit dieser Frage zusammenhängen und die auch gemessen am heutigen Stand der Rassismusdiskussion bemerkenswert sind: Er sprach von einem »politischen, wirtschaftlichen und sozialen Klima in den USA, das geradezu automatisch die rassistische Psyche der Weißen *erzeugt* und am Leben erhält«.

Eine andere Tatsache, die Malcolm X wenig beachtete, war die der patriarchalischen Dominanz. Gemeint ist hier nicht sein oftmals derber und vordergründiger Sexismus. Daß etwas im Verhältnis zwischen Männern und Frauen nicht stimmt, ist ihm keineswegs entgangen. Was er in dieser Hinsicht als ehemaliger Zuhälter mitbekam, ließ ihn später in den höchsten Tönen von der Würde der Black Muslim-Frauen schwärmen – während er gleichzeitig das reaktionäre Frauenbild der NOI propagierte. Wenn Malcolm X auf den Straßen von Harlem von schwarzen Machos mehr Respekt für Frauen forderte, dann kritisierte er sie als Saboteure der Einheit der Community. Wenn er ihnen die Faszination ausreden wollte, die von »der« durch rassistische Tabus unerreichbar gemachten weißen Frau ausging, dann beabsichtigte er letztlich, dem »ethnisch« reglementierten Heiratsverhalten des weißen Amerika ein ebensolches gegenüberzustellen, um darüber das homogene »Volk« der Afro-Amerikaner zu schaffen. Sein Ziel war die einschließende Unterordnung schwarzer Frauen in eine – in diesem Fall selbst unterdrückte – »rassische« Gemeinschaft von Männern.

Der tatsächliche politische Einfluß von Malcolm X blieb zu seinen Lebzeiten im Vergleich zu dem der Bürgerrechtsbewegung gering. Die Black Muslims nahmen an den damaligen politischen Auseinandersetzungen und praktischen Kämpfen der Schwarzen nicht teil. Man hörte ihnen – vor allem dem brillanten Redner Malcolm X – interessiert zu, aber dann folgte man doch den Aufrufen der Aktivisten um Martin Luther King.

Gemessen an seinen eigenen Erwartungen und gemessen daran, was andere führende Afroamerikaner erreicht hatten, war Malcolm X also nicht sonderlich erfolgreich. Er hinterließ kein theoretisches Werk, kein politisches Programm und keine lebensfähige Organisation. Was von ihm bleibt, sind einige Reden und seine von Alex Haley geschriebene Autobiographie, verstreute Bemerkungen zum Widerstand gegen rassistisch begründete Ausgrenzung und zu den Irrtümern, die dabei passieren können. Am Ende hatte er viele Fragen aufgeworfen und wenige beantwortet. Vier Wochen vor seiner Ermordung (am 21.2.1965) gestand er öffentlich ein, mit seinem »race first«-Ansatz die komplexe Wirklichkeit des modernen Rassismus nicht mehr erfassen zu können: »Es fällt mir schwer, eine spezifische Definition der allgemeinen Weltanschauung zugeben, die meines Erachtens notwendig ist für die Befreiung der Schwarzen in diesem Lande.«

Doch dieses Resümee wird heute selten als Defizit empfunden. Eher ist das Gegenteil der Fall: Sein Leben selbst gilt als sein Programm. Andere mögen radikale und kluge Sachen geschrieben haben, aber sie dementieren diese vielleicht durch ihre langweilige Biographie. Malcolm X hingegen gilt als das, was heute gerne »glaubwürdig« genannt wird. Wo andere ein Programm hatten, hatte er eine *Haltung.* Damit war er prinzipiell anschlußfähig für den Popdiskurs, in den er ab 1987 durch die HipHop-Platten »By All Means Necessary« von Boogie Down Productions und »Bring The Noise« von Public Enemy eingebracht wurde. Inzwischen ist Malcolm X für die HipHop-Szene ungefähr das geworden, was Che Guevara (der Malcolm X 1965 eine Grußadresse schickte) für andere in den ausgehenden 60er Jahren wurde, als das Che-Poster auch in der unpolitischsten WG nicht neben dem von Frank Zappa fehlen durfte.

Zur amerikanischen Pop-Ikone und zentralen Integrationsfigur ist Malcolm X erst mit der Ende der 80er Jahre einsetzenden Welle eines neuen, nicht unmittelbar politischen, statt dessen spirituellen »black cultural nationalism« geworden. Der kulturelle Bezug auf die afrikanischen »Roots« (»Afrocentricity«) und das gewollte Anders-Sein in den USA ist meist schon der ganze Inhalt dieses Nationalismus. Was gemeint ist, läßt sich alljährlich bei der Afro-Amerikanischen Parade in Harlem beobachten. Dort marschieren prunkvoll kostümierte Herrscher aus dem vorkolonialen Afrika – mit halbnackten »Wilden« als Fußvolk – neben der »National Black Police Association« und der »369. Schwarzen Veteranen-Vereinigung«, die stolz auf ihre Beiträge zu den letzten Kriegen der USA verweist.

Daß ausgerechnet Malcolm X zum neuen Idol wurde und daß sich um dieses, entsprechend den Gesetzen der Pop-Welt, bald ein ausgewachsener Kult entwickelte, ist wenig verwunderlich: Malcolm X' Lebenslauf bietet bereits den Stoff, aus dem Hollywood Filme macht und der auch im HipHop eine Rolle spielt: Er war Hustler, Pimp und Prophet, verfügte über »street knowledge«, Witz und verbale Power. Wie die ganz großen unter den amerikanischen Popstars lebte er schnell und starb früh unter mysteriösen Umständen.

Malcolm X war als Hipster *cool,* und er war es im Grunde bis an sein Ende. Sein Vorbild waren damals, in den 40er Jahren, die Hipster von Harlem, die Bebop-Musiker und ihre Fans. Deren Hipness bezog sich nicht nur auf Musik und Tanz, sondern galt vor allem dem Spaß am coolen Ritual. Bei ihnen entschied der Winkel, in dem die Mütze auf dem Kopf sitzt, ebenso über die »credibility« wie die Geste, mit der der Drink bezahlt wird. Diese Subkultur der schwarzen Hipster steht gewissermaßen am Anfang der modernen westlichen Jugend- und Popkultur, und schon zu der Zeit, als Malcolm X zu dieser Szene gehörte, wollten viele weißeKids so sein wie diese Schwarzen. Der Hip-ster Malcolm X bewegte sich damals ineiner Welt, in der schwarzer Konsumismus und Lynchmorde nebeneinander existierten. Auch Schwarze konnten einen, verglichen mit dem Europa der 40er Jahre, relativhohen Lebensstandard erreichen, besa-ßen Auto und Telefon, und gleichzeitigwar es ihnen verboten, sich nach Einbruch der Dunkelheit in weißen Vierteln aufzuhalten.

Als Jugendidol taugt auch der Hustler Malcolm X. Vor allem die Ghettojugendlichen sehen, wie sich ihre Eltern abstrampeln, ohne etwas zu erreichen, und nehmen sich deshalb »lieber die Hustler zum Vorbild, die scharf angezogen herumlaufen und mit Geld nur so um sich werfen und die vor nichts und niemandem Respekt haben«.

Doch der X-Kult, der sich mittlerweile vollständig von dem tatsächlichen Lebenswerk des Omowale Malik Shabazz (Malcolms eigentlicher Muslim-Name, den er ab 1964 bevorzugte) losgelöst hat, ist nicht auf schwarze Jugendliche beschränkt. Ironischerweise war es gerade die soziale Polarisierung der Black Community, die zusammen mit dem neuen Cultural nationalism auch Malcolm X wiederauferstehen ließ. Es scheint, als wolle sich eine sozial auseinanderdriftendeCommunity, deren untere Schichten ihren Alltag mehr mit nachrückenden Latinos als mit schwarzen Mittelständlern teilen, ein letz-tes Mal in einer übergreifenden Integrationsfigur ihrer selbst vergewissern.

Malcolm X, nicht zufällig ein Held aus einer vergangenen Epoche, scheint dabei als zersplitterter Spiegel zu fungieren, in dem alle sehen können, was sie sehen wollen. Der Rapper Kam bevorzugt den Muslim Malcolm X, die HipHop-Gruppe The Goats den späten Malcolm X, der Rap-Star Big Daddy Kane sieht in ihm die gelungene Kombination von Muslim-Militanz und Zuhältercharme, die Rapper von Full Force fühlen sich beim Geldverdienen durch seine Aufforderung zur Gründung schwarzer Läden und Betriebe bestätigt und die konservative Kolumnistin Barbara Reynolds empfiehlt ihn der Jugend als Vorbild, weil er im Gefängnis etwas tat, was viele Ghettokids heute als »to act white« abtun – er studierte fleißig. Einst als Mainstream-Amerikas schlimmster Alptraum gehandelt, erklären ihn schwarze und weiße Liberale mittlerweile zum unbeugsamen Anwalt der Menschenrechte und machen aus ihm den »guten Malcolm«. Konservativen bis hin zum New Yorker Bürgermeister David Dinkins gilt er vor allem als ein Mann mit Prinzipien. Sein muslimischer Moralismus und seine Selbstdisziplin werden von ihnen als die Tugenden reklamiert, für die sie schon immer eintraten.

Tatsächlich hatte Malcolm X ja vor allem in den frühen 60er Jahren Positionen vertreten, die heute zu den Grundsätzen der Republikanischen Partei zählen. Er hielt nicht viel von staatlichen Wohlfahrtsgeldern, weil sie angeblich die Eigeninitiative verhinderten. Er setzte auf gute Schulnoten und Geschäftstüchtigkeit und sah in einer Rekonstruktion der Familie den entscheidenden Damm gegen Alkohol und Drogen. Selbst sein »street life background« und sein damit verwobenes Image lassen sich in eine gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen affirmative Richtung wenden, indem man seinen radikalen Durchsetzungswillen seines sozialen Inhalts entleert und in den Dienst kapitalistischer Alltagskonkurrenz stellt. Diese Variante des »radical chic« unterschiebt seinem berühmten Satz »by any means necessary« plötzlich einen ganz neuen Sinn: die Bereitschaft zum Erstschlag im sozialen Überlebenskampf. Auch dort, wo die Realität noch nicht so dramatisch ist, wird dieses Signal verstanden und so eine für möglich gehaltene Zukunft ästhetisch vorweggenommen.

Der wiederauferstandene Malcolm X ist längst für alle da. Doch mit dieser Allzweckhaftigkeit wird auch schon seine zweite Himmelfahrt vorbereitet – und zugleich sein Einzug in die Hall Of Fame der amerikanischen Nation. War er bisher noch im kollektiven Gedächtnis als militanter und niemals mit der Gegenseite fraternisierender afroamerikanischer Leader verankert, so wird er jetzt auf den Titelseiten etablierter bis elitärer Blätter, vom »New York Times Journal« über die Kulturzeitschrift »New Yorker« und das Herrenmagazin »Esquire« bis hin zum schwarzen Mittelklasse-Journal »Ebony«,

als respektable Autorität gewürdigt – neben Bill Clinton, der gelegentlich eine X-Cap beim Jogging trägt und mit dem er nun gemeinsam für eine neue Aufbruchstimmung steht.

Bei Spike Lee wird das »X« dann auch gleich zu Beginn seines Filmes zur Metapher für die Fusion von »black cultural nationalism« und »american dream«: Von einem brennenden Sternenbanner bleibt am Ende nur ein X übrig – ein X in den Farben Amerikas.

Begriffe: *Hipster* nannte man die Bebop-Musiker und ihre Fans in den 40ern, *Lindy Hop* hieß ein dem Charleston verwandter Paartanz aus dieser Zeit. *Hustler* ist das Slangwort für kleine Gangster – Hehler, Dealer, Zuhälter; letztere werden auch *Pimps* genannt.

Günther Jacob ist Autor des Nachworts zur deutschen Ausgabe der Malcolm X-Autobiographie, die bei Agipa-Press erschienen ist

Konkret 03/93, S. 60

Eckhard Henscheid

Sie muß verrückt sein

Über die zweimalige Verwendung der Germanistikprofessorin Gertrud Höhler zugunsten der Fa. American Express

Artikel darf aufgrund einstweiliger Verfügung nicht mehr verbreitet werden.

Konkret 03/93, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Perestroika und kein Ende:

Am Donnerstag ist der Lufthansa-Airbus »Chemnitz« mit 94 Passagieren und zehn Besatzungsmitgliedern an Bord auf dem Weg von Frankfurt nach Kairo entführt worden.

Mit Karl Marx-Stadt wäre das nicht passiert.

Und Glasnost allerorten:

Ab heute jeden Monat: »Bild«-Kultur-Preis.

Und wer sitzt in der Jury für den Kultur-Preis des schwarzbraunen Schmierblatts, das mit Schlagzeilen wie »Unglaublich: Asylantenheim sucht deutsche Putzfrau« die Mörder von Mölln aufgehetzt hat? In der Jury für den Kulturpreis des schwarzbraunen Schmierblatts sitzen:

Prof. Marcel Reich-Ranicki, Hans W. Geißendörfer, Ulrich Wickert, Prof. Justus Frantz, Bärbel Bohley, Prof. Hilmar Hoffmann, Horst Haitzinger,

lauter ehrenwerte Leute also, die zu Zeiten des kommunistischen Unrechtsregimes vom Ministerium für Staatssicherheit verdächtigt worden wären, ihre Tätigkeit als Agenten schwarzbrauner Schmierblätter mit kulturellem Engagement zu tarnen. Heute sitzt Bohley in der »Bild«-Jury, und der, der es vorher wußte, sitzt in Moabit. Aber die umgekehrte Regelung würde mich auch nur halb glücklich machen.

In der Farbanzeigen-Beilage der »Frankfurter Allgemeinen« fragt der Johannes Gross:

Was ist deutsch, wer ist Deutscher?

Gross weiß, daß die Herausgeber von ihm, ihrem festen freien Vierfarbphilosophen, eine ganz andere Antwort erwarten, als Fromme, Fack und Reißmüller sie täglich im Leitartikel geben, wo deutsche Blutproben verlangt und Immigranten »unerwünschte Gäste« geheißen werden, er zeigt also Grossmut:

Deutscher sollte sein, wer es sein möchte, deutsch zu reden, zu schreiben versteht und der deutschen Zivilisation verbunden ist, mag er schwärzlich, gelblich oder weißlich sein.

Und mit den paar Leuten will er einen Staat aufmachen? Sollte er nicht auch die Bräunlichen aufnehmen, die Deutsch zu schreiben immer strebend unglücklich sich bemühen: den Fromme, den Fack, den Reißmüller? Dann reichte es wenigstens für einen zivilisierten Skat.

Es gibt Karrieren, die müßten den treuesten Freund der herrschenden Ordnung an die Nadel bringen. Ich sage nur mal Scharping. (Und wasche meine Hände in Unschuld. Das eine Mal, das ich an seiner Beförderung mitgewirkt habe, und zwar in meinem KfZ zu einer Bezirkskonferenz der Jungsozialisten, giltet nicht.) Heute ist er ein Ministerpräsident, der Sätze wie diesen aufsagt:

Ausländerfeindlichkeit ist nur die andere Seite von Inländerfeindlichkeit.

Wie der Ministerpräsident für Volksaufklärung und Propaganda die andere Seite eines Himbeerchristus und dessen Bartkrause die andere Seite einer Glatze.

Der Schriftsteller Peter Schütt hat manches gelernt: erst den Katechismus, dann den Maoismus, später den Marxismus-Leninismus-Herbertmiesismus, zuletzt, bei Springer und bei der »FAZ«, den eiligen Denunzius. Bloß Deutsch hat der jederzeit allzu lernfähige Schriftsteller Peter Schütt nie gelernt:

Geblieben in der Rest-DKP ist ein Fähnlein von vielleicht noch siebentausend Aufrechten, die sich scheinbar durch nichts in ihrer Treue zu den sozialistischen Prinzipien erschüttern lassen.

Scheinbar, Herr Schriftsteller Schütt, hätten Sie nur schreiben dürfen, wenn Sie hätten sagen wollen, daß die siebentausend Aufrechten kein Fähnlein seien sondern im Gegenteil: ein einziger Abschütt. Wie Sie sich merken sollen, wann scheinbar richtig ist und wann anscheinend? Ich habe heute meinen pädagogischen Tag und werde es Ihnen erklären. Falsch wäre:

Schütt ist anscheinend ein Schriftsteller. Schütt ist anscheinend ein Lump – das wäre richtig.

Der Haffmans Verlag, der einmal mit Literatur angefangen hat, hat sich mit dem Wilhelm Heyne Verlag, der Konsalik im Programm führt, fürs Taschenbuchgeschäft zusammengetan. Die Zeiten sind hart. Daß der Verlag, der einmal mit Literatur angefangen hat, das Arrangement mit dem Arzt von Stalingrad aber so ankündigt:

Betr. »Heyne und die Folgen«

das nehme ich denn doch zum Zeichen: Wenn sich fürs Taschenbuchgeschäft Sittlichkeit und Kriminalität verbünden, wird alles wurscht. Warum es also nicht gleich halten wie der Buchverlag Ullstein-Langen-Müller, der zugunsten der Neuauflage einer Bildbiografie die letzten Tage der Menschheit in die Werbetrommel schmeißt:

Er wäre heute Kaiser von Österreich, wenn die Geschichte anders verlaufen wäre: Am 20. November feiert Otto von Habsburg seinen 80. Geburtstag.

Knapp verfehlt hat er die Krone. Um ein paar Millionen, die der kaiserliche Großvater totzuschießen befahl – auch er übrigens dabei nach Kräften unterstützt von den Autoren der Verlage Ullstein und Langen-Müller. Vor achtzig Jahren wie heute. Von wegen panta rhei.

Satzbau und Wahrheit:

Der Name Riefenstahl ist ein »heißes Eisen« Gerüchte und Halbwahrheiten verstellen den Blick. Allein die Idee, mit einer großen Dokumentation die »Filmgöttin des III. Reiches« wieder ins Rampenlicht zu stellen, erscheint so manchem als Frevel. Dabei sollte gerade jetzt, in einer Zeit zunehmender rechtsradikaler Tendenzen, eine tabufreie Diskussion nazistischer Ideologie möglich sein.

Pfiffig ausgedacht von den Jungs und Mädels der Firma Omega-Film: mit der alten Nazifotze im Schein brennender Ausländerheime das Taschengeld der Glatzköpfe abzuzocken und das ganze als antifaschistische Aufklärung zu verkaufen... Wenn nicht diese blöde Syntax wäre, die, was zusammengeschwiemelt werden sollte, wieder in Ursache und Wirkung zerlegt: Weil die Nazis mehr werden, wollen wir tabufrei über alte Nazis, über die nur Gerüchte und Halbwahrheiten erzählt werden, reden und mit jungen Nazis unser Geschäft machen.

Ich bin hereingefallen. Es war nicht der Rektor der Universität Wien, der sich beehrt hatte mitzuteilen:

Nach Peter Handke (1991) und Hans Lebert (1992) geht der Grillparzer-Preis 1993 zu gleichen Teilen an die antifaschistischen Publizisten Stephan Eibel, Ralph Giordano und Herbert Kuhner, deren reiches essayistisches Schaffen von unermüdlicher Humanität gekennzeichnet ist.

sondern es war ein Wiener Journalist, auf dessen Parodie ich hereingefallen bin. Nicht nur ich übrigens, sondern so viele Adressaten, daß die Wiener Universität und die Hamburger Stiftung sich entschließen mußten, die Preisverleihung für ein Jahr auszusetzen, um die entstandene Verwirrung abklingen zu lassen.

In großer Not wendet der Kindler Verlag sich an mich:

Lieber Herr Gremliza,

die Entwicklung in Deutschland läßt Heinrich Albertz nicht ruhen.

Ich kann nur sagen, daß ich es von ganzem Herzen bedaure. Sollte mein Rat gefragt sein, will ich gern sagen, was ich in Fällen wie diesem empfehle: keineswegs vier lange Gespräche mit dem Fernsehjournalisten Wolfgang Herles zu führen und diese unter dem Kanzelwort »Wir dürfen nicht schweigen« auf den verstopften Buchmarkt zu werfen, sondern ein Zäpfchen Ben-uron. (Achtung: Vorm Zerkauen aus dem Stanniol wickeln!).

Was zusammengehört:

Lichterkette rund um die Alster. Hamburger Abendblatt, Tempo, NDR, Bild, Sat.1, RTL, Alsterradio, OK-Radio, Radio Hamburg, Die Welt, Hamburger Rundschau, Harburger Anzeigen, RSH, TAZ, Bauer Verlag, Welt am Sonntag und die Morgenpost hatten zu der einmaligen Aktion aufgerufen.

Sie werden nie mehr auseinandergehn.